

KOMMUNAL

Offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes

Wir sind
Österreich

10 · 2012

THEMA

Steuerautonomie: Auswirkungen auf Gemeinden genau untersuchen ▶ 20

PRAXIS

Finanzierung: Investitionen ja, aber Prioritäten wichtiger denn je ▶ 44

CHRONIK

Wahlen im Burgenland: Das sagen die Präsidenten der Verbände ▶ 68

THEMA

Freiwillige: Schatz der Gesellschaft

Generationengerechtigkeit, Sozialjahr, Wehrdienst: KOMMUNAL beleuchtet Freiwilligkeit als Grundsatz des kommunalen (Zusammen)Lebens – und damit einhergehend bedeutende gesellschaftliche und politische Auswirkungen.

SEITE 10

MITTEN IM BUSINESS HINTER JEDEM UNTERNEHMEN STECKT EINE GESCHICHTE.

„Wir wollen unseren Weg gemeinsam mit verlässlichen Partnern wie der BAWAG P.S.K. gehen. Flexibilität und Handschlagqualität sind wichtige Voraussetzungen dafür.“

LAbg. Ingrid Salamon, Bürgermeisterin
> **Stadtgemeinde Mattersburg, Burgenland**

160 Mitarbeiter

Die Gemeinde Mattersburg ist anerkannte Schul- und Sportstadt sowie Wirtschaftszentrum im nördlichen Burgenland. Die BAWAG P.S.K. ist wichtiger Partner für Bauprojekte wie das Sozialzentrum und das Forschungs- und Entwicklungszentrum Mattersburg.

Mitten im Leben. Mitten im Business.
www.bawagpsk.com/firmenkunden



Familienfreundliche Gemeinden: Beste Form der Bürgerbeteiligung

Investition lohnt sich

Die Gemeinden Österreichs werden fast täglich mit neuen Ideen, Projekten, Umfragen und Wettbewerben konfrontiert. Offenbar ist vielen das Thema Gemeinde ein besonderes Anliegen, sonst gäbe es nicht eine derartige Menge an Anfragen. Und nicht wenige erhoffen sich bei den Gemeinden neue Geschäftsfelder oder lukrative Aufträge. Wie in vielen Fällen gibt es nicht nur gute, sondern auch falsche Propheten, die Lösungen für alles und jedes anbieten.

Aber es gibt auch durchaus interessante Ansätze, wie die Gemeinden für ihre Bürgerinnen und Bürger attraktiver werden können. Eine der interessantesten Maßnahmen dazu ist das Audit „Familienfreundliche Gemeinde“. In einem nicht ganz einfachen Prozess wird gemeinsam mit Gemeindebürgern aus allen Alters- und Berufsgruppen ein Programm zur familienfreundlichen Gemeinde erarbeitet. Erst kürzlich wurden in Salzburg 79 Gemeinden und eine ganze Region mit dem begehrten Titel ausgezeichnet. Rund 20 Prozent aller österreichischen Gemeinden und Städte können ihre Ortstafeln mit dem Prädikat „Familienfreundliche Gemeinde“ zieren.

Der Weg dazu ist manchmal steinig, aber er lohnt sich. Voraussetzung ist, dass alle Gruppierungen in Arbeitsgruppen Schwachstellen, aber auch Stärken aufzeigen, wie eine Gemeinde für die Familien, von ganz klein bis zum reifen Alter, noch lebenswerter werden kann. Die Gemeinde muss sich aber auch zur Umsetzung bereit erklären, und das kostet natürlich auch Geld. Aber dieses Geld ist auf jeden Fall bestens angelegt. Denn zunächst erreicht man damit, dass sich Bürgerinnen und Bürger engagieren, dass sie sich mit ihrer Gemeinde beschäftigen und sich auch einbringen, Ver-

ständnis zeigen und auch Kompromisse eingehen. Und das ist in einer Zeit, wo man zwar ständig von mehr Bürgerbeteiligung spricht, aber gleichzeitig über die zunehmende Politikverdrossenheit klagt, etwas Besonderes. Ein wertvoller Schatz, der gerade in einer Phase, in der die öffentlichen Hände unter Finanznot leiden, gehoben und gepflegt werden muss. Von einem amerikanischen Präsidenten stammt die Aufforderung: „Fragt nicht was der Staat für euch tun kann, sondern was ihr für ihn tun könnt!“

In der Gemeindepolitik gibt es diesen Mut dazu in vielfacher Weise. Bei den vielen freiwilligen Organisationen und Vereinen, in einer guten Nachbarschaft, vor allem aber in der Familie, in der man sich gegenseitig stützt, versteht und auch schwierige Zeiten meistert.

Die familienfreundliche Gemeinde ist die nächste Ebene, in der dieses Klima des Verstehens, Helfens und der Solidarität nicht nur besprochen, sondern auch gelebt werden kann. Schon aus diesem Grund sollten wir uns alle bemühen, dass die Gemeinden Österreichs familienfreundlich und damit wieder einmal ein Vorbild für ganz Europa werden.



Helmut Mödlhammer
Präsident des Österreichischen
Gemeindebundes

Die familienfreundliche Gemeinde ist die nächste Ebene, in der dieses Klima des Verstehens, Helfens und der Solidarität nicht nur besprochen, sondern auch gelebt werden kann.

Helmut Mödlhammer



THEMEN

Gemeindebund

- 10 Der Schatz der Freiwilligen: Sie sichern sozialen Zusammenhalt, Sinnfindung und „Wert“-Schöpfung
- 14 „Kommerzialisierung der Daseinsvorsorge nicht opportun“: Rot-Kreuz-Präsident Fredy Mayer im Interview
- 16 „Berufsheerdebatte schadet freiwilligem Feuerwehrwesen“: Neuer Feuerwehrpräsident Albert Kern im KOMMUNAL-Gespräch
- 24 „Meine Gemeinde sorgt dafür, dass ...“: Info-Kampagne des Gemeindebundes gestartet
- 30 Gala Familienfreundliche Gemeinde: Vom Hip-Hop bis zum Haushaltskurs für Männer alles dabei



Recht & Verwaltung

- 18 Die Eisenbahn-Kreuzungs-Verordnung ist trotz Konsultationsmechanismus in Kraft: Bund muss anfallende Kosten tragen
- 20 Mehr Steuerautonomie: Auswirkungen auf den ländlichen Raum vorher genau untersuchen
- 70 Zentrales Personenstandsregister: Mehr als 40 Millionen Datensätze sind betroffen

Europapolitik

- 26 Open Days 2012: Kommunen klar gegen Einschränkung des EU-Budgets
- 28 Suche nach „Prioritären Stoffen“: Die Kostenfrage für Gemeinden ist noch völlig ungeklärt



Impressum

Herausgeber:

Österreichischer Gemeindebund,
Löwelstraße 6, 1010 Wien

Medieninhaber:

Österreichischer
Kommunal-Verlag GmbH.,
Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien,
Tel. 01/532 23 88,
Fax 01/532 23 77,
E-Mail:
kommunalverlag@kommunal.at

Geschäftsführung:

Mag. Michael Zipper

www.kommunal.at

Redaktion:

Tel.: 01/ 532 23 88
Mag. Hans Braun - DW 16
(Chefredaktion & Layout)
hans.braun@kommunal.at
Mag. Helmut Reindl - DW 15
helmut.reindl@kommunal.at
Katharina Lehner - DW 37
katharina.lehner@kommunal.at

Adressverwaltung:

Elisabeth Leitner - DW 18
elisabeth.leitner@kommunal.at

DTP & Grafik:

Ernst Horvath
ernst.horvath@kommunal.at

Fotos:

www.bilderbox.at; www.photos.com
www.istock.com

Anzeigenberatung:

Tel.: 01/532 23 88
Mag. Sabine Brüggemann - DW 12
sabine.brueggemann@kommunal.at
Mag. Alexander Palaschke - DW 14
alexander.palashke@kommunal.at

Redaktionsbeirat:

Mag. Ewald Buschenreiter
(Verbandsdirektor der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ)
Mag. Nicolaus Drimmel
(Österreichischer Gemeindebund)
Dr. Gustav Fischer
(BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft)
Mag. Petra Hafner (BM für Unterricht, Kunst und Kultur)
Dr. Clemes Hüffel (BM für Wissenschaft und Forschung)
Daniel Kosak (Pressereferent des Österreichischen Gemeindebundes)
Dr. Walter Leiss (Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes)
Robert Lender (BM für Wirtschaft, Familie & Jugend)
Mag. Alexander Marakovits (BM.I)
Mag. Susanne Metzger (BM für Verkehr, Innovation und Technologie)

Bgm. Helmut Mödlhammer
(Präsident des Österreichischen Gemeindebundes)

Mag. Georg Möstl
(BM für Wirtschaft, Familie & Jugend)
Mag. Arnold Obermayr
(BM für europäische und Internationale Angelegenheiten)

Eduard Olbrich (BM für Soziales und Konsumentenschutz)

Mag. Johannes Pasquali
(BM für Finanzen)

Prof. Dietmar Pilz (Finanzexperte des Österreichischen Gemeindebundes)

Mag. Christian Rupp
(Geschäftsführer IKT-Board im BKA)

Univ.-Prof. Dr. Reinbert Schauer
(Johannes-Kepler-Universität Linz)

Mag. Christian Schneider
(Landesgeschäftsführer des GV der VP-NÖ)

Dagmar Strobel (Bundesministerium für Frauen und öffentlichen Dienst)

Mag. Andreas Wallner (BM für Inneres)

Mag. Michael Zipper (Geschäftsführer Österreichischer Kommunalverlag)

Hinweis zu Gender-Formulierung:

Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die männliche Form steht.

Hersteller:

Leykam Druck, 7201 Neudörfel



PEFC zertifiziert:
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – www.pefc.at



Druckauflage: **35.881**
(Durchschnitt
1. Halbjahr 2012)

Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Mit „E.E.“ gekennzeichnete oder unter der Bezeichnung „Service“ oder „Information“ laufende Artikel sind bezahlte Informationen und fallen nicht in die Verantwortlichkeit der Redaktion.

Dieser Ausgabe liegen Informationen der Firma Zeppelin Österreich GmbH bei.

PRAXIS

Kommunale Finanzen

- 44 Finanzierungen: Investitionen ja, aber Prioritäten sind wichtiger denn je
- 54 Siedlungswasserwirtschaft: Hoher Investitionsbedarf generiert Wertschöpfung & Arbeitsplätze
- 57 Umweltqualitätsnormen: 15 neue Chemikalien sind zuviel des Guten?

Winterdienst & Verkehrssicherheit

- 60 Kommunaler Winterdienst: Sicher durch die weiße Winterlandschaft



CHRONIK

- 68 Wahlen im Burgenland: Das sagen die Chefs der beiden Gemeindevertreterverbände
- 72 Landesrecht: Gemeindeverordnungen sind für Aufsichtsbehörden bindend
- 73 Handyparken boomt in den Gemeinden
- 74 8. Konferenz Europäischer Regionen & Städte: Die Effizienz liegt in der Dezentralisierung
- 76 Aus den Bundesländern
- 80 Personalien, Info-Mix, Termine & Buch-Tipps
- 83 Serie Tierschutz in der Gemeinde



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die überraschende Verleihung des Friedensnobelpreises hat eine Debatte über die Bedeutung und die Zukunft der Gemeinschaft ausgelöst. Gut, denn diese hatte sie längst nötig. Den EU-Bürgern dürfte längst entfallen sein, dass die EU ein Friedensprojekt ist. Hohn, Spott und Zorn sind die vorherrschenden Reaktionen auf die Friedensnobelpreis-Entscheidung, entnimmt man den diversen Diskussionsplattformen. Europa Bashing ist eben angesagt, auf der Straße, am Stammtisch, im Internet und selbst in führenden europäischen Medien.

Doch ist das Projekt Europa keineswegs gescheitert. Auch wenn der alte Kontinent etwa im aktuellen amerikanischen Wahlkampf wieder einmal als



Michael Zimper
Geschäftsführer

Inbegriff verfehlter, veralteter Politik abgetan wird, gilt die europäische Einigung vielen Menschen nicht nur in Europa bis heute als einzigartiges Beispiel, wie aus früheren, jahrhundertelangen Feinden Freunde und Partner wurden. Es ist gerade 70 Jahre her, zwei Generationen, dass sich der Kontinent im von Deutschland ausgelösten Zweiten Weltkrieg zerfleischte, mit 60 Millionen Toten.

Und es ist auch gerade einmal gut 20 Jahre her, dass der Kalte Krieg endete, der Europa in der

Mitte teilte und 40 Jahre lang jederzeit zum „heißen Krieg“ hätte werden können. Vor allem Österreich, als östlichste Außengrenze des „Alten Europas“, sollte sich dieser Tragweite viel bewusster sein.

Wenn heute darüber diskutiert wird, wie verstärkte Demokratie in Europa einhergehen soll, ohne Gefahr zu laufen, übermäßigen Zentralismus zu erlangen, wird die Rolle starker Städte und Gemeinden hervorgekehrt. Vor allem durch eine gegenseitig befruchtende Dualität dieser beiden Ebenen wird das Projekt Europa weiter funktionieren. Dies sind die einzig natürlich gewachsenen logischen Einheiten, deren Stellung auch in Zukunft durch Kompetenzerweiterung wachsen und durch ihre Vielfalt ein breites Bild von Europa zeichnen werden.

Maastricht-Zahlenspiele

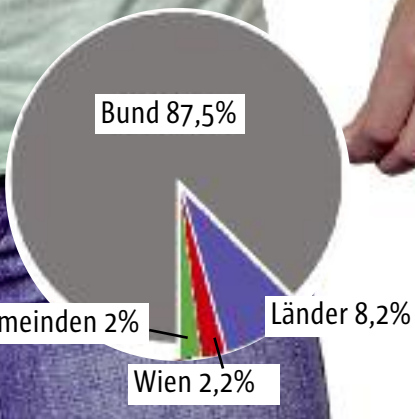
Auf dem Rücken der Gemeinden

Gemeinden wird in der Diskussion über die Staatsfinanzen gern der Schwarze Peter als Schuldenkaiser zugeschoben. Dabei zeigt der Bundesrechnungsabschluss des Rechnungshofs 2011, dass die Gemeinden ohne Wien das im Stabilitätspakt 2011 vereinbarte Maastricht-Nulldefizit erfüllen und sogar einen Haushaltsüberschuss erwirtschaftet haben. Die Ursache für diese mediale Darstellung ist, dass beim Maastricht-Schuldenstand der staatlichen Ebenen (inkl. Ausgliederungen mit nicht marktbestimmter

Tätigkeit etc.) die Gemeinden mit Wien in einen Topf geworfen werden. Da Wien eine massive Neuverschuldung aufweist, kommen Gemeinden in dieser Darstellungsform nicht gut weg. Auf Ersuchen des Österreichischen Gemeindebundes hat nun die Statistik Austria erstmals den Maastricht-Schuldenstand getrennt nach Bund, Länder, Wien und Gemeinden veröffentlicht, sodass künftig derartige Zahlenspiele zulasten der kommunalen Ebene nicht mehr vorkommen. Sieht man sich den lediglich ge-

Wird der Schuldenstand getrennt nach Bund, Ländern, Gemeinden und Wien dargestellt, zeigt sich, dass Gemeinden die beste Haushaltsführung aufweisen.

ringen Maastricht-Schuldenzuwachs der Gemeinden in den Jahren 2008 bis 2011 an, macht sich in diesem Zusammenhang neben den aktuellen Konsolidierungsmaßnahmen sicher auch die Regelung, dass Gemeinden (mit Ausnahme der Statutarstädte) für die laufende Haushaltsführung im Ge-



gensatz zu den Ländern oder dem Bund keine Darlehen aufnehmen dürfen, positiv bemerkbar. Eine solche Regelung würde auch für die Budgets anderer Gebietskörperschaften, wie das Kreisdiagramm mit der anteiligen Verschuldung im Jahr 2011 zeigt, nicht von Nachteil sein.



Stromkennzeichnungsbericht 2012

Energieträger – weniger erneuerbar, mehr fossil und noch immer nuklear

Der Anteil der erneuerbaren Energieträger in der österreichischen Stromkennzeichnung ist 2011 um drei Prozent gesunken, während jener der fossilen Energieträger um vier Prozent gestiegen ist. Das geht aus dem Stromkennzeichnungsbericht 2012 der Regulierungsbehörde E-Control hervor. Den Endkunden wurde im Schnitt ein Mix aus 64,43 Prozent erneuer-

baren Energieträgern, 21,41 Prozent fossilen Energieträgern sowie 0,27 Prozent bekannten sonstigen Energieträgern und 13,89 Prozent Strom unbekannter Herkunft (Graustrom) geliefert. In die Kategorie „Graustrom“ wird auch importierter Atomstrom eingerechnet. Der Anteil von Atomstrom wird in Österreich auf 3,7 Prozent geschätzt.

Forum Salzburg-Abkommen

Grenzüberschreitende Verfolgung von Verkehrsdelikten möglich

Auf Grund fehlender rechtlicher Grundlagen gestaltet sich die grenzüberschreitende Verfolgung von Verkehrsdelikten, die mit im Ausland zugelassenen Kfz begangen werden, als schwierig. Deshalb unterzeichneten die „Forum Salzburg“-Mitgliedstaaten Un-

garn, Bulgarien, Kroatien und Österreich am 11. Oktober 2012 bei der „Forum Salzburg“-Ministerkonferenz im ungarischen Mátaháza das „Forum Salzburg“-Abkommen zur Erleichterung der grenzüberschreitenden Verfolgung von Verkehrsdelikten.

Burgenlandwahl: Bundespolitiker halten sich raus „Gemeindepolitik interessiert“

Die Bürger in Österreich sind politikverdrossen, aber an der Gemeindepolitik sind sie trotzdem interessiert, so der Politologe Peter Filzmaier vor dem Hintergrund der Wahlen im Burgenland. „Es ist erfreulich, dass Gemeindepolitiker vollkommen unabhängig von der Parteifarbe ein

deutlich besseres Image haben als Bundes- oder gar EU-Politiker“, so Filzmaier zum ORF Burgenland. Laut Filzmaier hielten sich die beiden Burgenländer in der Regierung, Norbert Darabosch und Niki Berlakovich, aus gutem Grund vom Wahlkampf in ihrem Bundesland fern.

Kommunalsteuer: VfGH unterstreicht Gemeinde-Befugnis Wirtschaft stellte Nachschaurechte der Gemeinden in Frage

Rund 2,5 Milliarden Euro betragen die Einnahmen aus der Kommunalsteuer im vergangenen Jahr. Die Abgabenprüfung dieser bedeutendsten ausschließlichen Gemeindeabgabe erfolgt im Wege der gemeinsamen Prüfung lohnabhängiger Abgaben (GPLA) durch Organe der Finanzverwaltung und der Sozialversicherung. Neben dem Anregen einer Bedarfsprüfung steht den Gemeinden gemäß § 14 Abs. 1 Kommunalsteuergesetz und § 144 der Bundesabgabenordnung (BAO) unverändert das Nachschaurecht zu. Unverändert deswegen, weil die Kommunalsteuer-Nachschau durch Gemeinden zuletzt wieder einmal in einem



Die Kommunalsteuer-Nachschau ist ein wichtiges Rechtsinstrument der Gemeinden und kann unverändert jederzeit durchgeführt werden.

wirtschaftlichen Fachmagazin in Frage gestellt wurde, wo sogar zur „Notwehr gegen Amtsmissbrauch“ geraten wurde.

Die Kommunalsteuer-Nachschau ist ein wichtiges Rechtsinstrument und kann unter Anwendung von § 148 Abs. 3 BAO jederzeit durchgeführt werden, wenn die

Kommunalsteuer nicht entrichtet oder die Selbstbemessung nicht korrekt ist. Nicht nur das BMF hat in seinem Informationserlass vom 28. Dezember 2011 (BMF-010222/0260-V/7/2011) klar dargelegt, dass die im Rahmen der Harmonisierung aufgehobenen Landesabgabenordnun-

gen nicht die Nachschaurechte der Gemeinden tangieren, sondern auch der Verwaltungsgerichtshof hat in seiner Entscheidung vom 7. Juli 2011 (Zl. 2009/15/0223) eindeutig die Befugnis der Gemeinden zur Kommunalsteuernachschau unterstrichen.

Die Nachschaurechte der Gemeinden bestehen also unverändert. Sie sind auch weiterhin mit behördlicher Zwangsgewalt durchsetzbar und berechtigen die Organe der Abgabenbehörde, Grundstücke und Betriebsräumlichkeiten zu betreten und die Vorlage der nach den Abgabenvorschriften zu führenden Bücher und Aufzeichnungen zu verlangen bzw. anzuordnen, um zur Überprüfung der Entrichtung der Kommunalsteuer Einsicht in alle vorhandenen Unterlagen nehmen zu können.

DIE SENSATIONELLE KUNSTSTOFFEISBAHN FÜR FREIZEIT & SPORT

GREENice

Greenice bietet Ihnen mobile und multifunktionale Eisbahnen aus Kunststoffplatten für den Innen- und Außenbereich: Volles Eislaufvergnügen ohne Eis, witterungsunabhängig, günstig in Erhaltung und Betrieb!



Greenice im Praxiseinsatz:
Diese Anlage in Klagenfurt wurde 2011 in Betrieb genommen

energieeffizient
langlebig
kostengünstig
umweltschonend

Einfach. Schnell. Unbürokratisch. Der Onlineshop für Österreichs Gemeinden.

www.kommunalbedarf.at

Information und Beratung:
Tel: 01/532 23 88-40

GREENice in Österreich exklusiv bei



KOMMUNALBEDARF.AT
Der Onlineshop für Österreichs Gemeinden.



Verfassungsgerichtshof: Kompetenzkonflikt gelöst

Fliegerbomben: Zuständigkeit liegt bei ordentlichen Gerichten

Die Entscheidung über den von der Stadtgemeinde Salzburg gegen den Bund geltend gemachten Anspruch auf Ersatz der Sondierungskosten für Fliegerbombenblindgänger fällt in die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte. Der VfGH hat in der Auseinandersetzung um die Kosten für die Suche nach Fliegerbomben nunmehr auch das letzte bei ihm anhängige Verfahren entschieden und damit eine lange Ausei-

nersetzung um die rechtlichen Zuständigkeit geklärt. (VfGH 30. 6. 2012, K I-1/09)

Die Stadtgemeinde Salzburg hatte beim LG Salzburg gegenüber dem Bund die Erstattung von Aufwendungen eingeklagt, die ihr durch Sondierungsmaßnahmen auf gemeindeeigenen Grundstücken zur Aufsuchung von Fliegerbombenblindgängern entstanden waren. Das LG erklärte sich für zuständig und auch das

OLG Linz bejahte die Zuständigkeit. Der OGH jedoch verneinte die Zulässigkeit des ordentlichen Rechtswegs und vertrat die Ansicht, der Anspruch müsse vor dem VfGH geltend gemacht werden. Die daraufhin von der Stadtgemeinde Salzburg erhobene Klage an den VfGH hat dieser zurückgewiesen, weil seiner Ansicht nach der geltend gemachte Anspruch nicht dem öffentlichen Recht zuzuordnen sei.

Ländlicher Raum: Enquete des Bundesrates

Masterplan gefordert

Mitte Oktober wurde im Parlament eine Enquete des Bundesrates zum ländlichen Raum abgehalten. Gemeindeförderungspräsident Helmut Mödlhammer forderte dabei einen „Masterplan für Infrastruktur“. Das Bekenntnis zum ländlichen Raum sei da, die Fakten sähen jedoch anders aus, kritisierte er. Die Ausdünnung des ländlichen Raumes gehe weiter und damit würden Lebensadern gekappt. Mödlhammer will das Fördersystem durchleuchten, damit Geld nicht bloß in die Ballungsräume fließt.

Auch das System der Wohnbauförderung gehört hinterfragt. Die Daseinsvorsorge soll als Grundeinrichtung im Finanzausgleich abgesichert werden. Nahverkehr sei eine Lebensader des ländlichen Raums, weshalb der öffentliche Verkehr und die moderne Telekommunikation auszubauen sind. Grundsätzlich bedürfe es eines neuen Bewusstseins für den ländlichen Raum und die Entwicklung einer Qualitätsoffensive, schloss Mödlhammer. KOMMUNAL berichtet im November ausführlich.

Für 60 Jahre Frieden

Friedensnobelpreis für EU

Der Friedensnobelpreis 2012 geht an die Europäische Union. In den letzten 60 Jahren wurde durch die Europäische Gemeinschaft der Friede in Europa bewahrt und eine Integration des Kontinents erzielt. Das Nobelkomitee in Oslo hob besonders die Aussöhnung von Deutschland und Frankreich nach dem zweiten Weltkrieg und den Mauerfall 1989 hervor. Außerdem ist die EU seit Jahren außerhalb ihrer Grenzen um die Entschärfung von Konflikten bemüht, so zum Beispiel als Mitglied des Nahost-Quartetts. Für Außenminister Michael Spindelegger ist der Preis zugleich eine Absage an „Schwarzmaler“ und ein Anspruch für einen Zusammenhalt in Zeiten der Krise.

Elf Länder dafür

Grünes Licht für Transaktionssteuer

Nach langen Diskussionen rund um die Finanztransaktionssteuer kann diese nun doch starten. Beim EU-Finanzministerrat am 9. Oktober 2012 in Luxemburg gab es schließlich eine Einigung auf die Einleitung einer sogenannten verstärkten Zusammenarbeit, der sich elf Staaten anschließen wollen. Neben Österreich sind das Deutschland, Frankreich, Griechenland, Belgien, Portugal und Slowenien. Vier weitere – nämlich Estland, Spanien, Italien und die Slowakei – haben ihre konkrete Kooperation erklärt. Offen ist derzeit noch, was mit den Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer genau passiert.



Foto: Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Milke Ranz

Helmut Mödlhammer fordert Strategien gegen eine Ausdünnung des ländlichen Raumes.




Treffen wir
uns **in der
Mitte.**



Brunch am Sonntag

Bis Dezember wieder Jazz, Pop und
Soul Brunch im Novomatic Forum

Details finden Sie auf
www.novomaticforum.com



In Wien bestehen Kunst, Wirtschaft, Politik und Wissenschaft oft in stiller Übereinkunft nebeneinander. Was könnte da befruchtender sein, als ein Ort des Dialoges, offen für alle, die einander begegnen möchten – oder es lange schon wollten. Mit dem von Grund auf behutsam renovierten ehemaligen „Verkehrsbureau“ am Naschmarkt, dem Novomatic Forum, ist Wien nun um einen neuen Ort für den Dialog von Kultur und Wirtschaft reicher.

Willkommen im **Novomatic Forum.**

Öffnungszeiten Café Bar Luigi's:

Montag - Freitag: 8.00 - 21.00 Uhr | Samstag, Sonntag: 10.00 - 21.00 Uhr

Friedrichstraße 7, 1010 Wien

www.novomaticforum.com



Der Schatz der Freiwilligen

Sie sichern sozialen Zusammenhalt,
Sinnfindung und „Wert“-Schöpfung

In einer vom Österreichischen Gemeindebund im Jahr 2002 beauftragten Studie zur Gemeindeentwicklung und Standortpolitik wurde festgestellt, dass sich der soziale Zusammenhalt in einer Gemeinde nachweislich als äußerst positiv wirkender ökonomischer Faktor erwiesen hat.



Wir befinden uns im Jahr eins nach dem europäischen Jahr der Freiwilligenarbeit. Im Zuge dessen wurde der erste Freiwilligenbericht vom Bundesministerium für Soziales mit interessanten Fakten über die „Wert“-Schöpfung der Freiwilligkeit einem breiten Publikum zugänglich gemacht (www.freiwilligenweb.at). Sollen wir jetzt wieder zur Tagesordnung übergehen? Wohl kaum!

Nicolaus Drimmel

Der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes hat anlässlich des Gemeindetages am 12. September 2012 in seiner einstimmig verabschiedeten Resolution auch folgende Passage aufgenommen:

Freiwilligenarbeit unterstützen und fördern

Gerade die Gemeinden wissen um den enormen Stellenwert und das bedeutende Potenzial der Freiwilligenarbeit in allen gesellschaftlichen Bereichen. Das in Österreich besonders ausgeprägte Engagement ehrenamtlicher Mitarbeiter/innen reicht von unverzichtbaren Einsatzorganisationen über soziale und karitative Initiativen bis hin zu Sport-, Kultur- und Geselligkeitsvereinen. Ehrenamtliche leisten dabei einen unschätzbaren Beitrag zu einem funktionierenden Gemeinwesen. Die Menschen in unserem Land sind be-

reit, ihre Fähigkeiten sowie einen Teil ihrer Freizeit für die Allgemeinheit unentgeltlich und aufopferungsvoll einzusetzen. Diese Freiwilligenarbeit ist auf allen Ebenen anzuerkennen, zu unterstützen und zu fördern. Der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes fordert die Bundesregierung und die Landesregierungen auf, die Rahmenbedingungen für die Freiwilligenarbeit und das ehrenamtliche Engagement in unserer Gesellschaft mit allen Mitteln zu erhalten, zu fördern und so zu gestalten, dass sich der ehrenamtliche und unentgeltliche Dienst am Gemeinwesen auch in Zukunft positiv entfalten kann.

Lebensgestaltung und Bonum Commune

Zum besseren Verständnis, dass das kein Nebenthema ist: Bei den Freiwilligen handelt es sich um rund drei Millionen Österreicherinnen und Österreicher (43 Prozent aller über 15-Jähri-

gen), die überzeugt sind, dass ihr Engagement über jede wirtschaftliche Betrachtung hinaus einen Sinn hat.

Drei Millionen sind etwa 60 Prozent der bei der letzten Nationalratswahl 2008 abgegebenen

Gemeinden sind nicht nur Schulen der demokratischen und partizipativen Willensbildung, sie sind, wenn man so will, Orte, wo der Gemeinsinn den Eigensinn übertrifft.

und gültigen Stimmen. Die Freiwilligen in Österreich hätten damit also fast die Verfassungsmehrheit (nach Mandaten ziemlich sicher).

Warum der Vergleich?

Beim ehrenamtlichen Engagement geht es bei allen ökonomischen Benchmarks und volkswirtschaftlicher Wertschöpfung vor allem darum: Freiwilligenarbeit ist staatstragend und gesellschaftsformend. Da geht es um Sinnfindung für das eigene Leben und letztlich auch um die Darstellung, Vermittlung und Weitergabe von Werten und Kulturgut im weitesten Sinn. Das heißt nicht nur wertschöpfend, sondern wertbildend im Sinn von Bildung. Welche Werte das sind, liegt bei Rettung oder Feuerwehr ja auf der Hand. Wenn es um den so essentiellen Schutz des Lebens geht, wissen das schon unsere Kleinen im frühesten Kindesalter. Aber es sind auch davon abgeleitete Werte wie die Förderung des sozialen Zusammenhalts, der den Menschen letztlich auch Entfaltungsmöglichkeiten und Solidarität und Hilfe in Notlagen garantiert.

Wer etwas freiwillig tut, der erfasst einen Sinn darin, auch einen Nutzen für sich bzw. seine Umgebung zu erarbeiten. Es muss daher nicht immer etwas mit Selbstverwirklichung zu tun haben, sondern kann auch direkt auf das Gemeinwohl ausgerichtet sein, denn letztlich sind Leistungen für das „Bonum commune“, so der lateinische Ausdruck, auch etwas, was jedem Mitglied einer Gemeinschaft zugute kommt.

Wir sehen: die Freiwilligkeit ist für die Gemeinden ein grund-

gendes Thema. Nicht vorrangig deshalb, weil sie als staatliche Ebene agieren, sondern vor allem weil sie sich gerade als Teil der Gesellschaft verstehen. Es steckt Motivation und der bewegende Wunsch dahinter, das ört-

liche Lebensumfeld aktiv mitzugestalten. Und da spielt auch so etwas wie Identität und Standortbewusstsein mit,

indem der Mensch seine Heimat auch gestalten will, eine Prägung geben will.

Letztlich verlassen wir uns auch darauf, dass unsere (örtliche) Gemeinschaft, in der viele Menschen ihre unterschiedlichen Gabungen einbringen, zumindest in Grundzügen eine allseits gerechte Verteilung der Grundansprüche gewährleisten kann – Stichwort Daseinsvorsorge.

Dann fühlen wir uns zu Hause und sicher, und wir erkennen im Gemeinwesen einen Garant für Lebensqualität.

Von der Selbstentfaltung zur Selbstverwaltung und Mitbestimmung

Durch das Spannungsfeld von Eigenverantwortung und öffentlicher Aufgabenbesorgung werden die Motive zur Selbstentfaltung der Bürgerinnen und Bürger auch in die Grundsätze der Partizipation, der Selbstverwaltung und der Subsidiarität eingebettet.

Hier geht es also um ein ganz grundsätzliches kommunales Phänomen mit bedeutenden gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen. Gemeinden sind als Abbild der Gesellschaft dafür geschaffen, nicht nur Schulen der Freiwilligkeit, sondern auch Schulen der demokratischen und partizipativen Willensbildung zu sein. Gemeinden, wenn man so will, als Orte, wo der Gemeinsinn den Eigensinn übertrifft.

Daran erkennen wir auch einen sozialpolitischen und demokratiepolitischen Wert in der Freiwilligenarbeit, der in den vielen ökonomischen Benchmarks ebenfalls nicht gemessen wurde.

Engagement in ihrem nahen Umfeld sichert den Menschen Partizipations- und Mitspracherechte. Das geschieht zwar auch in manchen Fällen auch vollkommen informell, aber dafür effektiv. Wer sich selbst einbringt, kann auch mitbestimmen. Die Gemeinden sind genau jene Orte, in denen eine moderne Zivilgesellschaft am ehesten ihren Prototyp gefunden hat.

Partizipation schafft Vertrauen

Arbeiten im Rahmen der Kommunalwissenschaftlichen Gesellschaft 2011 und Bürgermeisterbefragungen im Jahr 2012 haben deutlich gemacht, dass das Freiwilligenengagement gerade in kleinen Gemeinden sehr hoch ist.

Kernaussage der Bürgermeister mit der höchsten Zustimmung: „Wir brauchen neue Netzwerke und Formen der Zusammenarbeit, um möglichst viele Bürger/innen für die Sicherung der Lebensqualität in der Gemeinde einzubinden.“

Wie wäre es denn anders möglich, dass gerade die Gemeinden vom allgemeinen Trend des Vertrauensverlustes in politischen Einrichtungen noch am ehesten verschont worden sind. Gerade in einer Zeit von allgemeiner Politikverdrossenheit versucht man mit den unterschiedlichsten Methoden, dieses Vertrauen zurück zu gewinnen. Bei der Suche nach geeigneten Instrumenten, um den Willen der Bürgerinnen und Bürger wieder an die Entscheidungsträger zu koppeln, um Motivation und Sinn für das Gemeinwesen zu stiften, werden meist kommunale Prozesse als Vorbild genommen. Ein aktuelles Beispiel dafür ist etwa die Initiative, einen so genannten Bürger/innenrat auf Vorarlber-



OReg. Rat Mag. Nicolaus Drimmel ist Jurist im Österreichischen Gemeindebund und leitet die Abt. Recht und Internationales

ger Landesebene zu institutionalisieren.

Mehrung des sozialen Zusammenhalts für das Bauprinzip Gemeinde

Man sieht also schon, dass es von der Motivation zur Selbstbestimmung zu den demokratischen Grundrechten und dann zum Bauprinzip der Gemeinde – weil das Recht auf Geborgenheit in einer Gemeinschaft den Menschen schon viel früher beglückt – kein weiter Weg ist. Ebenso wie das heurige Jubiläumsjahr zur Gemeindeverfassungsnovelle, das direkt auf das Europäische Jahr der Freiwilligenarbeit folgte.

Professor Johannes Pichler hat auch in seiner Rede

anlässlich des 50. Jahrestages der Gemeindeverfassungsnovelle davon gesprochen, dass dieses Bauprinzip der Gemeinde den Bedürfnissen des Menschen in natürlicher Weise entgegen kommt. Es habe über Jahrhunderte den grundvernünftigen Nachweis erbracht, dass es im Hinblick auf die Selbstbestimmung der Menschen auch eine „biologische Grundlegung“ hat. An einer Gemeinde mit Mitbestimmung, so Pichler, komme weder der Staat noch die Europäische Union vorbei.

Bevor man die Leistungen von Freiwilligen bewerten will, sind daher alle vorab behandelten Fragen der Achtung der Person, der selbst verantworteten Gestaltung und Sicherung des Lebensumfeldes und der demokratischen Willensbildung zu beant-

Die Freiwilligen sind nicht nur ein Milliardenschatz für unser Land, sondern auch der Garant für gelebte Menschlichkeit, Solidarität und Demokratie.

worten. Aber auch die Vorteile der solidarischen Haltung und die Lebensqualität müssen berücksichtigt werden. Doch wie sagt man: Gewisse Dinge können auch mit Gold nicht aufgewogen werden. Einige Wissenschaftler arbeiten deshalb auch schon mit der Bewertung durch einen Glücksfaktor, da sie abgesehen von einem direkten ökonomischen auch einen indirekten Wert festgestellt haben, der in der Stärkung des sozialen Zusammenhalts liegt. Freilich kann auch der soziale Zusammenhalt eine Grundimmunisierung vor Fehlentwicklungen darstellen, die der Gemeinde gewaltige Kosten erspart.

Freiwilligkeit als Milliardenschatz

In einer vom Österreichischen Gemeindebund im Jahr 2002 beauftragten Studie zur Gemeindeentwicklung und Standortpolitik wurde festgestellt, dass sich der soziale Zusammenhalt in einer Gemeinde nachweislich als äußerst positiv wirkender ökonomischer Faktor erwiesen hat.

Auch mit Ehrenamtlichkeit werden ein Klima und Lebensqualität geschaffen, die positiv auf die ansässige Bevölkerung wirken. Aber abgesehen von dieser eher in weichen Faktoren zu messenden „sozialen Wertschöpfung“ sprechen die

nackten Zahlen des Freiwilligenberichts ein klares Wort über die direkte „ökonomische Wertschöpfung“. Es geht hier um ein Volumen, das nicht so einfach durch Geld zu ersetzen ist. Die Freiwilligen leisten in Österreich pro Woche etwa 14,7 Millionen Stunden Dienst. Dies entspricht einem Arbeitspensum von etwa 425.000 Vollzeitwerbstätigen (40 Stunden/Woche) bzw. 13 Prozent der unselbstständig Erwerbstätigen in Österreich.

Und auch wenn Freiwilligenarbeit nicht monetär abgegolten wird, werden dadurch Güter geschaffen und Dienstleistungen bereitgestellt, die sich in Sicher-

heit, sozialen Strukturen und vielen anderen Bereichen der Lebensqualität kapitalisieren. Ökonomen haben hier gerne eingehakt und weisen darauf hin, dass diese Leistungen einen enormen volkswirtschaftlichen Wert haben, obwohl sie keinen Eingang in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung finden. Wenn man für jede geleistete Freiwilligenstunde überschlagsmäßig nur den Lohn eines Bauhilfsarbeiters ansetzen würde, käme man auf rund 140 Millionen Euro pro Woche. Für das ganze Jahr – wie gesagt nur auf Basis Hilfsarbeiter – auf 7,3 Milliarden Euro.

Es sind zuerst die Gemeinden, die einen Rückgang der Freiwilligentätigkeit in ihren Reihen bemerken. Manche Leistungen können dann nicht mehr oder nicht mehr in der gewohnten Dichte und Qualität angeboten werden, in einigen Bereichen müssen professionelle Dienstleister zugekauft werden, um gesetzlich vorgegebene Standards einzuhalten. Und das kostet dann wieder Geld, viel Geld. Die Gemeinden wissen um den enormen Stellenwert und das bedeutende Potenzial der Freiwilligenarbeit. Wir müssen sie auf allen Ebenen anerkennen, unterstützen und fördern.

Die Gemeinden wissen um den enormen Stellenwert und das bedeutende Potenzial der Freiwilligenarbeit. Wir müssen sie auf allen Ebenen anerkennen, unterstützen und fördern.

Die Freiwilligen sind nicht nur ein Milliardenschatz für unser Land, sondern auch der Garant für gelebte Menschlichkeit, Solidarität und Demokratie. Alle Entscheidungsträger in diesem Land haben sich daher dessen bewusst zu sein und die Rahmenbedingungen für die Freiwilligenarbeit und das ehrenamtliche Engagement mit allen Mitteln zu erhalten, zu fördern und so zu gestalten, dass sich der ehrenamtliche und unentgeltliche Dienst am Gemeinwesen auch in Zukunft positiv entfalten kann.

Die Leistungen der Freiwilligen sind nämlich unbezahlbar!

Wer sich selbst einbringt, kann auch mitbestimmen. Die Gemeinden sind genau jene Orte, in denen eine moderne Zivilgesellschaft am ehesten ihren Prototyp gefunden hat.

Fredy Mayer, Präsident des Österreichischen Roten Kreuzes, in Gespräch

„Kommerzialisierung der Daseinsvorsorge nicht opportun“

Im KOMMUNAL-Gespräch verrät Fredy Mayer, Präsident des Österreichischen Roten Kreuzes, seine Einstellung zur Diskussion rund um die Freiwilligen, ein verpflichtendes Sozialjahr und wer seiner Meinung nach die Daseinsvorsorge erledigen sollte.

Hans Braun

Der Themenkomplex „Freiwilligkeit“ wird derzeit im Zusammenhang mit dem Thema „Zivildienst“ höchst kontrovers diskutiert. Vor allem Organisationen, die von Zivildienern abhängen, sind davon betroffen. Wie geht es dem Roten Kreuz damit?

Fredy Mayer: Dem Roten Kreuz geht's nicht gut mit der ganzen Diskussion. Wobei man aber festhalten muss: Die Zivildienner sind ein Teil unseres Sozial- und Gesundheitssystems. Das Rote Kreuz braucht die Zivildienner im Prinzip nicht, wir können das anders organisieren. Aber die Gesellschaft braucht die Zivildienner. Und wenn die Veränderung in der Wehrpflicht kommt, dann heißt das, dass auch eine Veränderung beim Zivildienst kommt. Unsere Intention ist es, aufzuzeigen, dass – wenn diese Veränderung kommt – es wahrscheinlich nicht möglich ist, die Zivildienner in vollem Ausmaß zu ersetzen. Das bedeutet für Gemeinden und Länder entweder mehr Kosten, oder man findet sich mit der Tatsache ab, dass verschiedene Leistungen in Frage gestellt werden. Das halten wir in der heutigen Zeit für schlecht.

Welche Leistungen wären da am ehesten betroffen?

Das geht quer durch den Gemüsegarten. Aber man wird sich mangels Budgetmittel zusammensetzen müssen und definieren, welche Leistung notwendig ist, welche wünschenswert,

aber nicht notwendig ist, und manchmal wird eine Verkürzung hineinkommen. Das kann sich auf den gesamten Rettungsdienst beziehen, weil hier auch Zivildienner eingesetzt sind, das kann sich auf den Gesundheits- und Sozialdienst beziehen oder auf die mobile Pflege und dergleichen mehr ...

Darum sagen wir ja auch: Wenn man Veränderungen und Reformen beim Bundesheer einleitet – was legitim ist –, dann muss man auch die entsprechenden Auswirkungen zur Kenntnis nehmen ...

Aber die Gespräche sollten gemeinsam mit den Anbietern von Sozialdiensten stattfinden?

Genau, aber das ist ja das, was überhaupt nicht passiert. Als man beschlossen hat, die Wehrpflicht zu reduzieren, hat man eine Zivildienstreformkommission einberufen, wo es nur um eine Reform des Zivildienstes ging. Jetzt geht es aber um eine „Nullnummer“, um die Abschaffung des Zivildienstes. Und da wird überhaupt nichts gemacht als eine arbeitsmarktpoliti-

sche Maßnahme als Ersatz angeboten.

Wie viele Freiwillige dienen beim Roten Kreuz und in welchen Bereichen?

Wir haben rund 55.000 Menschen im Dienst, davon rund 32.000 im Rettungsdienst und bis jetzt rund 5500 im wachsenden Komplex der sozialen Dienste ... Ich schiebe jetzt was ein, weil wir ein Interview für die Gemeinden machen: Wenn das so kommt, dass der Zivildienst fällt, dann ist es im Wesentlichen ein stiller Finanzausgleich. Und ich frage mich, ob es sich die Länder und Gemeinden leisten können, diese Leistungen einzustellen ...

Das verpflichtende „freiwillige“ Sozialjahr



„Die Tendenz, Dienste fürs Gemeinwohl durch Lohnarbeit ersetzen zu wollen, gefährdet meiner Meinung nach das Sozialkapital unserer Gesellschaft sehr.“
Fredy Mayer im Gespräch.

halten Sie nicht für einen geeigneten Ersatz?

Das ist eine gut gemeinte arbeitsmarktpolitische Maßnahme, bei der man glaubt, vom Arbeitsmarkt her Personen rekrutieren zu können, die für das Erbringen sozialer Leistungen prädestiniert sind ...

Rotes Kreuz und Freiwillige Feuerwehren decken den allergrößten Teil der Katastrophenfälle ab. Trotzdem werden manchmal Soldaten gebraucht. Was ist Ihre Position in der Debatte um Wehrpflicht und Berufswehr?

Ab einer gewissen Größenordnung braucht man einen Assistenzeinsatz ... Der Kern des Problems ist aber: Die Folgewirkungen werden nicht ganzheitlich beraten, diskutiert und abgewogen. Es werden nur fragmentarische Einzelheiten besprochen und für diesen Zweck Lösungen angeboten.

Eine ganzheitliche Lösung wird nicht mehr angeboten, und das halten wir für wahnsinnig falsch.

In Tirol hat ein dänischer Konzern aufgrund der europaweiten Ausschreibung des Landes um den Rettungsdienst mitgeboten und ficht nun eine Entscheidung zugunsten des Roten Kreuzes an. Nach jüngsten Zeitungsberichten hält erstmals auch eine Kommune ein Bietverfahren für den Rettungsmarkt ab. Was halten Sie davon?

Vorauszuschicken ist, dass eine Zivilgesellschaft wie bei uns in Österreich eine große und enorm wichtige Rolle spielt. Und eine Tendenz, die Dienste fürs Gemeinwohl durch Lohnarbeit ersetzen zu wollen, gefährdet meiner Meinung nach das Sozialkapital unserer Gesellschaft sehr. Bei der Daseinsvorsorge eine Kommerzialisierung zu machen, halte ich für keine gute Idee. Es führt unter anderem dazu, dass – wie heißt es so schön – die Gewinne privatisiert und die Verluste sozialisiert werden.

Ich halte diese Kommerzialisierung für keine kluge und gute Idee und das ist ja auch Gegenstand umfangreicher Diskussionen in Gemeinden, in den Ländern, im Bund und auch in der EU. Ich glaube, dass man jetzt so weit ist, das auch generell zu erkennen, dass eine Kommerzia-

Wenn das so kommt, dass der Zivildienst fällt, dann ist es im Wesentlichen ein stiller Finanzausgleich.

lisierung der Daseinsvorsorge nicht opportun ist.

Aus der allgemeinen Berichterstattung kann man einen Trend zur Kommerzialisierung herauslesen. Glauben Sie, dass dieser Trend umkehrbar ist?

Ja, glaube ich, weil man mehrheitlich erkannt hat, dass eine solche sogenannte Ökonomisierung des Sozialen oder auch der Daseinsvorsorge einfach nicht optimal ist.

Bundesrettungskommandant Gerry Foitik hat sich in „Presse“ (Ausgabe vom 22. September) ebenfalls deutlich gegen eine „Kommerzialisierung des Sozialen“ ausgesprochen. Er hat in dem Beitrag auch durchklingen lassen, dass eine der Reaktionen des Roten Kreuzes im Konflikt mit dem Land Tirol „Dienst nach Vorschrift“ sein könnte. Das klingt nach verhärteten Fronten und sehr nach Konflikt. Ist das zielführend?

Zielführend ist es in dieser abstrakten Darstellung sicherlich nicht, aber man muss den Leuten, die bislang das Rettungswesen zum Beispiel in Tirol optimal gestaltet haben, schon eines zugute halten. Man hat mit einem Schlag tausende Freiwillige vor den Kopf gestoßen.

Und wenn man jemandem sagt, ich brauch dich nicht mehr, dann muss man sich nicht wundern, wenn der Enthusiasmus für diese Arbeit zurückgeht.

Das Ganze erinnert an die Diskussionen und Geschehnisse rund um die ÖBB und die Post seinerzeit, als noch das kleinste Nebental erreicht werden sollte und gleichzeitig Bahn und Post sich auf den lukrativen Haupttrouten privaten Mitbewerbern stellen mussten. Jetzt geht es wieder um die teure flächendeckende Vollversorgung, die dem Roten Kreuz bleibt, und den eher lukrativen Krankentransport, auf den Private „spitzen“. Ist so ein Spagat überhaupt zu schaffen?

Wir stehen vor folgendem Problem: Die Kostenträger haben bis heute noch keine Rahmenbedingungen kreiert, nach denen wir uns zu richten haben ... Der Kostenträger kann sagen, du

sollst in zehn Minuten beim Unfallort sein oder du kannst eine halbe Stunde brauchen. Diese Kriterien sind überhaupt nicht geschaffen ...

Konkurrenz ist jederzeit möglich, es müssen nur die Bedingungen, die Normen für alle gleich sein. Es kann nicht sein, dass sich jemand als Rosinenpicker die lukrativen Jobs herausnimmt und dem Roten Kreuz die kostspieligen überlässt.

Hier haben wir ein großes soziales Potenzial, schlummernd in der Bevölkerung. Und wenn das geweckt werden kann, wäre das ganz in unserem Sinne.

Fredy Mayer über das „europäische Jahr des Aktiven Alterns“

2011 war das europäische „Jahr der Freiwilligkeit“. Eine seltsame Laune, ausgerechnet in einem Jahr, in dem die Freiwilligkeit hochgehalten hätte werden sollen, die Freiwilligkeit praktisch in Frage zu stellen?

Das ist allerdings eine einmalige Situation, die wir auch angeprangert haben. Einerseits bittet man die Freiwilligen vor den Vorhang, zeichnet sie aus – und ein Jahr später sagt man, eigentlichen brauchen wir euch nicht mehr. Wir schaffen das mit einer verstaatlichten Lösung genauso. Es geht ja auch um den Geist in der Gesellschaft ...

Auf das Jahr der Freiwilligkeit baut 2012 das „Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen“ auf: Was erwarten Sie sich von 2012?

Generell bin ich ein Optimist. Ich glaube schon, dass das eine sehr wichtige Aktion ist, weil da schon auf das Potenzial der älteren Menschen hingewiesen wird und darauf, wie wertvoll das ist. ... Hier haben wir ein großes soziales Potenzial, schlummernd in der Bevölkerung. Und wenn das geweckt werden kann, wäre das ganz in unserem Sinne.

Das Interview musste aus Platzgründen gekürzt werden. Auf www.kommunal.at finden Sie die Langversion des Gesprächs mit Fredy Mayer.

Albert Kern, Präsident des Bundesfeuerwehrverbandes, im KOMMUNAL-Talk

Berufsheerdebatte schadet freiwilligem Feuerwehrwesen

Auf den Niederösterreicher Josef Buchta folgt mit dem Steirer Albert Kern wieder ein gestandener Feuerwehrler in das Amt des Präsidenten. Er übernahm diesen Job in heiklen Zeiten – noch nie waren die Diskussionen um „die Freiwilligkeit“ emotional so hoch. KOMMUNAL traf Kern zum Interview.

Katharina Lehner

Sie sind seit 8. September der neue Präsident des österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes. Was sind Ihre Ziele?

Albert Kern: Meine Ziele sind in erster Linie, dass wir als Dachorganisation des österreichischen Feuerwehrwesens wirken und das Gemeinsame in den Vordergrund stellen. In diesem Zusammenhang sind die Jugendarbeit und damit verbunden die Mitgliederwerbung wichtige Herausforderungen. Die Jugend in den Aktivstand zu überführen, ist ebenfalls eine wichtige Aufgabe. Für mich sind die Thematik Ehrenamt und die Motivation der Leute sehr wichtig. Der Bundesfeuerwehrverband muss all diese Aufgaben bündeln, herausarbeiten was gemeinsame Themen sind und Lösungen suchen.

Sie haben das Amt in spannenden Zeiten übernommen. Die Debatte um das Bundesheer und die Diskussionen um die Freiwilligen (ein bezahltes Sozialjahr statt der Zivildienst) betrifft die Feuerwehren ja auch – vor allem die Frage der Freiwilligen. Wie stehen Sie dazu?

Wir wollen uns in die Wehrpflichtdebatte nicht einmischen. Für uns ist der Katastrophenschutz jedoch ein Thema, da die Feuerwehren die Katastrophenschutz-Einsatzorganisation Nummer eins sind und in über 90 Prozent der Katastrophen zum Einsatz kommen. Das, was



„Der Vorschlag, dass Ehrenamtliche, die über das Militär zum Katastrophenschutz kommen, ein Entgelt bekommen sollen, benachteiligt die Freiwilligen Feuerwehren.“ Albert Kern (r.) im Gespräch mit KOMMUNAL-Chefredakteur Hans Braun.

jetzt in der Öffentlichkeit im Rahmen der Berufsheerdebatte beworben wird, ist nicht immer förderlich für das freiwillige Feuerwehrwesen. Der Vorschlag, dass Ehrenamtliche, die über das Militär zum Katastrophenschutz kommen, ein Entgelt bekommen sollen, benachteiligt die Freiwilligen Feuerwehren. Der eine bekommt nichts, der andere bekommt 5000 Euro. Das ist natürlich nicht motivierend für ein Feuerwehrmitglied.

Sie sagten, dass in 90 Prozent der Katastrophen Feuerwehrleute zum Einsatz kommen. Funktioniert Katastrophenschutz komplett ohne Soldaten?

Man muss Aufgaben definieren, und ein gutes Miteinander ist entscheidend. Bei Katastrophen arbeiten Feuerwehren, Militär, Einsatzorganisationen, aber auch die Zivilbevölkerung zusammen. Hier gibt es viel Poten-

zial. Für manche Katastropheneinsätze sind militärische Spezialgeräte und Spezialisten nötig und keine Grundwehrdiener, die erst seit Kurzem im Einsatz sind. Eine gegenseitige Unterstützung macht den größten Sinn.

Zum Thema Spezialgeräte: Gibt es in Österreich Löschflugzeuge, so wie sie in südlichen Ländern für die Bekämpfung von Waldbränden verwendet werden?

In Österreich ist das in diesem Ausmaß nicht nötig. Wir haben zwar Waldbrände, aber es sind keine großen Flächenbrände. Da wir eine hohe Dichte an Feuerwehren haben, können sich Brände gar nicht so schnell ausbreiten. Wir sind bei der Waldbrandbekämpfung gut aufgestellt und bei Fluggeräten ist eine gute Unterstützung durch das Militär und Firmen gegeben. Auch eine internationale Zusammenarbeit ist bei der Waldbrandbekämpfung denkbar.

Für die Bekämpfung von Katastrophen ist es nötig, dass die Mitarbeiter der Freiwilligen Feuerwehren von ihrem Arbeitgeber freigestellt werden. Wie funktioniert das in Zeiten der Wirtschaftskrise?

Nach unserer Erfahrung bekommen die meisten Leute von der Wirtschaft frei. Gerade der öffentliche Dienst und die Gemeinden sind hier sehr entgegenkommend, weil es für sie selbst eine Win-win-Situation darstellt. Bei einem Sekundäreinsatz, also einem Einsatz in einem anderen Land, stößt man bei den Arbeitgebern jedoch oft an Grenzen. Hier haben wir Einheiten zusammengestellt, die diese Rahmenbedingungen mit ihrem Dienstgeber abklären konnten. Nichtsdestotrotz müssen wir mit der Wirtschaft ins Gespräch treten und Verbesserungen verhan-

deln. Es macht jedoch keinen Sinn, wenn die Wirtschaft Auflagen bekommt und Ehrenamtliche bei einer Bewerbung wegen ihrer Tätigkeit bei der Freiwilligen Feuerwehr dann nicht genommen werden. Wir wollen Modelle finden, sodass die Wirtschaft und wir Vorteile haben.

Gerade in der Steiermark sind Gemeindezusammenlegungen momentan ein großes Thema. Wie stehen Sie dazu?

Gemeindezusammenlegung bedeutet eine Verwaltungsvereinfachung. Ich gehe davon aus, dass sich in der Steiermark einiges bewegen wird. Bei den Feuerwehren machen Zusammenlegungen nur Sinn, wenn die Leute bereit sind, schließlich gilt es die materielle und die personelle Ebene zu beachten. Eine Gemeindereform kann nicht automatisch bedeuten, dass die Vereine zusammengelegt werden. Meiner Meinung nach sollte man die Einheiten bei den Feuerwehren möglichst klein halten, damit ein Kitt zwischen den Mitglieder besteht.

Ein anderes Problem ist, dass in einer größeren Gemeinde die Gemeinde plötzlich für sieben, acht, neun oder mehr Feuerwehren sorgen muss. Es gibt ja heute schon etliche Gemeinden, die zehn oder mehr Wehren haben. Wie sollen die das bezahlen?

Je mehr Feuerwehren, desto besser ist das für die Gemeinden. Wenn man Gemeinden zusammenlegt, dann wird es pro Gemeinde noch mehr Feuerwehren geben als jetzt, aber die Zahlen allein sagen nichts aus. Wenn acht Feuerwehren für eine Gemeinde arbeiten, schaut mehr für die Gemeinde heraus. Was die Budgets betrifft, bedeutet das nicht automatisch eine Steigerung, weil die Gerätschaften auf die Gemeinde abgestimmt sind. Es hat nicht jede Feuerwehr alle Geräte und je mehr Manpower es gibt, desto besser ist es.

Thema Ausrüstung. Ist im Regelwerk festgelegt, wie jede einzelne Feuerwehr abgedeckt werden muss und gibt es hier Sparpotentiale?

Je nach Größe der Feuerwehren

sind Definitionen vorhanden, was möglich ist. Bei Investitionen teilen sich die Feuerwehren und die öffentliche Hand die Kosten. Wenn es um die Nutzung von unseren Geräten geht, gehen wir jedoch bereits an unsere Grenzen. Bei den Fahrzeugen gibt es eine Nutzungsdauer von über 25 Jahren. Jedoch sind die Fahrgestelle eines Lkws, auf die die Feuerwehr aufbaut, nur für bis zu zehn Jahre ausgelegt. Problematisch ist, dass die Ersatzteilversorgung nicht immer funktioniert, wenn es sich um alte Modelle handelt. Umweltschutzauflagen, wie sie für Lkws gelten und wichtig sind, gelten für Feuerwehren nicht. Wir fahren nicht viel, und beim Einsatz geht es um Schnelligkeit. Die Mindestnutzungsdauer wird somit ausgereizt. Man darf aber nicht vergessen, dass es auch um die Sicherheit der Feuerwehrleute geht.

Abgesehen von dem einen oder anderen Streit ums Geld – wie funktioniert die Kooperation zwischen Feuerwehren und Gemeinden?

Meiner Meinung nach ist die Bereitschaft nach guter Kooperation da. Natürlich gibt es auch Ausnahmen, wenn sich Feuerwehren und Gemeinden einen gegenseitigen Kampf liefern wollen.

Die Präsidenten des ÖBfV führen den höchsten Dienstgrad der Feuerwehr, der dem Dienstgrad eines Generals beim Bundesheer entspricht. Und Sie sind Kommandant des steirischen Landesverbandes: Wie wollen Sie denn angesprochen werden?

Es gibt klare Dienstgradregelungen. Vom Dienstgrad bin ich Landesbranddirektor und im Bundesfeuerwehrverband bin ich Präsident.

Sie stehen im 40. Dienstjahr bei der Feuerwehr. Was waren in dieser Zeit die gravierendsten Änderungen?

Die Technik und das Ehrenamt haben sich verändert. Die Ein-

heiten in den Kommunen werden durch die Abwanderung kleiner. Der Ansporn ist da, aber die Leute fehlen oft.

In diesem Zusammenhang wurde heuer über die Zulassung von Nicht-Österreichern zur Freiwilligen Feuerwehr diskutiert. Wie stehen Sie dazu?

Ich denke, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen in ganz Österreich Migranten nicht mehr ausschließen. Es gibt österreichische Staatsbürger, die nicht in der Lage sind, sich in eine Gemeinschaft zu integrieren, und es gibt Migranten, mit oder ohne Staatsbürgerschaft, die dieses Potenzial haben. Wenn der Wille da ist, funktioniert es.

Wenn acht Feuerwehren für eine Gemeinde arbeiten, schaut mehr für die Gemeinde heraus. Was die Budgets betrifft, bedeutet das nicht automatisch eine Steigerung.

Albert Kern über mögliche Auswirkungen von Gemeindezusammenlegungen



Wann waren Sie das letzte Mal im Einsatz?

Das ist erst wenige Wochen her, weil ich mit meiner Ortsfeuerwehr auf Einsatz fahre. Mir ist es sehr wichtig, den Kontakt zur Basis nicht zu verlieren. Ich habe auch schon viele Hochwassereinsätze erlebt, bei denen ich mit Bürgermeistern gemeinsam Sandsäcke geschleppt habe.

Wie haben Sie persönlich das Unglück von St. Lorenzen erlebt?

Es war ein gewaltiges Ereignis, das gezeigt hat, dass der Zusammenhalt da ist. Die Feuerwehren in Österreich haben sehr viel Potenzial, und wir hätten noch mehr, wenn wir – wie bereits angesprochen – von der Wirtschaft noch bessere Rahmenbedingungen bekommen würden. In St. Lorenzen müssen 35 Millionen Euro investiert werden, die Wirtschaft ist also der größte Gewinner aus dem Unglück.

Eisenbahn-Kreuzungsverordnung trotz Konsultationsmechanismus in Kraft

Der Bund muss die tatsächlich anfallenden Kosten tragen

Die Diskussionen rund um die Eisenbahn-Kreuzungsverordnung nehmen kein Ende. Trotz Einleitung des Konsultationsmechanismus war zuletzt aus dem zuständigen Ministerium kein Einlenken festzustellen.

Ein Zustand, der das Haushaltsgleichgewicht der Länder und Gemeinden gefährdet – und den Bund verpflichtet, die tatsächlich anfallenden zusätzlichen Kosten zu tragen.

Friedrich Klug

Die vom Verkehrsministerium (BMVIT) erlassene Eisenbahn-Kreuzungsverordnung (EisbKrV) 2012 wird für die Länder und Gemeinden als Träger der Straßenbaulast und von Privatbahnen erhebliche Mehrausgaben verursachen. Trotz Einleitung des Konsultationsmechanismus

Trotz Einleitung des Konsultationsmechanismus wurden die Folgekosten nicht berechnet und das Gremium zur Klärung der Finanzierungsfragen nicht einberufen, weshalb das durch den Stabilitätspakt vorgeschriebene Haushaltsgleichgewicht der Länder und Gemeinden gefährdet ist.

wurden die Folgekosten nicht berechnet und das Gremium zur Klärung der Finanzierungsfragen nicht einberufen, weshalb das durch den Stabilitätspakt vorgeschriebene Haushaltsgleichgewicht der Länder und Gemeinden gefährdet ist. Das BMVIT hat am 20. November 2009 den Begutachtungsentwurf versendet. Mit dem Entwurf sollte die aus dem Jahr 1961 stammende Verordnung auf den neuesten Stand der Technik gebracht und das Verhalten der Straßenbenutzer zur Hebung der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer positiv beeinflusst werden. Die EisbKrV

2012 umfasst nunmehr insgesamt 106 Paragraphen und drei Anlagen, während die bisher geltende Verordnung mit 24 Paragraphen ausgekommen ist. Auf Grund der ablehnenden Haltung der Bundesländer, des Österreichischen Gemeindebundes, des Österreichischen Städtebundes und des Fachverbandes der Schienenbahnen wurde die Begutachtungsfrist durch das BMVIT bis Ende Februar 2010 erstreckt.

Im Vorblatt fand sich nur der kurze Hinweis, dass der Anpassungsbedarf bei der Sicherung der Eisenbahnkreuzungen (EK) für die Eisenbahnunternehmungen „mit erheblichen Mehrkosten verbunden sein wird“. Die einmaligen und laufenden Kosten wurden nicht ausreichend quantifiziert. Im Entwurf fand sich auch kein Hinweis auf die Anzahl der tatsächlich zu sichernden Eisenbahnkreuzungen, die zu erwartenden einmaligen Investitionskosten und die laufenden Überprüfungs-, Instandhaltungs- und Betriebskosten.

Nicht eingegangen wurde auf die Tatsache, dass nicht nur die Eisenbahnunternehmungen betroffen sind, sondern vor allem die Länder und Gemeinden als Träger der Straßenbaulast, aber auch als Eigentümer von Eisenbahnunternehmen. Die Erstausschattung der Eisenbahnkreuzun-

gen mit technischen Sicherungsanlagen wird einen enormen Investitionsbedarf und Betriebs- und Folgekosten auslösen. Die Privatbahnen rechnen mit Investitionen in Höhe von rund 500 Millionen Euro. In dieser Größenordnung ist zusätzlich für die Erhaltung, Abschreibung und Erneuerung in den nächsten 25 Jahren zu rechnen. Angesichts der dramatischen Steuerzufälle im Zuge der Finanzkrise ist die Finanzierung all dieser Maßnahmen nicht gesichert. Da die Mittel im Rahmen der mittelfristigen Investitionsprogramme limitiert sind, würde der finanzielle Mehrbedarf die Rechtsträger belasten.

Die Träger der Straßenbaulast müssen gemäß § 48 Eisenbahngesetz mindestens die Hälfte der Kosten übernehmen, sodass für die Eisenbahnunternehmungen 50 Prozent zu finanzieren sind. Im Fall der Privatbahnunternehmungen können der Bund und die Länder gemäß § 4 Privatbahngesetz 2004 Finanzierungsbeiträge im Rahmen von mittelfristigen Investitionsprogrammen (MIP) übernehmen. Da mindestens 50 Prozent von der Straßenverwaltung zu übernehmen sind, verbleiben für den öffentlichen Verkehr weitere 50 Prozent übrig, die aus MIP-Mitteln zu finanzieren wären, also zu je 25 Prozent durch den Bund und die Länder.

Einige Regionalbahnen sind ernstlich in ihrer Existenz gefährdet, was im krassen Gegensatz zu der immer wieder betonten und in den Regierungsprogrammen enthaltenen Notwendigkeit zum Ausbau des öffentlichen Schienenverkehrs im Interesse des Umwelt- und Klimaschutz steht.

Im Entwurf fehlen Maßnahmen zur Hebung der Verkehrssicherheit, nämlich die Möglichkeit,



Einige Regionalbahnen sind ernstlich in ihrer Existenz gefährdet, was im krassen Gegensatz zu der immer wieder betonten und in den Regierungsprogrammen enthaltenen Notwendigkeit zum Ausbau des öffentlichen Schienenverkehrs im Interesse des Umwelt- und Klimaschutzes steht.

Eisenbahnkreuzungen und private Eisenbahnübergänge aufzulassen oder zu verlegen sowie niveaufreie Kreuzungen zu etablieren und damit Gefahrenstellen endgültig zu beseitigen. Allerdings bedürfte es hierzu gesetzlicher Regelungen zur Verfahrenserleichterung, zur Leistung von Instandhaltungsbeiträgen und Inkaufnahme zumutbarer Umwege. Die Hauptproblematik, die zu den zahlreichen, teils schweren Unfällen und in deren Folge zu vielen Diskussionen über die Sicherheit an Eisenbahnkreuzungen geführt hat, liegt eindeutig nicht bei den Eisenbahnen und an der Art der Sicherung, sondern im unvorsichtigen und verantwortungslosen Verhalten der Verkehrsteilnehmer. Viel wichtiger wäre es daher, beim permanenten Fehlverhalten der Straßenverkehrsteilnehmer anzusetzen, die zu fast 100 Prozent die Unfälle verursachen, und zwar durch bessere und konsequente Überwachung und Anzeige, schärfere Sanktionen und bessere Schulung der Verkehrsteilnehmer vor dem Erwerb der Lenkerberechtigung.

In-Kraft-Treten der Eisenbahn-Kreuzungsverordnung 2012

Trotz der vielen Bedenken wurde die EisbKrV 2012 im BGBl II Nr. 216 am 26. Juni 2012 verordnet und ist nunmehr in Kraft getreten. Vor Erlassung der Verordnung wurde zwar am 16.

Mai 2012 noch eine Besprechung mit den Bundesländern durchgeführt und diesen die Gelegenheit geboten, eine Stellungnahme abzugeben, nicht jedoch den beiden Spitzenverbänden der Gemeinden, obwohl diese den Konsultationsmechanismus in Gang gesetzt und ihre Bedenken deutlich zum Ausdruck gebracht haben. Der Forderung der Gemeindeverbände, eine den Vorgaben des § 14 Abs. 3 und 5 BHG entsprechende Darstellung der finanziellen Auswirkungen und Folgekosten auf die Gemeinden vorzulegen und die inhaltliche Richtigkeit der Kostenschätzung des BMVIT in Höhe von 280 Millionen Euro nachzuweisen und auf die Länder und Gemeinden herunterzurechnen wurde auch im letzten Novellenentwurf der Verordnung nicht entsprochen. Auch auf die Refinanzierung der abgeschriebenen Sicherungsanlagen wurde nicht eingegangen und damit das Problem in die Zukunft verlagert. Da die vom BMVIT angegebenen Kostenfolgen von 280 Millionen Euro bei Weitem die Betragsgrenzen nach der Vereinbarung über den Konsultationsmechanismus übersteigen und von Eisenbahnfachleuten nicht verifiziert werden konnten, wurde von den Gemeinden binnen Frist das Verlangen gemäß Art. 2 Abs. 1 der Vereinbarung über einen Konsultationsmechanismus und einen Stabilitätspakt gestellt, das Konsultationsgremi-

um einzuberufen und Verhandlungen über die zusätzlich verursachten finanziellen Ausgaben einschließlich zusätzlicher Personalkosten zu führen.

Kostenersatz

Das Konsultationsgremium wurde vom Vorsitzenden nicht einberufen und nicht konstituiert, weshalb gem. Art. 4 Abs. 2 leg.cit. ein Ersatz der durch die Verwirklichung des Vorhabens tatsächlich entstandenen zusätzlichen finanziellen Ausgaben vom Bund zu leisten ist, soweit sie einer sparsamen, wirtschaftlichen und zweckmäßigen Vollziehung entsprechen. Im Streitfall entscheidet der VfGH nach Art. 137 B-VG.

Gemäß Art. 4 Abs. 3 leg.cit. sind die abzugelenden zusätzlichen finanziellen Ausgaben bei den Verhandlungen über die nächste Finanzausgleichsperiode als bestehende Verpflichtung einvernehmlich einzubinden. Diese Vorgangsweise ist in Anbetracht der im Österreichischen

Gemäß Art. 4 Abs. 3 leg.cit. sind die abzugelenden zusätzlichen finanziellen Ausgaben bei den Verhandlungen über die nächste Finanzausgleichsperiode als bestehende Verpflichtung einvernehmlich einzubinden.

Stabilitätspakt 2011 enthaltenen finanzwirtschaftlichen Auflagen dringend geboten, da es ansonsten den Gemeinden nicht möglich wäre, ihren Stabilitätsbeitrag zu leisten, den Schuldenstand zu konsolidieren und ihre rechtliche Verpflichtung zur mittelfristigen Orientierung der Haushaltsführung einzuhalten.

Schließlich ergeht an die gesetzgebenden Körperschaften die dringende Aufforderung, die Folgekosten Recht setzender Maßnahmen nachvollziehbar zu ermitteln, die Vereinbarung über einen Konsultationsmechanismus genau einzuhalten und entsprechende Berechnungen der Folgekosten und finanziellen Auswirkungen auf die betroffenen Gebietskörperschaften vorzunehmen und den Verhandlungen über einen adäquaten Finanzausgleich zugrunde zu legen.



FH-Prof. Univ.-Doz. Dr. Friedrich Klug ist Dozent an der Uni Linz, Generaldirektor der Linzer Lokalbahn AG und gerichtlich beedeter Sachverständiger für das öffentliche Rechnungswesen.

Effizienzsteigerung der Gemeinden durch mehr Steuerautonomie?

Auswirkungen auf ländliche Gemeinden genau untersuchen

Vor Kurzem wurde eine Studie von KDZ und WIFO veröffentlicht, in der als Ergebnis festgehalten wurde, dass die Länder und Gemeinden eine sehr geringe fiskalische Verantwortung hätten, weil sie selbst kaum Steuern einheben würden. Daraus wurde der Schluss gezogen, dass dies zu Ineffizienzen führen würde.

Walter Leiss

Eine Reform des Finanzausgleiches, der den Ländern und Gemeinden mehr Abgabenaufonomie und dadurch auch mehr Verantwortung übertragen würde, würde zu mehr Effizienz und mehr Wettbewerb führen. Die beiden Forschungsinstitute meinten, dass lokale öffentliche Leistungen aus lokalen Einnahmen finanziert werden sollten, um zu verhindern, dass Ausgaben auf Kosten Dritter getätigt werden würden. Derzeit würden vom Bund weit mehr als 90 Prozent der Steuern und Abgaben eingehoben.

Durch den Finanzausgleich würde der Bund das Geld an die anderen Gebietskörperschaften, und zwar in Form von sogenannten Ertragsanteilen und einer Vielzahl von zweckgebundenen Transferzahlungen, verteilen. Im Zuge der Studie wurden auch Optionen zu einem Ausbau der Abgabenaufonomie geprüft und Reformvorschläge eingebracht. Einerseits sollte die Bemessung der Grundsteuer nicht nach Einheitswerten, sondern

nach den tatsächlichen Ertrags- und Verkehrswerten erfolgen, die Kommunalsteuer in Richtung einer Wertschöpfungsabgabe ausgebaut und kommunale Zuschlagsrechte auf die Lohn- und Einkommensteuer vorgese-

Eine horizontale Umverteilung der gesamten Abgabenerträge zu Lasten des ländlichen Raumes ist jedenfalls abzulehnen.

hen werden. Insgesamt sollte sich dadurch die Abgabenquote nicht erhöhen, sondern es zu mehr Abgabenaufonomie der Gemeinden kommen. Auch Änderungen bei der Gebührengestaltung werden vorgeschlagen. Gebühren sollten nicht nur zur Kostendeckung der jeweiligen Aufgaben eingehoben werden dürfen, sondern es sollte mehr Spielräume (die Möglichkeit, auch Überschüsse zu erzielen, die dem allgemeinen Budget zugeführt werden können) geben. Weiters werden Gestaltungsspielräume bei umweltbezogenen Abgaben beziehungsweise

die Einführung einer Abgabe auf alkoholische Getränke und der Ausbau einer Zweitwohnsitzabgabe als Optionen genannt.

Komplexes System

Dazu ist festzuhalten, dass das System des österreichischen Finanzausgleiches tatsächlich sehr komplex, man könnte auch sagen kompliziert anmutet. Das System ist im Wesentlichen davon geprägt, dass Abgaben in erster Linie vom Bund (rund 95 Prozent) eingehoben werden und den Ländern (rund ein Prozent) und den Gemeinden (rund vier Prozent) nur geringe Abgabenaufonomie eingeräumt wird. Die Verteilung der Abgabeneinnahmen richtet sich auch nach dem Finanzausgleichsgesetz. Dabei fallen dem Bund 67,417, den Ländern 20,7 und den Gemeinden 11,883 Prozent zu.

Zutreffend ist nun, wie die Studie darstellt, dass der Anteil der gemeindeeigenen Abgaben in Relation zu den Gesamteinnahmen der Gemeinde in den vergangenen Jahren stetig gesunken ist. Dies lässt sich einerseits durch den Wegfall der Getränkesteuer und andererseits dadurch erklären, dass nunmehr die Hauptsäulen der gemeindeeigenen Abgaben die Grundsteuer und die Kommunalsteuer sind. Während die wesentlichen Bundesabgaben sowie die Kommunalsteuer eine dynamische Steuern sind, ist die Grundsteuer wegen der nicht erfolgten Anpas-



sung der Berechnungsgrundlagen (Einheitswerte) relativ stetig gesunken. Sofern Reformvorhaben bei der Grundsteuer verlangt bzw. vorgeschlagen werden, so sind diese zu unterstützen. Hier gilt es einen Ausgleich für Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte zu schaffen. Hinsichtlich der anderen Reformvorschläge bis hin zu den Gebührenhaushalten sind diese jedoch kritisch zu hinterfragen. Eine Änderung in der Aufkommenssituation muss – wie die Studie auch selbst ausführt – auch Änderungen in der Finanzverantwortung nach sich ziehen. Es wäre Illusion zu glauben, nur die Einnahmenseite verändern zu können und die Ausgaben bzw. Aufgabenseite unverändert belassen zu können. Soll jedoch eine Reform, wie auch die Studie zeigt, aufkommensneutral sein, das heißt die Abgabenquote insgesamt nicht erhöhen, bedeutet dies, dass sich auch die Aufgaben, die die Gebietskörperschaften zu besorgen haben, ändern werden. Damit ergibt sich aber, dass zunächst über eine Aufgabenreform zu diskutieren ist, bevor über Änderungen auf der Einnahmenseite diskutiert werden kann. Die Bedeutung ergibt sich allein daraus, dass die Gemeinden wesentlich zur Finanzierung des Sozial- und Gesundheitswesens, des Schulwesens und der Kinderbetreuung beitragen. Die Aufwendungen für diese Bereiche haben sich in den letzten Jahrzehnten bzw. Jahren

allerdings enorm gewandelt. Ablesbar ist dies auch aus den Steigerungen in den Budgets der Gemeinden.

Zweifelhafte Schlussfolgerungen

Damit lassen sich allerdings auch die Schlussfolgerungen der Studie in Zweifel ziehen, dass lokale Leistungen aus lokalen Einnahmen zu finanzieren seien, dass mehr Steuerautonomie einen fiskalischen Wettbewerb zwischen den Gemeinden ermöglicht und dass die Steuerautonomie auch eine kostengünstige Aufgabenerfüllung ermöglicht. Hier stellt sich beispielsweise die Frage, welche lokalen Aufgaben die Gemeinden im Gesundheits- und Sozialbereich erbringen können, bzw. wie diese durch lokale Einnahmen finanziert werden sollten. Soll die Gesundheitsversorgung oder das Sozialwesen nach unterschiedlichen steuerlichen Aufkommen in den Regionen gesteuert werden? Hier wäre viel mehr angebracht, dass diese Aufgaben den Ländern bzw. dem Bund zukommen. Auch das Argument des fiskalischen Wettbewerbes – auch wenn dafür Beispiele aus der Literatur und anderen Ländern angeführt werden –, ist zu hinterfragen. Sieht man sich das Aufkommen der derzeitigen Kommunalsteuer an bzw. vergleicht Einkommensberichte der Wohnbevölkerung, so ist leicht erkennbar, wem ein derartiger

Wettbewerb nützen würde. Es wäre auch Illusion zu glauben, dass durch einen Steuerwettbewerb der Kommunalsteuer Betriebsansiedelungen in beispielsweise Abwanderungsgemeinden gefördert werden könnten. Gleiches gilt für eine noch weitere Lockerung des Kostendeckungsprinzips bei den Gebührenhaushalten. Können doch Gemeinden in ländlichen Regionen jetzt schon kaum ihre Gebührenhaushalte kostendeckend führen, von der Erzielung von Überschüssen ist dabei nicht die Rede. Wem daher derartige Möglichkeiten nutzen würden, liegt auf der Hand. Konsequenterweise würde dies zu Lasten der ländlichen Regionen gehen und nur den urbanen Raum stärken. Letztlich ist das Argument der kostengünstigen Aufgabenerfüllung bei stärkerer Einnahmen- und Ausgabenverantwortung in einer Hand zu hinterfragen. Liefert doch der Bund das Negativbeispiel, da er über einen Großteil der Einnahmen verfügt, allerdings auch die höchsten Schulden aller Gebietskörperschaften aufzuweisen hat. Die Schlussfolgerungen der Studie müssen daher genau untersucht werden. Insbesondere sind die Auswirkungen für die ländlichen Gemeinden und Regionen genau zu berücksichtigen. Eine horizontale Umverteilung der gesamten Abgabenerträge zu Lasten des ländlichen Raumes ist jedenfalls abzulehnen.



Hofrat Dr. Walter Leiss ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes

Der „Bürokratenstaat Österreich“

Es scheitert seit Jahren an der Kompetenzzuordnung

Die Forderung, in Österreich eine Reform der Verwaltungsstrukturen umzusetzen und den öffentlichen Dienst abzuspecken, sind Standardformulierungen in vielen politischen Reden.

Gerhard Poschacher

Die Arbeit von Bediensteten in Bund und Ländern oder bei den Gemeinden an den Pranger zu stellen und die zunehmende Bürokratisierung, nicht nur bei der Umsetzung der EU-Agrarpolitik, zu beklagen, sind oft Gegenstand hitziger Stammtischgespräche. Die Aufgaben der Verwaltung sind in der Verfassung festgelegt und tragen dem demokratischen, rechtsstaatlichen und föderalen Prinzip Rechnung.

Gertrude Brinek, seit 2008 Volksanwältin für die Finanz- und Justizverwaltung, schreibt in ihrem Buch „Vom wahren Leben im Rechtsstaat“ (Verlag Styria, Wien 2012) über den komplizierten und teuren Föderalismus und berichtet aus ihren Erfahrungen, die BürgerInnen mit ihrer Bürokratie machen. Für die frühere ÖVP-Politikerin ist der Föderalismus angesichts der zunehmenden Kompetenzverlagerung nach Brüssel die größte Reformbaustelle in der Republik.

Der streitbare Querdenker in der steirischen Volkspartei, Bernd Schilcher, hat mehrmals den von den Landespolitikern verteidigten Föderalismus „als Synonym für strukturelle Feigheit“ abqualifiziert und führt den mangelnden Veränderungswillen auf gewachsene schwarz/rote Parteistrukturen zurück.

Das Bundeskanzleramt publiziert vor kurzem die informative Dokumentation „Das Personal des Bundes 2011“, der zu entnehmen ist, dass Österreich im internatio-

nen Vergleich nicht zu jenen Staaten gehört, in dem der öffentliche Dienst explodiert.

Trotzdem ist der Bund mit fast 133.000 MitarbeiterInnen der größte Arbeitgeber in der Republik, in den Ländern sind fast 143.000 Menschen beschäftigt und in den 2356 Gemeinden (ohne Wien) 75.000. Einer aktuellen OECD-Studie ist zu entneh-

Weniger Bürokratie und ein schlankerer Staat bleiben aber so lange leere Versprechungen, als die Flut der Gesetze, die Kontrolle ihrer Einhaltung und der Erfindungsgeist der Eurokraten in Brüssel nicht eingedämmt werden.

men, dass der Anteil öffentlich Bediensteter in Norwegen mit 34,6 Prozent am höchsten ist, Japan kommt mit nur 7,8 Prozent aus und ist Schlusslicht im Bürokraten-Ranking. In bedeutenden EU-Staaten liegt der Anteil öffentlich Bediensteter an der Gesamtzahl der Beschäftigten (Schweden: 29,7 Prozent; Frankreich: 23 Prozent; Belgien: 20,1 Prozent; England: 19,3 Prozent) über jenem in Österreich.

Im Durchschnitt sind in der EU 16,3 Prozent und in den USA 13,9 Prozent in der öffentlichen Verwaltung beschäftigt.

Beträchtliche Einsparungspotenziale

Von den Ausgaben 2010 im österreichischen Staatsbudget in Höhe

von 150,4 Milliarden Euro entfallen 42 Milliarden Euro auf die Personal- und Sachaufwendungen für den öffentlichen Dienst. Rechnungshofberichten und Expertisen von Verwaltungsfachleuten sind beträchtliche Einsparungspotenziale, unter anderem in den Sektoren Bildung, Gesundheit, Neuordnung der Staatsaufgaben, zu entnehmen. Bisher ist eine klare Kompetenzzuordnung auf der Grundlage eines schon vor fünf Jahren vom Kanzleramt präsentierten „Drei-Säulen-Modells“ (Bund, Länder, Bund/Länder) an widersprüchlichen Interessen der Verwaltungsbehörden gescheitert. Vor allem die Gemeinden drängen auf eine Aufgabenreform.

Förderdschungel besonders ausgeprägt

Besonders ausgeprägt ist der Förderdschungel mit jährlich mehr als 70 Milliarden Euro. Der Bund hat 2600 Förderprogramme, die Bundesländer 3100 und auf Gemeindeebene gibt es nicht weniger als 47.000 Subventionsprojekte. Die Palette reicht von der Abfallwirtschaft bis zu den Zuchtverbänden, vom Babygeld bis zum Sängerwesen, von Kulturunternehmen bis zu den Radwegen, und selbst Gemeindestiere, Schindeldächer, Tanzvereine und Trachtenkleidung sind nicht ausgeschlossen.

Weniger Bürokratie und ein schlankerer Staat bleiben aber so lange leere Versprechungen, als die Flut der Gesetze, die Kontrolle ihrer Einhaltung und der Erfindungsgeist der Eurokraten in Brüssel nicht eingedämmt werden.



Prof. Dr. Gerhard Poschacher war Ministerialrat im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Baulandreserven oder begehrter Erholungsraum

Wälder im Gemeindegebiet

Mit vier Millionen Hektar Wald zählt Österreich zu den walddreichsten Ländern der Erde. Fast die Hälfte des Landes ist bewaldet. Was das für die Gemeinden bedeutet, zeigt ein druckfrisches Buch auf.

Neben der Versorgung mit dem Rohstoff Holz bieten unsere Wälder unverzichtbare Leistungen in Form von Schutz-, Wohlfahrts- und Erholungswirkungen. Zunehmende Bedeutung haben Wälder auch im Bereich des Klimaschutzes, insbesondere durch die Eigenschaft, CO₂ zu speichern.

Gerade auf kommunaler Ebene spielt der Wald häufig eine Rolle. Einmal geht es um die Ausweisung von Wasserschon- und -schutzgebieten, dann wieder um die Frage von Rodungen im Zusammenhang mit dem räumlichen Entwicklungskonzept und der Flächenwidmungsplanung. Wälder stellen auch einen wichtigen Naherholungsraum für die örtliche Bevölkerung dar. Touristische Schwerpunktregionen weisen Erholungswaldflächen aus oder beanspruchen Wald für die Errichtung von Skipisten oder Sportanlagen. Kaum eine Infrastrukturmaßnahme, sei es die Errichtung einer Straße oder einer Stromleitung, kommt ohne Inanspruchnahme von Waldflächen aus. Tatsache ist, dass das Waldeigentum heute in vielfältiger Weise durch diverse gesetzliche Regelungen eingeschränkt wird.

So reichen allein die verwaltungsrechtlichen Eigentumsbeschränkungen vom Vorbehalt ei-



Foto: BMLFUW / Rita Newman

Wälder stellen auch einen wichtigen Naherholungsraum für die örtliche Bevölkerung dar. Touristische Schwerpunktregionen weisen Erholungswaldflächen aus.

ner besonderen behördlichen Erlaubnis für verschiedene Tätigkeiten wie etwa der Rodung, über das Teilungsverbot von Waldgrundstücken ab einer bestimmten Größe, bis hin zu Pflichten des Eigentümers zur Duldung und Unterlassung (Betretrungsrecht, Waldbehandlung entlang von Grundgrenzen). In einem Gebirgsland wie Salzburg

hat die Schutzfunktion des Waldes im Hinblick auf Lawinen- oder Hochwasserschutz eine enorme Bedeutung. Für den Waldeigentümer ist dies in der Regel mit zahlreichen gesetzlichen Auflagen, Ge- und Verboten verbunden.

Tatsache ist, dass das Waldeigentum heute in vielfältiger Weise durch diverse gesetzliche Regelungen eingeschränkt wird.

Nikolaus Lienbacher, Autor



Die durch verschiedenste nationale und internationale Rechtsvorschriften hervorgerufenen Eigentumsbeschränkungen verlangen dem Waldeigentümer immer häufiger ein Sonderopfer zugunsten der Allgemeinheit ab. Wenngleich nicht jede Einschränkung oder Belastung von vermögenswerten Privatrechten aus der Sicht des einzelnen Eigentümers etwas Negatives bedeutet, sondern auch eine gewisse Privatnützigkeit hat, so unterliegen dennoch die Dispositionsbefugnisse des Waldeigentümers zunehmend solchen Beschränkungen, wo das öffentliche Interesse überwiegt. Daher ist es an der Zeit, die Vielzahl der auf das Waldeigentum einwirkenden Beschränkungen in ihrer kumulierenden Wirkung zu betrachten und die Frage zu stellen, ob nicht durch das Zusammenwirken verschiedener Rechtsbereiche und verschiedener individueller Normen das Waldeigentum in einer solchen Weise beeinträchtigt ist, dass es den Wesenskern des Eigentums antastet. Anders gesagt: „Handelt es sich bei einem Recht, welches mit diversen Verfügungsbeschränkungen, Nutzungsbindungen oder Handlungs- und Leistungspflichten belastet ist, noch um ein Recht im Sinne einer privatautonomen

Wahlmöglichkeit, also um Eigentum?“

Diese Frage sollten sich die gesetzgebenden Körperschaften stellen, wenn es einmal mehr darum geht, Waldeigentum zugunsten eines spezifischen öffentlichen Interesses weiter zu beschränken. Die Grenze der Sozialpflichtigkeit des Eigentums wird jedenfalls dort zu ziehen sein, wo der Eigentümer aus seinem Eigentum weder einen nachhaltigen Ertrag erzielen, noch den vielschichtigen gesetzlichen Anforderungen Rechnung tragen kann und damit das Eigentumsrecht zu einem nackten Recht verkommt. Damit ist langfristig weder dem Wald noch dem Waldeigentümer und schon gar nicht der Gesellschaft gedient.

Das Buch Waldeigentum und seine Beschränkungen

Das Buch soll einen Einblick in die Vielfalt an Eigentumsbeschränkungen geben. Es enthält eine systematische Auflistung von Bewirtschaftungsvorschriften, Ge- und Verboten sowie Leistungs- und Duldungspflichten. Einen

weiteren Schwerpunkt bilden die Einforstungsrechte. Die Publikation bietet Waldeigentümern und Einforstungs-

berechtigten, aber auch Vertretern von Behörden und Ämtern sowie Rechtsanwälten, Notaren, Interessenvertretern, Beratern und Studenten eine unverzichtbare Orientierungshilfe.

Neuer Wissenschaftlicher Verlag,

1. Auflage; 2012
ISBN: 978-3-7083-0818-0,
276 Seiten, gebunden,
Preis: 38,80 Euro



Mit Plakaten, Musterartikeln und Sujets für die Gemeindezeitungen sollen die Gemeinden auf ihre Leistungen hinweisen. Der Gemeindebund stellt alle notwendigen Vorlagen bereit und will möglichst viele Gemeinden zur Teilnahme bewegen.

Daniel Kosak

„Die Vielfalt der Leistungen, die von den Gemeinden erbracht wird, ist den meisten Menschen im Detail gar nicht bekannt“, weiß Gemeindebund-Chef Mödlhammer. Mit der Kampagne „Meine Gemeinde sorgt dafür ...“ sollen nun die Gemeinden über ihre Leistungen informieren und in den kommenden Monaten auf die vielfältigen Leistungen hinweisen, die sie tagtäglich erbringen. „Vielen Menschen ist gar nicht bewusst, dass die Gemeinden von der Kinderbetreuung bis hin zur Pflege für praktisch alle wesentlichen Lebensbereiche Verant-

wortung tragen“, begründet Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer die Aktion.

Plakate, Vorlagen, Mustertexte

Auf der Gemeindebund-Homepage www.gemeindebund.at können die Gemeinden Vorlagen herunterladen bzw. Plakate bestellen, mit denen in Gemeindezeitungen, Schaukästen und Plakatständen ein Teil des Leistungsspektrums der Gemeinden dargestellt wird. Der Slogan „Meine Gemeinde sorgt dafür, dass ich immer sauberes Wasser habe“ ist einer von fünf Themenbereichen, der mit Hilfe der Pla-



kate gezeigt wird. Kinderbetreuung, Verkehrswege, Sicherheit und Altenbetreuung sind weitere Schwerpunkte.

„In vielen Ländern der Welt ist es keine Selbstverständlichkeit, dass man sauberes Wasser aus dem Wasserhahn trinken kann“, sagt Mödlhammer. „Sogar in Europa ist das eher die Ausnahme. Das ist ein Schatz, auf den man gelegentlich hinweisen muss, damit er auch geschätzt wird.“

Ähnliches gelte, so der Gemeindebund-Chef, für das hohe Niveau der Kinderbetreuung. „Die Qualitätsstandards, die wir bei uns haben, sind sehr hoch. Darauf können wir stolz sein. Gerade in den letzten Jahren sind Kinderbetreuungseinrichtungen massiv ausgebaut worden, auch die schulische Nachmittagsbetreuung hat sich weitgehend durchgesetzt, organisiert und bezahlt von den Gemeinden.“ Auch bei den Verkehrswegen sorgen die Gemeinden für eine ausgezeichnete Infrastruktur. „Die wenigsten Menschen wissen, dass wir ein Straßennetz von mehr als 70.000 Kilometern errichtet haben und erhalten.

Dazu kommen noch rund 40.000 Kilometer an Güterwegen“, so Mödlhammer. Auch bei der Sicherheit, sei es Rettungswesen oder Feuerwehren, sei das heimische System vorbildhaft. „Praktisch jedes EU-Land beneidet uns um dieses Freiwilligenwesen“, weiß Mödlhammer. „Mit unserer Kampagne weisen wir auf diese Leistungen hin und bieten weiterführende Informationen an.“ In keinem Land der Welt stehen 350.000 Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren zur Verfügung, um ihre Lebensräume vor Gefahren und Katastrophen zu schützen.

Imagekampagne kommt ohne Inseratenbudget aus

Heutzutage ungewöhnlich ist auch, dass die Gemeinde-Kampagne gänzlich ohne Inseratenbudget auskommt. „Unsere Medien sind die 2357 Gemeindezeitungen und ebenso viele Homepages der Kommunen“, sagt Mödlhammer. „Wir informieren über diese Kanäle sowie über Plakatständer direkt vor Ort in den Gemeinden.“



Der Appell Mödlhammers an die Gemeinden ist daher eindringlich: „Wir brauchen uns nicht zu verstecken, wir können als selbstbewusste Kommunalpolitiker schon darauf hinweisen, welche Aufgaben wir erfüllen und was unsere Mitarbeiter/innen, aber auch Gemeinderät/innen leisten. Ich bitte jeden meiner Amtskollegen und -kolleginnen: Macht mit, beteiligt euch an dieser Aktion. Das ist auch ein Beitrag dazu, dass der Frust über die Politik im Allgemeinen nicht auf die kommunale Ebene übergreift.“ Die Aktion ist streng überparteilich.



Daniel Kosak ist Pressereferent des Österreichischen Gemeindebundes

Ab sofort können die Gemeinden die verfügbaren Materialien auf www.gemeindebund.at downloaden bzw. die Plakate zum Selbstkostenpreis bestellen. Für Gemeinden, die schon Kommunalnet-Kunden sind, ist der Bestellvorgang besonders einfach. Bei ihnen erfolgt die Verrechnung über die kommunalnet-Rechnung.

Open Days 2012: Kommunen werden als Partner in der EU immer wichtiger

Europas Gemeinden klar gegen Einschränkung des EU-Budgets

In Brüssel werden die Unterschiede zwischen den Kommunen und Regionen klein – die gemeinsame Arbeit an Lösungen für übergreifende Herausforderung gewinnt an Bedeutung. Die Open Days der Regionen und Städte in Brüssel boten Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch und zur Wissenserweiterung.

Carina Rumpold

Die kommunale und regionale Ebene ist in den Mitgliedstaaten der EU höchst unterschiedlich organisiert. In manchen Ländern gelten Städte mit 50.000

Bei den Open Days der Regionen und Städte in Brüssel wurde wieder einmal deutlich, dass die großen Herausforderungen wie die Finanzkrise oder der Umgang mit dem Klimawandel Kommunen und Regionen vereinen.

Einwohnern als klein, in manchen Gemeinden ist der Ortschef Bürgermeister und Amtsleiter in Personalunion. Bei den Open Days der Regionen und Städte in Brüssel – der kommunal- und regionalpolitischen Veranstaltung Europas – wurde wieder einmal deutlich, dass die großen Herausforderungen wie die Finanzkrise oder der Umgang mit dem Klimawandel Kommunen und Regionen vereinen. Durch den Austausch wurde klar, wie wichtig diese Union ist – und wie wichtig die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips im Lissabon-Vertrag war.

108 Workshops in 4 Tagen

Gerade jetzt, wo in Kürze über die Ausstattung des EU-Budgets und somit über die Zukunft vieler Förderungen, von denen großteils die Regionen und

Kommunen profitieren, entschieden wird, waren die zehnten Open Days besonders interessant. Wo ist es beim Klimaschutz wichtig, dass alle Regionen und Kommunen mit denselben Standards agieren? Wie kann die regionale Entwicklung der Zukunft aussehen? Wo setzt man am besten den Hebel für einen wirtschaftlichen Aufschwung an? Bei 108 Workshops von 8. bis 11. Oktober 2012 kamen sowohl die Vertreter aus den Mitgliedsländern, aber auch die Repräsentanten der unterschiedlichen Projekte und EU-Institutionen zum Erfahrungsaustausch zusammen. Der wichtige Stellenwert, den die Städte, Gemeinden und Regionen mittlerweile auf europäischer Ebene haben, zeigte sich auch dadurch, dass bei der Eröffnungssitzung bis auf Kommis-



Netzwerken auf allen Ebenen: AdR-Mitglied Erwin Mohr und Frédéric Vallier, Generalsekretär des Rats der Gemeinden und Regionen Europas.

sionspräsident José Manuel Barroso alle Spitzen der EU-Institutionen neben EU-Regionalkommissar Johannes Hahn und AdR-Präsident Ramón Luis Valcarcel Platz nahmen. Dabei wiesen alle Redner auf die zentrale Rolle der Gemeinden, Städte und Regionen als Partner zur Bewältigung der Krise hin. „Mit der zielgerichteteren Vergabe und einer klareren Nachverfolgung, ob Ziele auch verwirklicht werden, sind die fünf Fonds (Fonds für ländliche Entwicklung, Kohäsionsfonds, Sozialfonds, Fischereifonds, Regionalförderung) ein wesentliches Mittel, um das Wachstum anzukurbeln und letztendlich auch Arbeitsplätze zu schaffen“, so Hahn.

„Über den Tellerrand schauen“

Das „über den Tellerrand schauen“ war der interessanteste Effekt dieser vier intensiven Tage. Jene Gemeindepolitiker, die im Rahmen des Erasmus-Programms für Kommunalvertreter nach Brüssel gereist waren, begeisterte der unkomplizierte Austausch mit den Kollegen aus anderen Ländern. Ein Beispiel dafür ist die Initiative zur Vereinheitlichung von Gebäudestandards beim nachhaltigen Bauen. Ähnlich dem Gebäudeausweis in Österreich werden in ganz Europa Bauten in Energieklassen eingeteilt. Die Maßgaben, nach denen die Gebäude bewertet werden, werden jedoch von Mitgliedsland zu Mitgliedsland unterschiedlich festgesetzt und klassifiziert, wie ein europaweites Projekt zeigt. Während man in Nord- und Mitteleuropa auf die Gebäudedämmung für mehr Effizienz beim Heizen Wert legt, muss man Süden beim nachhaltigen Bauen auf den Schutz vor der Hitze



Die EU-Spitzen versammelten sich bei der Eröffnung der Open Days. v. l.: EU-Regionalkommissar Johannes Hahn, Zyperns Innenministerin Eleni Mavrou, EP-Präsident Martin Schulz, AdR-Chef Ramón Luis Valcarcel, die Vorsitzende des Regional-Komitees des EP, Danuta Hübner, und der Präsident des Europäischen Rats Herman Van Rompuy.

achten, damit man möglichst selten Stromfresser wie Klimaanlage installieren muss. Da es je nach geografischer Lage also unterschiedliche Ansprüche an nachhaltiges Bauen gibt, ist es schwer, europaweit gültige Kriterien festzulegen. Beim Workshop zu diesem Thema konnten Praktiker aus allen Ländern ihre Erfahrungen dazu mitteilen und den Projektverantwortlichen auf europäischer Ebene somit wieder einen neuen Input für die weitere Arbeit geben.

Bei der Tagung des Ausschusses der Regionen, die gleichzeitig zu den Open Days stattfand, standen viele aktuelle Themen im Zentrum. Für Österreichs Gemeinderäte waren Wolfurts Altbürgermeister Erwin Mohr und Gießhübls Gemeinderat und Nationalratsabgeordneter Hannes Weninger vor Ort, um sich an den zahlreichen wichtigen Entscheidungen zu beteiligen.

Gleich zu Beginn wurde eine für die Budgetverhandlungen wichtige Stellungnahme zu den Budgetvorschlägen der EU-Kommission und des Europäischen Rates einstimmig verabschiedet. Darin fordert der AdR einen europäischen Finanzhaushalt von 2014 bis 2020, der auf 1,14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der einzelnen Mitgliedstaaten besteht.

Doch neben den Finanzverhandlungen berieten die 344 Mitglie-



Hannes Weninger: „Der Dialog ermöglicht das Erkennen internationaler Herausforderungen und die Erarbeitung gemeinsamer Lösungen.“

der, die sich aus lokal gewählten Vertretern der 27 Mitgliedstaaten zusammensetzen, beispielsweise auch über ein Maßnahmenpaket für das öffentliche Auftragswesen, über den Energiefahrplan 2050 (Umstieg auf erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Unabhängigkeit von fossiler Energien), über Open Government Data oder bis zum Datenschutzpaket. Durch den Vertrag von Lissabon kann der AdR seine Stellungnahme zu Gesetzesvorschlägen der Kommission und des Parlaments abgeben. Gerade am Beispiel von Open Government Data und dem Datenschutzpaket, das vorsieht, dass in jeder Gemeinde künftig ein Datenschutzbeauftragter existieren muss, zeigt sich, wie wichtig die Besserstellung der Regionen und Gemeinden im Gesetzgebungsprozess ist. „Hier befinden sich die Gemeinden im Spannungsfeld zwischen ‚Was veröffentliche ich?‘ und ‚Was muss ich schützen?‘. Gerade der Fall in der Gemeinde Kopfung in Oberösterreich, wo ein Bürgermeister wegen der Geburtstagsgratulation in der Gemeindezeitung bei der Datenschutzkommission angezeigt wurde, zeigt, dass das ein sehr sensibles Feld ist, bei dem Klarheit, was erlaubt ist und was

nicht, in der Umsetzung wichtig ist. Beim Datenschutzpaket muss der Aufwand überschaubar gehalten werden. Natürlich ist Datenschutz wichtig, aber wir möchten den Aufwand für die Gemeinden überschaubar halten. Dabei muss es genügen, wenn sich eine Region so organisiert, dass es einen Datenschutzbeauftragten gibt“, so Erwin Mohr am Rande der Tagung.

Wo Hannes Weninger neben dem Bürgermeister von Athen sitzt

Neben der wichtigen Funktion als inhaltliches Korrektiv für EU-Kommission, Rat und Parlament bieten die Tagungen, auch die Möglichkeit zum Netzwerken. „Neben fraktionellen Sitzungen auf europäischer Ebene, den nationalen Vorbesprechungen, Ausschüssen und Plenartagungen, nütze ich auch die Möglichkeit, mich mit sehr vielen interessanten Persönlichkeiten aus ganz Europa auszutauschen. Ob das nun der Bürgermeister von Athen ist, der im Plenum neben mir sitzt, oder Politiker, die aus allen Regionen der EU zusammenkommen. Der AdR ist ein Gremium, in dem viele Informationen ausgetauscht werden. Der Dialog ermöglicht das Erkennen internationaler Herausforderungen und die Erarbeitung gemeinsamer Lösungen“,

Ähnlich dem Gebäudeausweis in Österreich werden in ganz Europa Bauten in Energieklassen eingeteilt – allerdings nach unterschiedlichen Maßstäben.

erklärt Hannes Weninger, was die Arbeit auf europäischer Ebene für ihn ausmacht. Der europäische Gedanke wurde an diesen vier Tagen wieder mehr als spürbar. Viele Eindrücke, neue Ideen und viel Wissen durch zahlreiche Gespräche mit interessanten Persönlichkeiten machten die Open Days wieder zu einer sehr sinnvollen Reise in die „EU-Hauptstadt“.

Mag. Carina Rumpold ist stellvertretende Pressesprecherin des Gemeindebundes

RGRE diskutiert wirtschaftliche Lösungen

Dezentralisierung, um die Krise zu bewältigen

Die Regionen und Gemeinden Europas möchten eine wichtige Rolle dabei spielen, Europa aus der Krise zu holen. Ein Thema, das eine Konferenz des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) im spanischen Cadix Ende September diskutierte. Primär wurde der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass der europäische Haushalt, der derzeit verhandelt wird, helfen wird, die Ziele zu erreichen. Die Lösung der Krise muss demnach auch eine Vertiefung der Dezentralisierung und Erneuerung der Verbindung zwischen öffentlichen Behörden und Einwohner beinhalten. Vor allem die gewählten lokalen Mandatäre und Behörden müssen be-

Europa“ offen stehen. Zu diesem Zweck hat der RGRE auch einen gewichtigen Verbündete – EU-Haushalts- und Finanzplanungs-Kommissar Janusz Lewandowski. An die Konferenzteilnehmer in Cadix gewandt, musste Lewandowski zugeben, dass „Europas Städte und Regionen auf EU-Mittel angewiesen sind, um aus der Krise raus zu kommen“. Der Sprecher des Kommissars Patrizio Fiorilli, rief den lokalen und regionalen Regierung auf, zu handeln und Maßnahmen zu setzen: „Die Zeit für Reden und Erklärungen ist vorbei, dafür ist die Zeit gekommen, mit ihren nationalen Regierungen zu reden“, so Fiorilli. Die nationalen Regierungen

müssten verstehen, dass das an die EU überwiesene Geld nicht aus dem Fenster geworfen ist. „Ein Euro, der auf EU-Ebene ausgegeben wird, erzeugt bis zu 14 Euro Investitionen, beispielsweise über Zuschüsse an Unternehmen und Wissenschaft-

ler, Agrarsubventionen und anderes. Und mehr als 90 Prozent des EU-Haushalts geht so zurück an Europas Städte und Regionen. Deshalb ist das Stützen künftiger EU-Budgets schädlicher für unsere Städte und Regionen anstatt für andere EU-Institutionen.“

Abschließend meinte Fiorilli, dass „Einsparungen allein werden uns nicht aus der Krise führen. Wir müssen investieren – und das EU-Budget kann ein Katalysator für Wachstum sein.“

müht sein, darauf hinzuweisen. RGRE-Präsident Wolfgang Schuster, Oberbürgermeister von Stuttgart, sagte, dass „die Krise auch als Chance gesehen werden (kann). Jedoch brauchen wir eine gemeinsame Grundlage für Maßnahmen, die nur erreicht werden kann, wenn alle Ebenen der Verwaltung zusammenarbeiten.“

Budget für lokales Europa

Für den RGRE ist überaus wichtig, dass die EU-Budgets dem „lokalen und regionalen

Andrea Posch

Die Fachkommission ENVE beschäftigt sich mit den Themen Umwelt, Klimawandel und Energie. Im Rahmen der Fachkommissionssitzung in Pescara wurde am 20. September eine Konferenz zum Thema: „Die Förderung von Synergien zwischen regionaler Entwicklung und dem Schutz der Biodiversität“ abgehalten. Am 21. September ging es dann an die Abstimmung über die Entwürfe von Stellungnahmen. Unter anderem über den Entwurf einer Stellungnahme über Prioritäre Stoffe im Bereich der Wasserpolitik abgestimmt. Der Entwurf stößt innerhalb der österreichischen Delegation zum Ausschuss der Regionen nicht auf allzu großen Zuspruch. Deswegen wurden zu diesem Entwurf seitens der Tiroler Kollegen, mit Unterstützung des Landes Burgenland und des Gemeindebundes, Änderungsanträge eingebracht (siehe auch Beitrag auf Seite 57 dieser Ausgabe). Für Österreich waren Herwig Van Staa (Tirol) und Christian Illedits (Burgenland) in Pescara.

Heiße Diskussionen um Prioritäre Stoffe

Die Berichterstatterin Urve Erikson (EE/EA) ging auf die Notwendigkeit ein, die Qualität unserer Gewässer verbessern zu müssen. Sie begrüßte den Vorschlag der Europäischen Kommission, mit dem 15 weitere Stoffe zur Liste der prioritären Stoffe hinzugefügt werden sollen. Sie hob hervor, wie wichtig es sei, rechtzeitig mit der Überwachung und Überprüfung zu beginnen, um mögliche Verschmutzungsquellen identifizieren zu können. Regionale und kommunale Gebietskörperschaften müssen in den Revisionsprozess aber mit einbezogen werden.

Van Staa hob im Rahmen seiner Wortmeldung hervor, dass jede Art von Verschmutzung (Luft, Boden, Wasser) Einfluss auf das Grundwasser habe und ebenso alle Filterungsmaßnahmen. Es sei unmöglich, solch risikoreichen Stoffe nach einem langen



Janusz Lewandowski, EU-Haushalts- und Finanzplanungs-Kommissar

Suche nach „Prioritären Stoffen“ berührt kritische Punkte zu wenig

Die Kostenfrage für Gemeinden ist noch völlig ungeklärt

Am 20. und 21. September 2012 fand die Sitzung der ENVE-Fachkommission des Ausschusses der Regionen (AdR) im italienischen Pescara statt. Dort wurde über wichtige Entwürfe von Stellungnahmen, wie zum Thema „Prioritäre Stoffe im Bereich der Wasserpolitik“ und „Umsetzung der Strategie für den Bodenschutz“, abgestimmt.



Der Entwurf geht zu wenig auf die für uns kritischen Punkte ein. Wichtige Problemstellungen werden außer Acht gelassen. Wie zum Beispiel die Frage nach den Kosten, die der Vorschlag nach sich ziehen könnte.

Herwig van Staa

Zeitraum zu filtern. Es müssen Ausnahmen geschaffen und standardisiert werden. Er merkte an, dass die Wasserverschmutzung durch den Verkehr schwerwiegender sei, als durch diese gefährlichen Substanzen. Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften seien zu wenig in den Prozess der Überarbeitung der Richtlinie seitens der Europäischen Kommission einbezogen worden.

Der Entwurf der Stellungnahme wird die österreichische Delegation zum Ausschuss der Regionen im Rahmen seiner Plenartagung am 29. und 30. November noch einmal beschäftigen. Derzeit sind wir dabei, gemeinsam Allianzen zu schmieden, um Änderungsanträge zum Entwurf der Stellungnahme erfolgreich einzubringen. „Der Entwurf geht zu wenig auf die für uns kritischen Punkte ein. Wichtige Problemstellungen werden außer Acht gelassen. Wie zum Beispiel



Andrea Posch ist
Büroleiterin des
Gemeindebund-
büros in Brüssel

die Frage nach den Kosten, die der Vorschlag nach sich ziehen könnte“, so van Staa.

Angst vor dem Verlust wertvollen Bodens

Am 13. Februar 2012 hat die Europäische Kommission einen Bericht über die Umsetzung der Thematischen Strategie für den

Fact-Box: AdR

Der Ausschuss der Regionen ist als Vertretung auf europäischer Ebene für die Gemeinden und Regionen errichtet worden und steht den Institutionen der EU als beratendes Organ zur Seite. Insgesamt sind im Ausschuss der Regionen 344 Mitglieder nationaler Delegationen als Vertreter aus allen 27 Mitgliedstaaten vereint. Auf Österreich entfallen 12 ständige Mitglieder und deren Stellvertreter. Der Österreichische Gemeindebund wird vertreten von Erwin Mohr, Hannes Weninger und Johannes Peinsteiner als stellvertretendes Mitglied. Der Ausschuss der Regionen verfügt über sechs verschiedene ständige Fachkommissionen, die wiederum fünfmal im Jahr in Ausschusssitzungen tagen, eine dieser Sitzungen findet stets in einer einladenden Regionen statt.

Weitere Infos auf der Homepage des Ausschusses der Regionen: www.cor.europa.eu

Bodenschutz und deren laufenden Arbeiten veröffentlicht. Berichterstatter Corrie McChord (UK/SPE) stellte in Pescara seinen Entwurf der Stellungnahme vor. Der dauerhafte Verlust von fruchtbaren und wertvollen Böden in der Europäischen Union ist ein Problem, welches uns immer mehr beschäftigen wird. Er hob hervor, dass weitere Regelungen in Bezug auf Böden einen risikobasierten Ansatz verfolgen sollten. Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften können eine wichtige Rolle spielen im Rahmen der Überwachung von Bodenentwertung und bei der Inventarisierung von kontaminierten Böden. Der Berichterstatter hob hervor, dass es wichtig sei zu verstehen, dass der Bodenschutz direkten Einfluss auf unser wirtschaftliches Verhalten in Bezug auf Essen, Trinkwasser, Biomasse und Rohstoffe hat. Der Vertreter der Europäischen Kommission erklärte, dass es für den Schutz des Bodens einen eigenen rechtlichen Rahmen brauche, auch um in der Folge ein eigenes Budget für diesen Politikbereich vorsehen zu können. Zum Thema 7. Umweltaktionsprogramm – Bessere Umsetzung von EU-Umweltrecht wurde in der Folge ebenfalls über den Entwurf einer Stellungnahme abgestimmt. Dabei hob die Berichterstatterin Nilgun Canver (UK/SPE) hervor, dass es eine ausreichende Information betreffend den Stand des Umweltschutzs braucht. Der erste Themenblock der Mitteilung beschäftigt sich mit „Wissen“: Information zum Zustand der Umwelt und zum Stand der Umsetzung der EU-Gesetzgebung in diesem Bereich. Der zweite Themenblock beschäftigt sich mit „Verantwortungsbereiche“. Beide Themen betreffen kommunale und regionale Behörden.

Familienfreundliche Gemeinde

Alles dabei vom Hip-Hop bis hin zum Haushaltskurs für Männer

Eine absolut rekordverdächtige Verleihung fand Mitte Oktober in der Alten Residenz in Salzburg statt. Nicht nur wurden 79 Gemeinden in den Kreis der „familienfreundlichen Gemeinden“ aufgenommen, mit der „familienfreundlichen Region Triestingtal“ wurde diesmal auch der Wille der Gemeinden zur Kooperation belohnt.

Fotos: Gemeindebund/W.Braun



Hans Braun

In Summe waren es 84 Gemeinden, die in typisch salzburgischem Schnürlregen in die Alte Residenz nach Salzburg gekommen waren. 79 erhielten das staatliche Gütesiegel „familienfreundliche Gemeinde“, 12 weitere bildeten die erste familienfreundliche Region Österreichs im niederösterreichischen Triestingtal.

„Das Audit familienfreundliche Gemeinde ist eine Erfolgsgeschichte, weil es zeigt, dass es nicht nur eine Geldfrage ist, eine Gemeinde familienfreundlich zu gestalten. Die Gemeinden lernen auch, die Bevölkerung einzubinden und auf Bedürfnisse einzugehen. Das ist nicht nur für die Gemeinden, sondern auch für die Menschen ein wichtiger Schritt. Die Zahl der teilnehmenden Gemeinden steigt mit jedem Jahr an, die umge-

setzten Ergebnisse sind in ihrer Vielfalt und Konsequenz sehr beeindruckend, und man kann den Gemeinden einfach nur gratulieren“, so Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer. Was die mannigfaltigen Ergebnisse betraf, konnte Moderatorin Kathrin Prähauser (Servus TV) gar nicht genug staunen: „Das gibt’s ja vom Hip-Hop-Kurs

bis zu Haushaltskursen für Männer alles.“ Im Grund ist auch das ein Ausdruck dafür, in welcher Bandbreite die Gemeinden aktiv sind und was sie alles für das Zusammenleben in diesem Land tun.

„Mehr Familienfreundlichkeit in der Gemeinde erhöht nicht nur die Lebensqualität, sondern steigert auch die Attraktivität als

Fact-Box: Audit familienfreundliche Gemeinde

Im Rahmen des Audit-Prozesses nehmen Gemeinden an einem mehrstufigen Prozess teil, der bei entsprechenden Maßnahmen zur Zertifizierung als besonders familienfreundlich führt. Von den nun ausgezeichneten 79 Gemeinden liegen 26 in Niederösterreich, 24 in Oberösterreich, elf in der Steiermark, sechs in Tirol, fünf in Salzburg, jeweils

drei in Kärnten und im Burgenland und eine Gemeinde in Vorarlberg. Insgesamt sind nun bereits über zehn Prozent aller österreichischen Gemeinden im Audit. Im Ländervergleich hat Salzburg mit 22 Prozent den höchsten Anteil an Auditgemeinden, gefolgt von Oberösterreich (20 Prozent) und Niederösterreich (12 Prozent). In absoluten

Zahlen ist das Land Oberösterreich mit 87 familienfreundlichen Gemeinden führend, vor Niederösterreich (69), der Steiermark (35) und Salzburg mit 26 Gemeinden.

Eine Auflistung aller ausgezeichneten Gemeinden steht auf den Webseiten www.bmwfj.gv.at und www.gemeindebund.at und www.familieundberuf.at zur Verfügung.



und www.familieundbergburg schafft nachhaltigen Mehrwert für den Standort Gemeinde. Helmut Mödlhammer und Reinhold Mitterlehner prämierten 79 familienfreundliche Gemeinden und erstmals auch eine familienfreundliche Region (*kleines Bild links*).

sowie die Schaffung barrierefreier Lebensräume.

Großes Potenzial sahen alle Redner – außer Minister Mitterlehner und Gemeindebund-Präsidenten Mödlhammer waren auch die Salzburger Landesräte Tina Widmann und Walter Blachfellner anwesend – in einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Unternehmen. Auf den Webseiten www.bmwjf.gv.at und www.gemeindebund.at sowie www.familieundberuf.at stehen nicht nur Fotos aller Gemeinden zur Verfügung, hier finden sich auch alle relevanten Infos zum Audit und wie eine Gemeinde daran teilnehmen kann.

„Gemeinden, die über ihre Grenzen hinaus an einem Strang ziehen, können strukturelle und demographische Unterschiede besser ausgleichen“, so charakterisierte und lobte Familienminister Reinhold Mitterlehner die österreichweit erste familienfreundliche Region aus dem Triestingtal.

Wirtschafts- und Tourismusstandort. Umso erfreulicher ist es, dass immer mehr Gemeinden unser Audit-Angebot nützen und auf allen Ebenen familienfreundlicher werden“, betonte Familienminister Reinhold Mitterlehner.

Generationenübergreifende Projekte und noch mehr Zusammenarbeit

Die aktuellen Maßnahmen der Gemeinden konzentrieren sich auf die Bereiche Jungfamilien, Pflege, Integration und soziale

Netzwerke. Dazu gehören neben dem Ausbau von bedarfsgerechten Kinderbetreuungseinrichtungen und speziellen Ferienbetreuungsangeboten auch generationenübergreifende Maßnahmen wie die Schaffung eines Freizeitplatzes für alle Altersgruppen, der sowohl einen Spielplatz für die Jüngeren als auch Geschicklichkeits- und Bewegungsstationen für die Älteren im Sinne der Prävention bietet. Weitere Maßnahmen sind die Schaffung eines Leih-Oma/Opa-Netzwerks, Workshops für pflegende Angehörige

Heuer 79 Auszeichnungen

Gemeinden leben Familienfreundlichkeit

Immer mehr Gemeinden zeigen, dass mehr Familienfreundlichkeit das Gemeinwesen und damit die eigene Identität nachhaltig stärkt. Heuer wird eine Rekordzahl mit dem staatlichen Gütezeichen *familienfreundlichegemeinde* ausgezeichnet. Dazu erhält mit dem Triestingtal erstmals eine gesamte Region das Gütezeichen für Familienfreundlichkeit.

10 Prozent der österreichischen Gemeinden im Audit

Durch die gute Zusammenarbeit zwischen dem Familienministerium und dem Gemeindebund sind mittlerweile über zehn Prozent aller österreichischen Gemeinden im Auditprozess. Im Bundesländervergleich hat Salzburg mit 22 Prozent den höchsten Anteil an Auditgemeinden, gefolgt von Oberösterreich (20 Prozent) und Niederösterreich (12 Prozent). In absoluten Zahlen ist das Land Oberösterreich mit 87 familienfreundlichen Gemeinden führend, vor Niederösterreich (69), der Steiermark (35) und Salzburg mit 26 Gemeinden. Wesentlich unterstützt wurde diese positive Entwicklung von den Landesverbänden des Gemeindebundes, den Landesfamilienreferaten und den Prozessbegleitungen vor Ort. Allein heuer konnten so 79 Gemeinden mit dem staatlichen Gütezeichen *familienfreundlichegemeinde* ausgezeichnet werden. Darüber hinaus wurde das Triestingtal als erste *familienfreundliche region* Österreichs prämiert. Der entsprechende Prozess wird vom Familienministerium über die Familie & Beruf Management GmbH gefördert.

Die Gemeinde als Ort der Zufriedenheit und Identität

Wie die Motive der Gemeinden zeigen, waren die aktive Einbindung der Gemeindebürger, die Prüfung der Angebote für die Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenfreundlichkeit sowie das Ausarbeiten von weiteren Projekten für ein „soziales Miteinander“ besonders wichtig. Viele Gemeinden wollen mit dem Audit auch ein Leitbild bzw. einen Wegweiser für die soziale Zukunft schaffen. Mit Hilfe des Audits konnte zudem eine überparteiliche Plattform eingerichtet werden, die Ideen und Vorschläge der Bevölkerung sammelt gemeinsam ausarbeitet und diese auf direktem Wege an die Entscheidungsträger in der Gemeinde heranträgt.

Maßnahmen in den Bereichen Pflege, Integration, soziale Netzwerke

Die teilnehmenden Gemeinden setzen verstärkt Maßnahmen in den Bereichen Jungfamilien, Pflege, Integration und soziale Netzwerke und legen zudem Wert auf eine generationenübergreifende Zu-



Alle Generationen ziehen an einem Strang für mehr Familienfreundlichkeit!

sammenarbeit. So baut beispielsweise die Marktgemeinde Ardagger in Niederösterreich ein umfangreiches soziales Netzwerk auf. Darunter fallen unter anderem eine Info-Hotline für Hilfesuchende, eine Tauschbörse für Pflegehilfsmittel und ein „Oasetag“ als Stammtisch für pflegende Angehörige.

Die Salzburger Gemeinde Anthering gründete im Rahmen des Audit *familienfreundlichegemeinde* einen Sozialverein zur Integration von Behinderten und Senioren. Für die Gemeinde Bergheim in Salzburg ist das Audit vor allem ein wichtiges Signal für Familien mit Kindern, sich in Bergheim anzusiedeln bzw. von dort nicht wegzuziehen. In den nächsten Jahren sollen daher leistbare Wohnbaumodelle für junge Bergheimer umgesetzt werden.

Auch für Tourismusgemeinden wie Lech und Kitzbühel ist das Audit ein optimales Instrument, um insbesondere die einheimische Bevölkerung aktiv einzubinden und bedarfsgerechte Maßnahmen zu erarbeiten und umzusetzen. So wird

Kitzbühel neue Spielplätze bauen, bestehende kleinkindergerecht gestalten und ein Jugendparlament einrichten. Lech wird in den nächsten drei Jahren Workshops für pflegende Angehörige anbieten, ein räumliches Entwicklungleitbild erstellen und die Ferienbetreuung im Sommer ausweiten.

Erstmals wurde heuer eine gesamte Region, 12 Triestingtaler Gemeinden, für die gemeinsame Zusammenarbeit und die dadurch entstandenen gemeindeübergreifenden familienfreundlichen Maßnahmen ausgezeichnet. Der Erhalt eines wirtschaftlich, sozial und kulturell lebendigen Lebensraumes durch die Stärkung der lokalen Identität für Innovationskraft und Lebensfreude war für das Triestingtal die wesentliche Motivation, das Audit *familienfreundliche region* umzusetzen.

Für die Gemeinden ist die Erlangung des staatlichen Zertifikats nicht nur eine Anerkennung, sondern auch Ansporn, mit weiteren Maßnahmen die Familienfreundlichkeit nachhaltig und bedarfsgerecht zu erhöhen.

Informieren Sie sich!

Familie & Beruf Management GmbH
Tel.: 01 218 50 70
E-Mail: audit@familieundberuf.at
www.familieundberuf.at

Österreichischer Gemeindebund
Tel.: 01 512 14 80-20
E-Mail: audit@gemeindebund.gv.at
www.gemeindebund.at

bmwfi
Bundesministerium für
Wirtschaft, Familie und Jugend

Familie & Beruf
Management GmbH

Kriminalprävention: Schutz vor Dämmerungseinbrechern

Vorsorge ist der beste Schutz vor Einbrechern

Kriminelle können die früh hereinbrechende Dunkelheit nutzen, um in Häuser oder Wohnungen einzubrechen, wenn die Bewohner noch in der Arbeit sind. Die Polizei gibt Tipps, wie man sich vor den „Dämmerungseinbrechern“ schützt.



Foto: Copyright LPD 00/Michael Dietrich

Zwischen Oktober und März kann es vermehrt zu Dämmerungseinbrüchen kommen. Häufig finden die Einbrüche zwischen 17 und 20 Uhr statt. Meist steigen die Kriminellen bei Balkontüren oder Fenstern ein. Viele Lichtquellen, in Verbindung mit Zeitschaltuhren wie auch mit akustischen Signalen, können helfen, Einbrüche zu verhindern. Auch aufmerksame Nachbarn sind hilfreich, wenn sie verdäch-

Wer einen Einbrecher auf frischer Tat ertappt, sollte die Polizei verständigen.

tige Personen und Autos in einer Siedlung registrieren. Wer einen Einbrecher auf frischer Tat ertappt, sollte die Polizei verständigen. Die Täter lassen sich von Alarmanlagen nicht immer abschrecken, erst bei ausgelöstem Alarm wird die Flucht ergriffen. Experten der Kriminalpolizeilichen Beratung geben Tipps, wie man sich vor einem Einbruch schützen kann:

► Licht im Haus oder in der Wohnung hält dubiose Gestalten

meist fern. Bei längerer Abwesenheit sind Zeitschaltuhren nützlich, mit denen unterschiedliche Einschaltzeiten für die Abendstunden programmiert werden können. Jalousien sollten jedoch geschlossen und Vorhänge zugezogen werden.

► Im Außenbereich ist die Installation von Licht-Bewegungsmeldern empfehlenswert.

► Vor dem Weggehen sollten die Fenster geschlossen werden.

► Rollläden sollten so gesichert werden, dass sie von außen nicht hochgeschoben werden können.

► Fenster und Terrassentüren sollten mit absperribaren Griffen ausgerüstet werden oder es sollten zusätzliche Verriegelungen angebracht werden.

► Bei Fenstern und Glastüren den Schlüssel nie innen stecken lassen.

► Schließzylinder sollten nicht vorstehen. Sie können mit Sicherheitsbeschlügen geschützt werden.

► Lichtschachtgitter sollten gesichert werden.

► Leitern, Werkzeuge und andere Gegenstände, die Kriminelle

für einen Einbruch verwenden könnten, sollten nicht im Freien liegen gelassen werden.

► Bei längerer Abwesenheit Nachbarn oder Bekannte ersuchen, dass sie regelmäßig den Briefkasten entleeren und Werbeprospekte von der Eingangstür entfernen.

► Geldschränke sollten im Boden und in der Wand verankert werden.

► Speichern Sie die **Notrufnummer der Polizei „133“** im Telefon.

► Legen Sie ein Eigentumsverzeichnis an (liegt auf jeder Polizeiinspektion auf oder als Download im Internet (www.bmi.gv.at/praevention)).

► Bewahren Sie Sparbücher und Losungswörter getrennt auf.

Die kriminalpolizeiliche Beratung ist kostenlos. Weitere Tipps und Hinweise erhalten Sie bei der Kriminalprävention oder auf jeder Polizeidienststelle.

Information

Hotline: 059133

www.bmi.gv.at/praevention

www.facebook.com/bundeskriminalamt

Nachhaltiger Beitrag zu Umwelt- und Klimaschutz

Förderungen für neue Beleuchtungssysteme

Da neue Beleuchtungssysteme nachhaltig zum Umwelt- und Klimaschutz beitragen, werden in bestimmten Fällen Investitionen zur Steigerung der Energieeffizienz im Rahmen der Umweltförderung des Lebensministeriums unterstützt.

Wer bekommt eine Förderung?

Gewerblich tätige Rechtspersonen, Gemeinden sowie Einrichtungen der öffentlichen Hand in Form eines Betriebs mit marktbestimmter Tätigkeit, Unternehmen und Contractoren können eine Förderung beantragen. Die folgenden Beteiligten können für die Umstellung der Straßenbeleuchtung eine Förderung beantragen: eine Einrichtung der öffentlichen Hand, die in Form eines Betriebs mit marktbestimmter Tätigkeit auftritt, ein Contractor, wenn das Projekt über ein Contractingmodell abgewickelt wird. Seit 1. Februar 2012 können auch Gemeinden direkt bei der Umweltförderung einreichen (für diese Förderungsaktion stehen jährlich drei Millionen Euro zur Verfügung). Die Förderung einer auf Basis einer Contracting-Vereinbarung durchgeführten Maßnahme ist nur möglich, wenn der Vorteil aus der Förderung dem Contracting-Kunden zugute kommt und der Contracting-Vertrag zur nachhaltigen und dauerhaften Sicherstellung des Umwelteffekts eine entsprechend lange Laufzeit (zehn Jahre) aufweist.

Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein?

Die wichtigste Voraussetzung für die Förderungswürdigkeit einer Straßenbeleuchtungsumstellung ist, dass durch das Projekt eine Energieeinsparung bzw. ein Umwelteffekt erzielt wird (die Einsparung muss zumindest vier Tonnen CO₂ pro Jahr betragen). Die Umsetzung der Maßnahmen muss freiwillig erfolgen, die Amortisationszeit muss mind. drei Jahre betragen. Tritt eine

Gemeinde als Förderungswerber auf, so muss eine Beteiligung des Bundeslandes im Ausmaß von zumindest 12 Prozent der Projektkosten nachgewiesen werden.

Was wird gefördert?

Jene Anlagenteile der öffentlichen Straßenbeleuchtung, die zur Erzielung des Einspareffektes notwendig sind, zählen zu den umweltrelevanten Investitionsanteilen und sind förde-



Foto: Linz AG

rungsfähig. Die Förderung ist mit 450 Euro pro Tonne jährlich erzielter CO₂-Reduktion (für Gemeinden als Förderungswerber: 270 Euro pro Tonne jährlich erzielter CO₂-Reduktion) begrenzt.

Wie hoch ist die Förderung?

Der Förderungssatz beträgt max. 30 Prozent bzw. für Gemeinden als Förderungswerber max. 18 Prozent der umweltrelevanten Investitionskosten als Investitionszuschuss nach Umsetzung des Projekts.

Information

Informationen zur Antragstellung: Kommunalkredit Public Consulting GmbH
Türkenstraße 9, 1092 Wien
Tel.: +43 (0)1/31 6 31 723,
Fax-DW 104

www.umweltfoerderung.at
(Energiesparen in Betrieben)

Neue Website



Wohin mit alten Elektrogeräten?

Die Österreicherinnen und Österreicher messen der Sammlung und umweltgerechten Entsorgung ihrer Abfälle große Bedeutung zu. Auch die richtige Entsorgung von alten oder nicht mehr gebrauchten Elektrogeräten ist ihnen ein Anliegen.

Manchmal ist es aber gar nicht so einfach, den richtigen Entsorgungsweg zu finden. Die neue von der Elektroaltgeräte-Koordinierungsstelle Austria GmbH (kurz EAK) eingerichtete Website

www.elektro-ade.at bietet dazu alle Informationen.

Die Website richtet sich in erster Linie an interessierte Konsumentinnen und Konsumenten, die wissen möchten, wie und wo sie alte Elektrogeräte, Mobiltelefone, Batterien und Energiesparlampen unkompliziert, umweltschonend und natürlich gesetzeskonform abgeben können. Die Website erklärt einfach und leicht verständlich die Entsorgungsmöglichkeiten für die einzelnen Gerätearten.

Ein neu entwickelter „Sammelstellenfinder“ weist für ganz Österreich benutzerfreundlich auf Knopfdruck den Weg zur nächstgelegenen kommunalen Sammelstelle. Neben den Adressaten werden auch die Öffnungszeiten angegeben. Linksammlungen und Downloadmöglichkeiten machen die Seite auch für jene Bürgerinnen und Bürger interessant und hilfreich, die sich intensiver mit der Materie befassen möchten.

Lebensministerium setzt Zeichen gegen Verschwendung

Lebensmittel sind kostbar

Dennoch landen in Österreich Tonnen verpackter und unverpackter Lebensmittel und Speisereste im Restmüll. Mit der Initiative „Lebensmittel sind kostbar!“ möchte das Lebensministerium auf diese Problematik aufmerksam machen und sensibilisiert für einen verantwortungsvollen Umgang mit unserer Nahrung.

► Abfall verringern, Geld sparen

Würden Sie Ihr Geld einfach in die Mülltonne werfen? Wahrscheinlich nicht. Bei Lebensmitteln ist dies leider anders. Brot, Milchprodukte, Obst, Gemüse, Fleisch- oder Wurstwaren und vieles mehr: Pro Haushalt und Jahr sind es Waren im Wert von rund 300 Euro, die weggeworfen werden. Entweder kaufen wir zu viel und zu wenig überlegt ein, die Ware verdirbt zuhause oder übriggebliebene Reste werden nicht verwertet.

► Bewusstseinsbildung

Aus diesem Grund hat das Lebensministerium die Initiative „Lebensmittel sind kostbar!“ gestartet. Diese macht auf das Problem weggeworfener Lebensmittel aufmerksam und sensibilisiert für den verantwortungsvollen Umgang mit Nahrung.

Jeder Einzelne und jede Einzelne kann mit gutem Beispiel voran gehen. Bereits mit kleinen Maßnahmen kann eine große Wirkung erzielt werden.

► Richtig einkaufen

Nur wer sich daheim einen Überblick verschafft, weiß, welche Produkte und Mengen eingekauft werden müssen.
 ... Schreiben Sie einen Einkaufszettel.
 ... Gehen Sie niemals hungrig einkaufen.
 ... Vermeiden Sie Impulskäufe.
 ... Achten Sie auf das Haltbarkeits- und Verbrauchsdatum.



Nur wer sich daheim einen Überblick verschafft, weiß, welche Produkte und Mengen eingekauft werden müssen.

► Restl verwerten

Einmal sind es Brotscheiben, dann sind es Kartoffeln, die übrig bleiben – zum Wegwerfen aber doch viel zu schade. Zaubern Sie leckere Gerichte oder Snacks.

► Mindesthaltbarkeitsdatum „mindestens haltbar bis ...“

Die Kennzeichnung informiert, bis zu welchem Zeitpunkt die Ware ihre spezifischen Eigenschaften behält – vorausgesetzt, sie wird entsprechend gelagert. Ist die Mindesthaltbarkeit abgelaufen, ist das Lebensmittel nicht automatisch mangelhaft. Machen Sie eine Kontrolle, bevor Sie das Produkt wegwerfen. Achtung jedoch bei Fleisch- und Fischprodukten!

► Verbrauchsdatum

„zu verbrauchen bis ...“

Beim Verbrauchsdatum ist Vorsicht geboten. Nach Ablauf des Verbrauchsdatums sollte das Lebensmittel nicht mehr konsumiert werden. Halten Sie bei Fleisch- und Fischprodukten unbedingt das Verbrauchsdatum.

Information

- Infos über die Initiative: www.lebensministerium.at (Menüpunkt „Lebensmittel“)
- Materialien:
 ... Schulunterlagen stehen demnächst zur Verfügung.
 ... Der Film „Frisch auf dem Müll – die globale Lebensmittelverschwendung“ kann unter www.lebensministerium.at/filmverleih bestellt werden.
- Weitergabe von Lebensmitteln:
 Der Leitfaden ist online abrufbar unter: www.lebensministerium.at/publikationen/lebensmittel.html

Generalsanierung eines Internats

Kurze Bauzeit dank Übersiedlung in mobile Schlafunterkünfte

Die landwirtschaftliche Fachschule im niederösterreichischen Warth muss generalsaniert werden, wie Wolf Wallner, der Direktor der Schule, informierte. Um diese Arbeiten in kürzester Zeit bewerkstelligen zu können, wurde entschieden, den Internatsbetrieb während der Bauphase auszulagern. Nach Prüfung mehrerer Möglichkeiten habe man sich für die Anmietung einer modernen Containeranlage entschieden.

Durch die Errichtung eines Ausweichgebäudes aus insgesamt 96 Container-Raummodulen kann der Internatsbetrieb der Fachschule Warth während der Generalsanierung aufrechterhalten werden.

den. Das zweigeschossige Ersatzgebäude wird aus 48 Doppelzimmern, Sanitär-räumlichkeiten sowie je zwei Betreuerzimmern und Gemeinschaftsräumen bestehen und ausreichend Platz für rund 100 Personen bieten. Um den Komfort für die Bewohner zu erhöhen, wird die Anlage mit einer

hochwertigen Isolierung ausgestattet und durch einen Gang direkt mit dem Schulgebäude verbunden. Den Zuschlag für die Ausführung der mobilen Schlafunterkünfte erhielt Firma Containex. Das in Wiener Neudorf angesiedelte Unternehmen wird ein Ausweichgebäude aus insgesamt 96 Container-Raummodulen errichten. Damit kann der Internatsbetrieb der Fachschule

Warth während der Generalsanierung aufrechterhalten werden.

Die mobilen Schlafunterkünfte werden in einem Zeitraum von nur 14 Tagen und sofort bezugsfertig übergeben. Die geplante Sanierung wird dank der Übersiedlung des Internatsbetriebes in das Ersatzgebäude deutlich verkürzt und innerhalb eines Jahres abgeschlossen sein.



Gemeindebund-Vizepräsident Alfred Riedl, LTG-Vorstand Alfred Mantsch, Sonja Mörth, Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, Gemeindebund-Vizepräsident Rupert Dworak und Manfred Mörth von der LTG.

Licht: Für mehr Information

Gemeindebund tritt LTG bei

Im Rahmen der Kommunalmesse in Tulln vom 12. bis 14. September 2012 trat der Österreichische Gemeindebund in Vertretung durch des Präsidenten Helmut Mödlhammer der Lichttechnischen Gesellschaft (LTG) bei.

Der Schritt erfolgt, um in Zukunft ein noch größeres Informationsportal im Rahmen der Innen- und Außenbeleuchtungstechnik den

österreichischen Gemeinden bieten zu können.

Die LTG ist seit 1924 als unabhängiger Dachverband für die Pflege und Förderung der gesamten Lichttechnik in Theorie und Praxis, insbesondere der Forschung, des Unterrichts und der Berufsausbildung sowie der Normung, auf diesem Gebiet tätig und somit auch ein zuverlässiger Partner für die Gemeinden.

Staatspreis Unternehmensqualität 2012

Infineon Technologies ausgezeichnet

Das Wirtschaftsministerium hat Anfang Oktober u. a. die Infineon Technologies Austria AG mit dem Staatspreis Unternehmensqualität 2012 ausgezeichnet.

Für den heuer zum 16. Mal vergebenen Staatspreis müssen sich österreichische Unternehmen oder Non-Profit-Organisationen einer

intensiven Bewertung durch Experten aus der Praxis unterziehen und den Nachweis erbringen, dass über mehrere Jahre hinweg ein wesentlicher Beitrag zur Erfüllung der Ansprüche aller Interessensgruppen – Kunden, Mitarbeiter, Lieferanten, Aktionäre und Gesellschaft – geleistet wurde.

Photovoltaik: 49.000 installierte Systeme in 49 Ländern

Nachführung bringt fast 70 Prozent mehr Ertrag

Der Fotovoltaik-Spezialist Kindler im oberfränkischen Rödental gewinnt mit Nachführungssystemen von Deger knapp 70 Prozent mehr Solarenergie als mit seinen starr installierten Anlagen. Deger ist mit mehr als 49.000 installierten Systemen in 49 Ländern Welt-

marktführer. „Die Nachfrage nach solchen leistungsfähigen Systemen, wo sich die Photovoltaik-Module nach dem Lauf der Sonne ausrichten, nimmt immer mehr zu“, so Timo Kindler, Photovoltaik-Fachmann.

www.DEGERnergie.com

Rettung: Handyortung Neu

Schnellere Hilfe bei Unfällen

Für Rettungsorganisationen wird es nun leichter, Verunglückte zu finden, die sich zwar per Handy melden, aber nicht mitteilen können, wo sie sich befinden. Bisher wurden Anfragen über den Standort eines Handys noch mittels Fax übermittelt und die Handyortung von einem Mitarbeiter des jeweiligen Mobilfunkbetreibers ausgelöst. Die Beantwortung mit der Standortinformation folgte dann entweder telefonisch oder per Fax an die Rettungsleitstelle des jeweiligen Bundeslandes. Dieser Prozess war laut Forum

Foto: FMK/Dieter Nagl



Samariterbund-Geschäftsführer Reinhard Hundsmüller, A1-Chef und FMK-Präsident Hannes Ametsreiter und Martin Eberharter, Geschäftsführer der Leitstelle Tirol, mit Rettungshunden. Erst wenn man weiß, wo sich ein Verletzter befindet, können die Rettungshunde in Aktion treten.

Mobilkommunikation aus rechtlichen Gründen nicht anders möglich und dauerte entsprechend lange. Mit der Einführung der elektronischen Standortabfrage wird signifikant Zeit eingespart. Geht nun bei der Leitstelle ein Notruf eines Handy-Besitzers ein, der nicht sagen kann, wo er sich befindet, ist diese berechtigt, die

elektronische Anfrage zur Handyortung abzusetzen. Im vergangenen Jahr wurden rund 550 Handyortungen aufgrund von Notrufen veranlasst. Seit 1. April 2012 muss der Handynetzbetreiber den betroffenen Handybesitzer im Nachhinein darüber informieren, dass eine Standortabfrage vorgenommen wurde.

Wert für Gesellschaft:

40 Jahre Erwachsenenbildung

Die Konferenz der Erwachsenenbildung, KEBÖ, feierte Anfang Oktober ihr 40-jähriges Bestehen, die Weiterbildungsakademie Österreich, wba, ihren fünften Geburtstag. EU-Kommissar Johannes Hahn nahm am Jubiläumsfest teil und betonte, wie relevant die Erwachsenenbildung für die österreichische Gesellschaft ist. „Ziel der Erwachsenenbildung muss es sein, als gleichwertiger Teil der Bildung anerkannt zu werden“, so Hahn, denn durch sie können Bildungslücken geschlossen und weitere Qualifikationen erworben werden. Damit all dies erbracht werden kann, ist eine verlässliche Finanzierung wichtig.



ASFINAG
VERLÄSSLICHKEIT AUF ALLEN WEGEN.

Mit Ihrer ASFINAG verlässlich unterwegs!

- 🔸 Für die ASFINAG steht der Mensch im Mittelpunkt – als KundIn, als AnrainerIn, als MitarbeiterIn. Ihre Interessen haben Vorrang!
- 🔸 Bei Planung, Bau und Betrieb setzt die ASFINAG auf ökologische Nachhaltigkeit – wir haben Respekt vor unserer Umwelt!
- 🔸 Die ASFINAG arbeitet mit dem Geld ihrer KundInnen für ihre KundInnen – transparent und verantwortungsvoll!

www.asfinag.at



Im oberösterreichischen Hörching sind ab sofort „große Kraftpakete“ am Werk.

Neues Kompaktmaschinenwerk mit großem Festakt eröffnet

Mehr als 7000 Besucher kamen nach Hörching

Wacker Neuson feierte an insgesamt vier Tagen die Eröffnung des neuen Kompaktmaschinenwerks im oberösterreichischen Hörching. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Mehr als 7000 Besucher nutzten die Gelegenheit, den neuen und gleichzeitig größten

Fertigungsstandort im Konzern zu besichtigen. Hans Neunteufel, Aufsichtsratsvorsitzender der Wacker Neuson SE, zeigte sich stolz über die Entwicklung des Unternehmens. Landeshauptmann Josef Pühringer bedankte sich für die Stärkung des Standortes Ober-

österreich und übergab gemeinsam mit dem Hörschinger Bürgermeister Günther Kastler eine Bilderserie des Werksneubaus. Eindruck machte besonders die Produktathletenshow mit einer Seilakrobatin, die sich vom größten Kompakttraktor abseilte.

CIRIEC-Kongress: Marktregulierung bringt Wohlstand

Wohin geht die Wirtschaft?

Am 29. internationalen CIRIEC-Kongress, der von 12. bis 14. September in Wien stattfand, diskutierten Experten aus 46 Ländern mit 500 Gästen aus aller Welt über die Zukunft der öffentlichen Wirtschaft. Im Vordergrund standen dabei Beiträge über eine verantwortungsvolle und nachhaltige Wirtschaft, Ethik in einer modernen Gesellschaft, die Einbeziehung der Zivilgesellschaft sowie neue Formen des Managements. Im Rahmen der CIRIEC-Generalversammlung wurde VÖWG-Vizepräsident Erich Haider zum Ehrenpräsidenten von CIRIEC International gewählt. Unter anderem waren Pauline Green, Präsidentin des Internationalen Genossenschaftsbundes, Paul Singer, Staatssekretär im nationalen Sekretariat für Solidarische Ökonomie

im brasilianischen Arbeitsministerium, und Benoît Hamon, beigeordneter Minister im französischen Wirtschaftsministerium, Keynote Speaker des Kongresses. Hamon verwies in seiner Rede darauf, dass soziale und solidarische Wirtschaft derzeit zehn Prozent der gesamten Wirtschaft in Frankreich darstellt sowie 2,3 Millionen Arbeitsplätze bietet. Im Auftrag von Staatspräsident François Hollande soll dieser Eckpfeiler der französischen Wirtschaft weiter ausgebaut werden. Singer betonte, dass nur durch die Regulierung der Märkte und ein Mehr an Solidarität der Wohlstand gesichert und ausgebaut werden könne. Green sagte, dass das genossenschaftliche Modell weltweit 100 Millionen Menschen Beschäftigung gibt.

Initiative

Mehrweg = mehrfacher Gewinn

Obwohl alle Ökobilanzen ihr das beste „Umweltzeugnis“ ausstellen, hat die umweltfreundliche Mehrwegflasche in den vergangenen Jahren an Beliebtheit eingebüßt. Die neue Initiative des Lebensministeriums „Sags am Mehrweg“ will diesem Trend entgegenwirken und stellt die smarte Flasche ins Rampenlicht. Auf www.am-mehrweg.at können Österreicher originale Liebes- und Freundschaftsbotschaften texten, diese virtuell als Sticker auf Mehrwegflaschen anbringen und die Flaschenpost abschicken. Mit ein wenig Glück wird die Botschaft via Online-Voting ausgewählt und kommt im Sommer 2013 auf die „echte“ Mehrwegflasche im Handel. Auf die Teilnehmerinnen und Teilnehmer warten tolle Gewinne. Zahlreiche Partner und Partnerinnen aus Getränkeindustrie, Handel sowie NGOs unterstützen diese Initiative.

Agilience:

IT-Experte in US-Beirat gewählt

Agilience, der international führende Anbieter integrierter Riskmanagement-Lösungen, hat den Wiener Oliver Eckel in seinen Security Risk Management-Beirat gewählt: Eckel ist Geschäftsführer des IT-Consultingunternehmens Cognosec und fühlt sich geehrt, dass seine Expertise in den USA gefragt ist. Ziel ist es, dass in Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Organisationen Cyber-Risiken frühzeitig erkannt und abgewendet werden.



Der 154-Meter-Rotor wird am Maschinenhaus befestigt.

Rekord für Windkraft

Weltgrößter Rotor startet Testbetrieb

Am 6. Oktober hat Siemens Energy den Testbetrieb des 154-Meter-Rotors an der Offshore-Ergieanlage im dänischen Østerild gestartet. Diese Anlage erzeugt 25 Millionen Kilowattstunden sauberen Strom.

www.kommunalbedarf.at:
Alles aus einer Hand!



BIS 15.12. MESSEANGEBOTE

sichern auf

www.kommunalbedarf.at

Verkehrszeichen, Stadtmobiliar,
Baumaschinen, Verkehrsspiegel
und vieles mehr

bis zu 15% reduziert!



KOMMUNALBEDARF.AT

Der Onlineshop für Österreichs Gemeinden

www.kommunalbedarf.at

Besucherstromanalyse gibt Aufschluss über das Publikum

Wie frequentiert sind die Weihnachtsmärkte?

Zusätzlich zur Frequenzwelle im Oktober an den bestbesuchtesten Standorten der österreichischen Innenstädte bietet Infrapool – Vereinigung für Stadt- und Standortmarketing e.V. – eine Besucherstromanalyse für Innenstädte zur Weihnachts(markt)zeit im Dezember an.

Weihnachtsmärkte sind meist gut besucht, doch verfügen sie tatsächlich über eine Anziehungskraft? Werden die Besucherzahlen nur überschlagen? Wie verhält sich der Andrang beim Weihnachtsmarkt verglichen mit der Frequenz in einer für den Handel durchschnittlichen Woche außerhalb des Weihnachtsgeschäfts? Wieviel Mehrfrequenz erreicht der Markt?



Information

Erhebungszeitraum: 1. bis 24. Dezember 2012
Aufzeichnung und Auswertung: Mo. bis So. von 8.00 bis 20.00 Uhr.
Bei Fragen zu Spezialauswertungen oder zu unserem Komplettservice wenden Sie sich bitte an:

Infrapool –
Vereinigung für Stadt- und Standortmarketing e.V.
Mag. Constanze Schaffner
Tel.: **+43699 10 33 93 66**
E-Mail:
marketing@infrapool.com
www.infrapool.com

Mit einer detaillierten Besucherstromanalyse kann erhoben werden, wie viele Besucher nach Stunden und Tagen den Weihnachtsmarkt aufsuchen und von welchen Parkplätzen diese in die Innenstadt strömen. Die Platzmiete für Aussteller auf dem Markt kann den Besucherzahlen entsprechend reguliert bzw. ein Ertrag berechnet werden. Zusätzlich können Alter und Geschlecht des Publikums bestimmt werden, sodass entsprechende werbliche Schritte gesetzt werden können. Als Ergänzung und für eine zielgerichtete Streuung von Werbemaßnahmen kann die Herkunft und andere Details der Gäste durch eine Befragung ermittelt werden.

EF

PROFIS FÜR KANAL UND WASSER, BEI KNAPPER KASSA



REGIONAL VERANKERT
HOHE VERSORGUNGSSICHERHEIT
MODERNSTE AUSRÜSTUNG
EINSPARUNG BEIM BETRIEB
REDUZIERTER INVESTITIONEN
ENTLASTUNG DER VERWALTUNG
ALTERNATIVE FINANZIERUNGSMODELLE

www.wdl.at

Unser Wasser. **Unser Leben.**

24 Stunden am Tag. 365 Tage im Jahr.

 **WDL GmbH**

25 Schüler starten im ersten Jahrgang – Anmeldungen ab sofort möglich!

Neuer HTL-Zweig für Rohstofftechnik startet im Herbst 2013

Nach intensiver Vorbereitungsarbeit ist es im Herbst 2013 soweit!

Die erste und zugleich einzige Höhere Lehranstalt für Rohstofftechnik startet durch intensive Unterstützung des Forums mineralische Rohstoffe und des Fachverbandes Steine-Keramik ihren ersten Jahrgang an der Höheren Technischen Lehranstalt in Leoben.

Die Wirtschaft übernimmt Verantwortung für die Jugend und baut auf Leobener Kernkompetenz in Rohstofftechnik. Die Notwendigkeit der Etablierung einer maßgeschneiderten Ausbildung für Rohstofftechnik auf HTL-Niveau wurde von Seiten der Industrie erkannt und in der Folge mit hoher Priorität gemeinsam mit der HTL Leoben vorangetrieben.

Kunst und Kultur und der HTL Leoben entwickelt worden. Der künftige Rohstoffingenieur erwirbt im Laufe der fünfjährigen Ausbildung ein fundiertes Wissen und Verständnis über die für die Rohstoffwirtschaft wichtigen Rohstoffarten, Verfahren und Methoden zur Gewinnung und Produktion, in enger Abstimmung von Fachtheorie und Fachpraxis.



Theorie und Praxis erlernen die künftigen Rohstoffingenieure ab Herbst 2013 in Leoben.

Mit diesem Schritt ist die Rohstoffwirtschaft in der Lage, die Ausbildungskette zu schließen. Dies ist im Hinblick auf den zu erwartenden Mangel an qualifizierten Mitarbeitern eine aktive Maßnahme, die auch den steigenden Anforderungen der Branche Rechnung trägt. Der Lehrplan für die Ausbildung ist neu konzipiert und in enger Zusammenarbeit zwischen den Vertretern der Industrie, der Montanuniversität, dem Bundesministerium für Unterricht,

Allgemeinbildende, betriebswirtschaftliche und rechtliche Inhalte erfüllen sowohl die geforderten Standards zur Erlangung der Reife- und Diplomprüfung als auch das Qualifikationsprofil der Betriebe.

Industrie und Pädagogik

Die HTL Leoben, auch als Berg- und Hüttenschule Leoben bekannt, überzeugt durch ihre jahrzehntelang gewachsene Kompetenz auf dem Fachgebiet

Rohstoffe, die im engen Zusammenhang mit der Montanuniversität Leoben entwickelt wurde. Durch die klare Positionierung und laufende Anpassung an maßgebliche Veränderungen der Industrie und Pädagogik der an der Schule befindlichen Ausbildungen – vom Rohstoff zum Hightech-Werkstoff – können Synergien hinsichtlich Lehrpersonal und Infrastruktur bestens genutzt werden. Zudem steht das neu errichtete Rohstoffzentrum der Montanuniversität Leoben für Laborübungen mit modernsten Versuchsapparaten und -geräten zur Verfügung.

Anmeldung ab sofort

Die HTL Leoben befindet sich zentral im Ausbildungscampus von Leoben und ist innerhalb von fünf Gehminuten vom Hauptbahnhof erreichbar. Die Schule verfügt über ein eigenes Internat, sodass eine österreichweit zugängliche Ausbildung möglich ist. Erfreulich ist, dass für die zukünftigen Absolventen von den Unternehmen des Forums mineralische Rohstoffe und des Fachverbandes Steine-Keramik Praktikumsplätze zugesagt wurden. Im ersten Jahr werden 25 Schüler aufgenommen – die Anmeldungen werden ab sofort entgegengenommen. Informationen zur Organisation, Stundentafel und Tag der offenen Tür sind unter www.htl-leoben.at erhältlich!



Information

Forum mineralische Rohstoffe
Mag. iur. Robert Wasserbacher
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
Tel.: **05 90 900 3534**
E-Mail: steine@wko.at
www.ForumRohstoffe.at



Ein einheitliches Fundsystem wird immer wichtiger

Studie: Aktuelle Situation der Gemeinden im Fundwesen

Pitters Trendexpert hat eine repräsentative Studie zur Situation der Gemeinden im Bereich Fundwesen sowie der Vereinfachung durch E-Government durchgeführt. Österreichweit nahmen 311 Personen teil, davon 144 Bürgermeister und 92 Amtsleiter. Die Einschätzungen der Entscheidungsträger liefern eine wichtige Grundlage für Reformen im Fundwesen.

Überregionales Fundsystem gefordert

Bemerkenswerte 82 Prozent der Befragten finden die Schaffung eines einheitlichen Fundsystems wichtig. Drei Viertel stimmen zu, dass ein elektronisches Fundsystem Teil eines funktionierenden E-Governments ist.

fundamt.gv.at: Das Online-Fundamt für Österreich

fundamt.gv.at bildet den Grundstein für ein österreichweit einheitliches Fundsystem. Es vereinfacht die Verwaltung in den Fundbüros, die Online-Suche durch den Bürger und erhöht die Rückgabequote. www.fundamt.gv.at wurde kürzlich modernisiert, die Handhabung ist jetzt noch einfacher.

3,5 Mio. Bürger in zahlreichen Städten und Gemeinden profitieren bereits von fundamt.gv.at. Auch die Österreichische Post und die Wiener Linien verwalten ihre Fundgegenstände damit. Werden auch Sie mit Ihrer Gemeinde Teil des österreichweiten Fundsystems!

73 Prozent der Befragten stufen ihre Gemeinden als Pendlergemeinde ein und 37 Prozent sind der Ansicht, dass Tourismus eine bedeutsame Rolle für ihre Gemeinden spielt. Aufgrund dessen sehen auch 69 Prozent der Befragten den Grund für die Notwendigkeit eines einheitlichen, überregionalen Fundsystems in der steigenden Mobilität der Gesellschaft. Denn wer viel unterwegs ist, weiß oft nicht genau, wo er etwas verloren hat.

Lokale Lösungen dominieren

Umso verwunderlicher und nachteiliger für den Bürger ist es, dass 82 Prozent der befragten Gemeinden nach wie vor lokale Lösungen, wie Papier oder Excel, verwenden, um ihre Fundgegenstände zu erfassen. Lediglich 39 Prozent, vor allem größere Gemeinden, nutzen Online-Lösungen wie fundamt.gv.at. Doch wenn

Fundgegenstände nur lokal erfasst werden, hat der Bürger wenig Chancen, sie wiederzubekommen. Vor allem wenn er nicht weiß, wo er etwas verloren hat oder wo es der Finder abgegeben hat.

Flächendeckende und zentrale Erfassung

Deswegen ist es wichtig, dass alle Gemeinden ihre Fundgegenstände in einer zentralen Datenbank erfassen, um dem Bürger eine österreichweite Online-Plattform zu bieten, wo er suchen kann. Auch wenn es in vielen Gemeinden (52 Prozent) nur wenige Fundgegenstände pro Jahr gibt, ist es wichtig, diese elektronisch zu erfassen.

Vereinfachung der Gesetzeslage

Viele der Befragten wünschen sich eine Vereinfachung der Gesetzeslage zum Fundwesen.

- ▶ 88 Prozent würden eine Vereinfachung des Finderlohns unterstützen.
- ▶ 87 Prozent sprechen sich für eine Verkürzung der Aufbewahrungsfrist auf sechs Monate aus.
- ▶ 78 Prozent befürworten den Wegfall der Finderverständigung mittels RSa-Brief.
- ▶ 47 Prozent betrachten eine Kostenbeteiligung durch den Verlustträger als sinnvoll.

Initiative zum Schutz und Werterhalt der oberösterreichischen Kanalisation

„Denk' KLObal, schütz' den Kanal!“

Unsere Kanäle und Kläranlagen müssen viel aushalten: 6000 Tonnen Rechengut und 4500 Tonnen Kanalräumgut müssen jedes Jahr entsorgt werden. Und das nur, weil die Oberösterreicher die Kloschüssel quasi als Mistkübel missbrau-

chen. Speisereste, Hygieneartikel und sogar ganze Tierkadaver landen in der Kanalisation. Das kostet jährlich rund sieben Millionen Euro. Neben den Entsorgungskosten, die über die Gebühren abgedeckt werden müssen, ist auch

die Funktionsfähigkeit der Abwasserentsorgung gefährdet. Kanäle und Pumpwerke werden verstopft, dies reduziert die Entwässerungssicherheit: Es kommt zu verstärkten Überstau- und Rückstau Problemen in Gebäuden, deren Beseitigung und Schadensbehebung zusätzliche Kosten für Bürger und Gemeinden auslösen. Vielfach werden auch die üblen Gerüche aus dem Kanal durch diese falsche Entsorgung hervorgerufen.

GmbH und LINZ AG, klärt nun auf. Das Projekt wurde in der Steiermark bereits vor zwei Jahren erfolgreich umgesetzt und nun in Oberösterreich adaptiert. Das Ziel: durch Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung Fehlwürfe und Einleitung von Fremdwasser in die Kanalisation zu reduzieren und so die Funktionsfähigkeit der Kanalanlagen auf Dauer zu gewährleisten sowie Betriebskosten zu sparen. So ist es möglich, Mehrkosten im Betrieb von Abwasseranlagen einzusparen. Jede und jeder Einzelne kann dazu beitragen und hat somit selbst Einfluss auf die Gebühren – einer Erhöhung kann damit entgegen gewirkt werden. Infos auf www.klobal.at



DI Christian Hasenleithner, WDL GmbH, LAbg. Ulrike Schwarz, Dipl.-Ing. Gerhard Fenzl, Land OÖ, Dr. Peter Schweighofer, LINZ AG

Gemeinsame Initiative

Damit soll bald Schluss sein: „Denk' KLObal, schütz' den Kanal!“, eine gemeinsame Initiative des Umweltressorts des Landes in Zusammenarbeit mit WDL

www.erstebank.at www.sparkasse.at

Find us on Facebook

Es gibt einen Partner für die Finanzbedürfnisse Ihrer Gemeinde:

ERSTE BANK **SPARKASSE**
In jeder Beziehung zählen die Menschen.

Gemeindeverantwortliche mit Weitblick setzen auf eine erfahrene Bank. Eine Bank, die fest in den Regionen Österreichs verwurzelt ist und Ihre Bedürfnisse kennt. Ob Zahlungsverkehr, Finanzierung, Veranlagung oder Zinsabsicherung – mit einem starken und kompetenten Partner behalten Sie immer den Überblick über alle Finanzen. Wenn Sie wissen wollen, wie Ihre Gemeinde von unserem Know-how profitieren kann, vereinbaren Sie gleich einen Beratungstermin mit einem Kundenbetreuer der Erste Bank oder Sparkasse unter gemeinden@sparkasse.at oder unter 05 0100 - 50500.

Kommunale Finanzierungen – der Status quo beruhigt

Investitionen ja, aber Prioritäten sind wichtiger denn je

Die finanzielle Lage der Gemeinden beginnt sich zu verbessern – auch wenn die Ertragsanteile im November nicht so gut ausschauen. Nach den Krisenjahren 2009 und 2010, in denen die österreichische Wirtschaft um real gesamt 1,4 Prozent schrumpfte, hat sich die Wirtschaft im Jahr 2011 mit einem realen BIP-Wachstum von 3,1 Prozent wieder stabilisiert. KOMMUNAL hat analysiert und ist zu dem Schluss gekommen, dass die Investitionen wieder steigen. Aber die Finanzexperten der Banken sehen die Gemeinden unter dem Zwang, Prioritäten zu setzen.

„In Summe gelten die Gemeinden nach wie vor als sichere Schuldner, und für Vorhaben der Daseinsvorsorge wird sich auch immer eine Finanzierung finden, für Luxusprojekte allerdings wird es zugegebenerweise schwierig.“



Helmut Reindl & Hans Braun

Gleich vorweg: Nach einer Unterlage des Gemeindebundes vom September soll das Jahr 2012 wieder nur ein geringes reales Wirtschaftswachstum von +0,4 Prozent mit sich bringen, wobei der Ausblick der mittelfristigen

Prognosen von WIFO und IHS 2013 mit plus 1,4 Prozent und 2014 mit plus zwei Prozent wieder etwas freundlicher aussieht. Die Ertragsanteile 2011 verzeichnen aber gegenüber dem Krisenjahr 2010 einen enormen Anstieg und konnten wieder – erfreuliche Nachricht –

das Niveau des Vorkrisenjahres 2008 erreichen. Wermutstropfen: Nach der aktuellen Prognose des Finanzministeriums vom Mai 2012 werden die Gemein-

deertragsanteile heuer unter dem Strich etwas über drei Prozent zuwachsen. Soweit die gute Nachricht. Leider konnten als Folge der Krise viele Investitionsprojekte nicht (zeitgerecht) durchgeführt werden. Diese Infrastrukturmaßnahmen müssen nunmehr nachgeholt werden.

Der Rückstau ist groß

Beispielsweise besteht etwa im Bereich des Siedlungswasserbaus derzeit großer Investitions(nachhol)bedarf, der durch die geänderte Förderpolitik des Bundes (die ab 2013 keine Mittel mehr für neue Förderzusagen vorsieht) nun stark erschwert wird (siehe auch Beitrag auf Seite 54 dieser Ausgabe). Im Jahr 2010 sind die Bruttoinvestitionen der Gemeinden ohne Wien gegenüber 2009 insgesamt um 368 Millionen Euro bzw. 18,1 Prozent auf 1.670,6 Millionen Euro markant gesunken. Am stärksten betroffen von der Verkürzung der Investitionen waren die Bereiche Dienstleis-

In 91 Prozent der Gemeinden sind die Ausgaben für Gesundheit und Soziales, Alten- bzw. Pflegeeinrichtungen gestiegen, auch die Kosten für den Erhalt und Bau von Straßen und öffentlichen Plätzen sind für 61 Prozent der Gemeinden gestiegen.

Investitionsvorhaben der Gemeinden

* STATUS DER INVESTITIONSMASSNAHMEN

in den einzelnen Bereichen

geplant

beschlossen

** BUDGETVOLUMEN

der geplanten und beschlossenen Investitionen

bis 100.000 €

100.000 bis 1.000.000 €

1.000.000 bis 5.000.000 €

über 5.000.000 €



Straßenbau und -erhaltung, Verkehrssicherheit



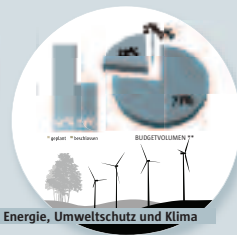
Kommunale Bauten (Bau und Erhaltung)



Katastrophen- und Umweltschutz



Wasser, Abwasser, Abfallwirtschaft



Energie, Umweltschutz und Klima

Die Ergebnisse des KOMMUNAL-Gutachtens über den Investitionsbedarf auf kommunaler Ebene. Signifikant ist, dass viele Projekte bereits beschlossen sind – so Projekte mit kommunalen Straßenbauten in 48 Prozent der Gemeinden. Hier geben 96 Prozent der Gemeinden als Budget bis zu einer Million Euro an – also in Summe richtig viel Geld.

tungen mit –152,0 Millionen Euro (–16,5 Prozent), Straßen- und Wasserbau, Verkehr mit –117,6 Millionen (–22,8 Prozent) und Bereich Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft mit –48,9 Millionen Euro (–14,8 Prozent).

Trotz des umsichtigen Wirtschaftens der Gemeinden stieg die Zahl der Abgangsgemeinden, also jenen Gemeinden deren ordentliche Ausgaben nicht durch ordentliche Einnahmen gedeckt werden konnten: 2007 bis 2010: 892, 1102, 1642, 1131. Zu dieser Definition ist jedoch anzuführen, dass weder Sollstellungen oder Fortschreibungen noch die unterschiedliche Behandlung von BZ-Mitteln zum Haushaltsausgleich berücksichtigt sind.

Die Verschuldung der Gemeinden

Aufgrund ihrer vorsichtigen Haushaltsführung konnten die Gemeinden ohne Wien nach den Krisenjahren (Gesamtdefizit 2009 und 2010: Bund: 24,2 Milliarden Euro, Länder mit Wien 4,2 Milliarden Euro, Gemeinden ohne Wien 1,3 Milliarden Euro) im Gegensatz zu Bund und Ländern bereits 2011 wie ein deutlich positives Maastricht-Ergebnis erreichen (siehe auch Beitrag auf Seite 6). Durch die überschaubare Neuverschuldung der Gemeinden in den Krisenjahren 2009 und 2010 ist der Schuldenstand (Finanzschulden) der Gemeinden ohne Wien mit insgesamt 2010 rund

11,7 Milliarden Euro in den letzten zehn Jahren um lediglich 17,6 Prozent angewachsen.

Auch wenn mitunter unzulässige Vermischungen stattgefunden haben – so hat der Rechnungshof Anfang Oktober die Schulden der Stadt Wien zu den Gemeinden dazugezählt und kam so auf einen extrem hohen Schuldenberg „der Gemeinden“. Bedingt durch geringere Investitionen, aber vor allem aufgrund des aktuell äußerst geringen Zinsniveaus (Gemeinden sind vorwiegend variabel verzinst) mussten die Gemeinden gegenüber 2010 mit rund 220 Millionen Euro 2008 noch rund 230 Millionen mehr an Zinsen pro Jahr leisten. Obgleich die Zinsen auch in den kommenden Monaten auf historisch niedrigem Niveau verbleiben werden und die Gemeinden weiterhin höchste Kreditwürdigkeit genießen, haben bereits mehrere im Kommunalbereich aktive Banken angekündigt, ihre Kreditkonditionen zu erhöhen, und somit werden Darlehen wieder deutlich teurer werden.

Als Gründe dafür wurden Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld und die voraussichtlich ab 2013 geltenden strenger Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften (Basel III) angeführt. Obgleich die Banken in fast

allen Fällen zu Konditionserhöhungen berechtigt sind, hat der Österreichische Gemeindebund gemeinsam mit dem Städtebund bereits Gespräche mit Bankvertretern geführt und versucht im Sinne der Planungssicherheit die Banken dazu zu bewegen, Erhöhungen rechtzeitig anzukündigen und generell nur zu Jahresbeginn vorzunehmen.

Investitionserhebung als Ausgangspunkt

KOMMUNAL hat im Frühjahr 2012 mit einem Gutachten den Investitionsbedarf auf kommunaler Ebene erheben lassen. Basis bildete eine Befragung von Entscheidungsträgern in den österreichischen Gemeinden zur finanziellen Situation und ihrer Einstellung zu unterschiedlichen Investitionsmöglichkeiten. Wir haben erstaunliche Ergebnisse zu Tage gefördert.

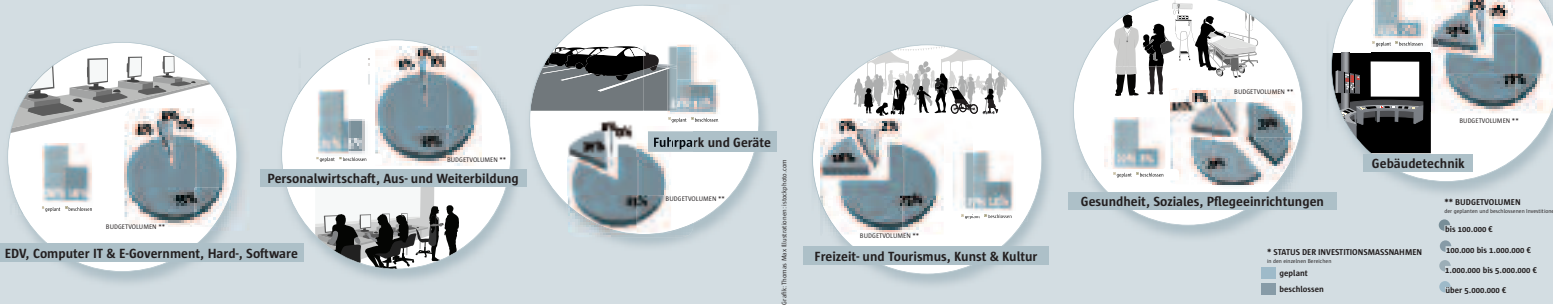
Allen voran sind in 91 Prozent der Gemeinden die Ausgaben für Gesundheit und Soziales, Alten- bzw. Pflegeeinrichtungen gestiegen, auch die Kosten für den Erhalt und Bau von Straßen und öffentlichen Plätzen sind für 61 Prozent der Gemeinden gestiegen.

Signifikant ist, dass viele Projekte bereits beschlossen sind – so Projekte mit kommunalen Straßenbauten in 48 Prozent der Gemeinden. Hier geben 96 Prozent der Gemeinden als Budget bis zu einer Million Euro an – also in Summe richtig viel Geld. Interessantes Detail am Rande: Bei den Investitionen in kommunale Bauten sowie den Straßenbau überwiegen der Erhalt und die Renovierung von bestehenden Bauten (55 Prozent) im Vergleich zu Neubauten (21 Pro-

Die Gemeinden haben in den vergangenen Jahren gut gewirtschaftet und bewiesen, dass sie im Ernstfall auch eisern sparen können.

Wolfgang Figl, Abteilungsleiter „Public Sector“ der Unicredit Bank Austria





Die Finanzkrise hat gleich einem Lackmuestest bisher schon bestehende Problemfelder aufgedeckt, verdeutlicht und verschärft.

Stefano Massera, „Head of Public Sector“ der Erste Bank

zent). Auch hier lässt sich ein starkes Kostenbewusstsein der Gemeinden ablesen. Wirklich viel Geld wird auch in die Pflegeeinrichtungen investiert. Es geben zwar nur 30 Prozent der Gemeinden an, in diesem Bereich Projekte zu planen

oder schon beschlossen zu haben, dafür nehmen 14 Prozent bis zu fünf Millionen in die Hand, acht Prozent gleich mehr als fünf

Millionen. Hier kann man davon ausgehen, dass es sich um Neubauten von Pflegeeinrichtungen oder ähnliches handelt. Aber das Geld muss auch woher kommen. Eine der wesentlichsten Fragenkomplexe war also der nach den Finanzierungsarten, auf die Kommunen zugreifen können. So verlassen sich 97 Prozent der Gemeinden auf Lan-

desförderungen („Ist eher wichtig“), beachtliche 84 Prozent nehmen Eigenmittel (dramatische zwei Prozent „kennen allerdings keine Eigenmittel“). Darlehen, Bundesförderungen, EU-Förderungen und Leasing belegen die Plätze mit jeweils 66, 62, 41 und 20 Prozent. In der Studie vom heurigen März stuften fast zwei Drittel der Gemeinden ihre finanzielle Lage als „schlecht“ oder „eher schlecht“ ein. Ein Urteil, das die von KOMMUNAL befragten Finanzierungsexperten der Banken nicht ganz teilen. „Die Gemeinden haben in den vergangenen Jahren gut gewirtschaftet und bewiesen, dass sie im Ernst-



www.hyponoe.at

WIR FINANZIEREN AUTOS. UND DIE STRASSEN, AUF DENEN SIE FAHREN.

Als Spezialist für Finanzierungen der öffentlichen Hand bietet die **HYPO NOE GRUPPE** maßgeschneiderte und individuelle Lösungen. Der ganzheitliche Ansatz für öffentliche Auftraggeber beginnt bei einer umfassenden Bedarfsanalyse mit kompetenter Beratung und reicht bis zur **professionellen Abwicklung inklusive zuverlässiger Projektrealisation.**

Über effektive Finanzierungskonzepte aus einer Hand - für die öffentliche Hand - informiert Sie der Leiter Public Finance & Corporates Austria, Wolfgang Viehauser, unter +43(0)5 90 910-1551, wolfgang.viehauser@hyponoe.at



**HYPO NOE
GRUPPE**

fall auch eisen sparen können“, sagt Wolfgang Figl von der Bank Austria. Von einer schlechten finanziellen Lage der Kommunen möchte er nicht sprechen. Viele Gemeinden würden sich aber in der derzeitigen Situation auf die unbedingt notwendigen Investitionen beschränken, stellt Edgar Hauer von Raiffeisen fest. Die Banker weisen aber darauf hin, dass die Lage der Gemeindefinanzen sehr individuell zu betrachten ist. „Die Finanzkrise hat gleich einem Lackmusest bisher schon bestehende Problemfelder aufgedeckt, verdeutlicht und verschärft“, meint Stefano Massera von der Erste Bank. In Bedrängnis seien vor allem jene Orte gekommen, die die schon in der Vergangenheit finanziell schwach aufgestellt waren. „Die Lage ist keineswegs hoffnungslos“, ist Claudia Raicher von der IMMORIENT überzeugt. „Durch Umschichtungen

Foto: iStock/cnythzl



„Es stellt sich die Frage, wer unabhängig genug ist, um solche Ratings objektiv zu erstellen.“ Raiffeisen-KLeasing-Mann Edgar Hauer über die Bonitäten der Kreditkunden.

und vernünftiges Wirtschaften kann in vielen Fällen die Situation verbessert werden.“ Dass sich die Finanzsituation noch drastisch verschlechtert, glauben die Experten eher nicht.

Aber natürlich hängt die Entwicklung der Gemeindebudgets sehr von der gesamtwirtschaftlichen Situation im Land ab. „Vor allem Kosten, auf die die Gemeinden wenig Einfluss haben, steigen weiter“, bedauert Christian Kummert von der Kommunalkredit.

Aber: „Die Kommunen werden nach einer Konsolidierungsphase gestärkt aus der Situation hervorgehen“, ist Peter Rauscher von der BAWAG optimistisch.

Der Österreichische Stabilitätspakt 2012

Beim künftig unbefristeten Österreichischen Stabilitätspakt 2012 handelt es sich um ein umfangreiches System aus Fiskalregeln:

- **Schuldenbremse:** Maastricht-Nulldefizit der Gemeinden bis 2016 und strukturelles (um Konjunktur- und Einmal-effekte bereinigtes Maastricht-Defizit) Nulldefizit ab 2017;
- **Schuldenabbauregel:** Abbau von jährlich einem 20stel der 60% des BIP überschreitenden Staatsverschuldung;
- **Ausgabenbremse:** das jährliche Ausgabenwachstum muss unter dem langfristigen jährlichen Wachstum des BIP (die EU-Kommission wird dieses Potenzialwachstum mitteilen) liegen.

Darüber hinaus umfasst der Österreichische Stabilitätspakt 2012, der nach (derzeit noch nicht) erfolgter

Ratifizierung durch die Länderparlamente rückwirkend zum 1. Jänner 2012 in Kraft treten wird, über eine Reihe von Koordinations- und Meldepflichten (etwa Haftungen oder Personaldaten). Nachfolgende Grafik zeigt die Defizit-Ziele des Bundes und der Länder bis 2016.



reinerische Gemeindebund noch im Sommer den Bund und die Bundesanstalt Statistik Österreich aufgefordert, dringend die nötigen rechtlichen Änderungen (etwa der VRV oder der Gebarungsstatistik-VO) vorzunehmen, damit sich die Gemeinden und ebenfalls die EDV-Dienstleister mit ihren Programmen rechtzeitig auf die kommenden Datenerhebungen und -übermittlungen einstellen können.

Ratings: „Ja, aber ...“

Jedes Kreditinstitut ist verpflichtet, die Bonität seiner Kreditnehmer zu überprüfen. Eigene Gemeinde-Ratings gibt es aber nicht in allen Banken. Ein unabhängiges Rating würde von mehreren der Befragten begrüßt werden. Wobei die Problematik solcher Bewertungen, die ja auch auf internationaler Ebene zu Tage gekommen ist, allen bewusst ist. Raiffeisen-Mann Edgar Hauer: „Es stellt sich die Frage, wer unabhängig genug ist, um solche Ratings objektiv zu erstellen.“

PPP-Modelle werden empfohlen

Die Gemeinden beklagen vor allem deutlich steigende Ausgaben in den Bereichen Gesundheit und Soziales, Straßenbau sowie Wasser, Abwasser und Abfallwirtschaft. Für diese Bereiche setzen die Banken vor allem auf Public-Private-Partnerships

**Raiffeisen
Meine Bank**



**Wenn's um meine Gemeinde geht,
ist nur eine Bank meine Bank.**

Nur wer in der gleichen Region lebt, weiß auch, mit welchen Maßnahmen man Gemeinden gestaltet und kann dabei auf individuelle Bedürfnisse eingehen. Deshalb ist Raiffeisen der beste Partner bei sämtlichen Finanzgeschäften.
www.raiffeisen.at

Sicherheit seit **125** Jahren.



Foto: Petra Spiola

Es ist sinnvoll, dass die Gemeinden für die Realisierung von Infrastrukturprojekten verstärkt alternative Beschaffungs- und Finanzierungsmodelle in Betracht ziehen.

Christian Kummert, „Managing Director Infrastructure and Public Finance“ der Kommunalkredit Austria AG

von Bank und öffentlicher Hand. Edgar Hauer: „Ziel dieser Lösungsmodelle sind abschätzbare, überschaubare Kosten bei qualitativvoller Ausführung.“ Im Gespräch weisen die Fachleute auch darauf hin, wie wichtig individuelle Lösungen gerade im Bereich der Kommunalfinanzierung sind.

Für Christian Kummert erscheint es sinnvoll, dass die Gemeinden für die Realisierung von Infrastrukturprojekten verstärkt alternative Beschaffungs- und Finanzierungsmodelle in Betracht ziehen. Als Beispiel nennt er die „Initiative Licht“, das sein Institut zur Umstellung der Straßenbeleuchtung gestartet hat.

die Finanzierungsfachleute zum Ausbau interkommunaler Kooperationen. Peter Rauscher: „Weiters sollten Investitionen auf ihre Nachhaltigkeit geprüft und Gebühren regelmäßig der Inflation angepasst werden.“ Stefano Masser stellt klar: „Von den Gemeinden sind klassische betriebswirtschaftliche Durchforstungs- und Konsolidierungsaufgaben zu leisten, um die notwendige Leistungsfähigkeit zu sichern.“ Er rät den Gemeinden auch dazu, sich von Aufgaben zu trennen, die nicht zu den Kernaufgaben einer Kommune gehören.

Als Alternativen zu den von den Kommunen bevorzugten Landesförderungen und Darlehen

Was ist zu tun?

Dass die freie Finanzspitze zuletzt wieder gestiegen ist, wird von den Kommunalfinanzierern naturgemäß positiv aufgenommen. Um diesen Trend noch zu verstärken, raten

werden neben den erwähnten PPP-Modellen auch Leasing- sowie Contracting-Modelle empfohlen. BAWAG-Experte Rauscher weist auch auf die Möglichkeit hin, Geld auf dem Kapitalmarkt aufzustellen. Beispiele dafür sind Anleihen, Privatplatzierungen oder Fondslösungen. Trotz des Anstiegs der freien Finanzspitze ist die Unsicherheit nach wie vor groß. Die Banken bieten umfangreiche Beratungsleistungen an: „Hilfreich kann in dieser Situation der Unsicherheit sein, sich gemeinsam mit den Gemeinden hinzusetzen und die Investitionserfordernisse und -pläne detailliert durchzugehen“, sagt Wolfgang Figl. „Das Ergebnis dieser Analyse, in der man sich über Notwendigkeit, Investitionszeitpunkt, Finanzierungsform, Folgekosten- und -ertragseffekte u.s.w. klar werden muss, ist dann die Basis für eine Investitionsplanung, die mehrere Jahre in die Zukunft blickt.“

IMMORENT-Expertin Claudia Raicher rät, schon bei der Planung von Projekten darauf zu

Energieeffizientes Bauen und Sanieren in Zusammenarbeit mit Gemeinden

Umwelt schützen, Kosten sparen



Ob Schule, Kindergarten, Amtshaus oder Sporthalle: Investitionen in die Neuerichtung und Sanierung von öffentlichen Gebäuden stehen regelmäßig auf der kommunalen Tagesordnung. Woher aber das Geld nehmen, wenn die finanziellen Spielräume immer enger werden?

„Die Lösung heißt energieeffizientes Bauen und Sanieren“, sagt Edgar Hauer vom Kommunalservice bei der Raiffeisen-Leasing. Energieeffizientes Bauen und Sanieren (EEBS) vereinigt innovative Ansätze in

Die Schule in Marchegg wurde nach höchsten Standards energieeffizient saniert und erweitert.

der Errichtung und Finanzierung von Gebäuden mit Umwelt- und Kostenbewusstsein durch den nachhaltigen Einsatz von Energie im Betrieb. Fix festgelegte Errichtungskosten stellen neben einer Energieeinspar- bzw. Verbrauchsgarantie einen wesentlichen Bestandteil dieser Lösung dar. „Außerdem setzen wir stark auf die Einbindung ortsansässiger Unternehmen“, so Hauer. „Dadurch bleibt die Wert-

schöpfung in der Region, lokales Know-how kann bestmöglich eingebracht werden.“

Wie gut energieeffizientes Bauen und Sanieren in der Praxis funktioniert, zeigt das Beispiel der Zentralschule Marchegg. Im Rahmen dieses Projekts wurde der Gebäudebestand 2010/2011 energetisch saniert und ein Zubau nach dem neuesten Energiestandard errichtet. Raiffeisen-Leasing garantierte gemein-

sam mit einem technischen Partner sowohl den Gesamtpreis als auch den Energieverbrauch und die RLB NÖ-Wien stellte die Finanzierung.

Edgar Hauer: „Mit dieser Lösung haben Gemeinden die Sicherheit, dass die Investitionskosten nicht überschritten werden und der laufende Energieverbrauch exakt definiert ist.“

Information

Dr. Edgar Hauer
Kommunalservice
Raiffeisen-Leasing
Tel.: 01/716 01 – 8062
E-Mail:
edgar.hauer@rl.co.at

achten, dass sie dauerhaft sinnvoll und kostengünstig sind. So muss etwa die künftige demographische Entwicklung einer Kommune bedacht werden, wenn es um die Errichtung von Infrastrukturprojekten geht. Die Zukunftsperspektive ist nicht sehr rosig, warnt Stefano Massera: „Basel III“ wird voraussichtlich zu höheren Eigenkapital- und Refinanzierungskosten führen, die künftig vor allem die sehr langfristigen Bankkredite zur Finanzierung langlebiger kommunaler Infrastrukturen deutlich verteuern könnten.“

Kooperationen werden begrüßt

Der Trend zum interkommunalen Zusammenarbeiten wird allseits begrüßt, weil dadurch die Effizienz gesteigert und die finanzielle Lage der betreffenden Gemeinden verbessert wird, ohne dass kommunale Kernaufga-

ben bereit sind.“ Andere Institute werten Gemeindekooperationen aber durchaus als Zeichen des Sparwillens und lassen das auch in ihre Entscheidungen mit einfließen. „Unsere Kreditentscheidung wird durch diesen Umstand aber nicht unmittelbar beeinflusst, hängt aber sicher von der Bonität von Gemeinden ab, die wiederum durch das Zusammenarbeitsthema nachhaltig beeinflusst werden kann“, erläutert Wolfgang Figl.

Konkurrenz wird größer

Gemeinden gelten zwar im Allgemeinen als sichere Schuldner, trotzdem klagen 82 Prozent der

Die Europäische Staatsschuldenproblematik hat gezeigt, dass selbst Staaten als auch Länder und Kommunen in finanzielle Schwierigkeiten geraten können – die Phase von „absolut“ risikolosen Finanzierungen ist zu Ende.

Peter Rauscher, Leiter des „Public Sectors“ der BAWAG PSK



Staatsschuldenproblematik hat gezeigt, dass sowohl Staaten als auch Länder und Kommunen in finanzielle Schwierigkeiten geraten können – die Phase von ‚absolut‘ risikolosen Finanzierungen ist zu Ende“, sagt BAWAG-Mann Rauscher.

Wenn es um die Vergabe von Krediten geht, müssen Gemeinden immer stärker mit privaten Unternehmen konkurrieren. Damit einher gehen aber auch erhöhte Transparenzanforderungen. Ein Umstand, an den sich die Verantwortlichen in den Gemeinden erst gewöhnen müssen. Stefano Massera: „In der Praxis wird zu unterscheiden sein, ob es um eine Finanzierung der kommunalen Daseinsvorsorge geht oder um privatwirtschaftliche Tätigkeiten der Gemeinde, wie z. B. Freizeitzentren.“

Resümee von Wolfgang Figl, Bank Austria: „In Summe gelten die Gemeinden nach wie vor als sichere Schuldner, und für Vorhaben der Daseinsvorsorge wird sich auch immer eine Finanzierung finden, für Luxusprojekte allerdings wird es zugegebenerweise schwierig.“



Von einer schlechten finanziellen Lage der Kommunen würde ich nicht sprechen. Viele Gemeinden beschränken sich aber in der derzeitigen Situation auf die unbedingt notwendigen Investitionen.

Edgard Hauer, Vertriebssteuerung Kommunalgeschäft Raiffeisen-Leasing

ben vernachlässigt werden. Edgard Hauer stellt für Raiffeisen aber klar: „Unsere Kreditentscheidungen werden nicht unmittelbar davon beeinflusst, ob Gemeinden zum Kooperieren

österreichischen Kommunen über fehlende Finanzierungen. Ein scheinbarer Widerspruch, der sich aber aus der Entwicklung der vergangenen Jahre erklären lässt. „Die europäische

IS Inkasso Service erweitert das Leistungsspektrum speziell für Gemeinden

www.kommunal-inkasso.at

Nicht bezahlte Rechnungen von zum Beispiel gemieteten Gemeindegärten, Sportanlagen, Kleingärten oder Kinderbetreuungseinrichtungen verursachen einen erheblichen Zeitaufwand und belasten die Liquidität der Kommunen zum Teil erheblich. Besonders effektiv ist es diese Forderungen

an einen dafür spezialisierten Partner zu übergeben und somit sprunghaft die Bonität der Gemeinde zu steigern. Um genau auf diese spezifischen Bedürfnisse individuell eingehen zu können, entwickelte der österreichische Marktführer IS Inkasso Service das Produkt

kommunal-inkasso.at.

Mit der Erfahrung von mehr als 37 Jahren kann IS Inkasso Service rund 50 Millionen Euro jährlich an die Auftraggeber rückführen und somit einen Beitrag zur Liquiditätssteigerung der Gemeinden leisten.

Information

IS Inkasso Service GmbH
Südtirolerstraße 9,
4020 Linz
Tel: +43 (0)732 / 60 06 31
E-Mail: office@inkasso.at
www.inkasso.at und
www.kommunal-inkasso.at

Investitionen in die Zukunft mit Erste Group Immorent und Salzburger Sparkasse

Neue Volksschule und Turnhalle für Thalgau

Die Errichtung von Schulen, Feuerwehrhäusern oder Amtsgebäuden ist ein Wirtschaftsmotor, der zum Florieren der Bauwirtschaft beiträgt. Oftmals verfügt die öffentliche Hand aber nicht über die Ressourcen, um diese Investitionen selbst abzuwickeln. Als privater Partner unterstützt die Erste Group Immorent die Gemeinden durch ihr bewährtes Know-how.

Fachwissen für Schule

Zahlreiche Kommunen setzen Investitionsvorhaben bereits mit der Erste Group Immorent um, denn ihre Kompetenz und Erfahrung ermöglichen die Ausarbeitung von maßgeschneiderten Finanzierungen, die den Wün-



Die neue Schule in der Gemeinde Thalgau hat vieles zu bieten.

schten und Anforderungen der Gemeinden entgegenkommen. Dieses Fachwissen machte sich auch die Marktgemeinde Thalgau zunutze. Die Erste Group Immorent finanziert, zusammen mit der Salzburger Sparkasse, eine Volksschule inklusive Turnhalle. Die neue Volksschule entsteht auf dem Grundstück der alten, weshalb das bestehende Gebäu-

de vor Baubeginn abgerissen werden musste. Bis zur Eröffnung des Neubaus übersiedelten die Schüler in ein Containerdorf. Die neue Schule, mit einer Nettogröße von 4400 m², bietet Platz für zwölf Klassenräume, Sporthalle, Bibliothek, Schießstand sowie für eine Bühne. Die Gesamtinvestition beträgt 10,5 Millionen Euro. Die Fertigstellung ist für das

Frühjahr 2013 geplant. Die Erste Group Immorent und die Salzburger Sparkasse leben den Grundsatz „In jeder Beziehung zählen die Menschen“.

Information

Erste Group Immorent AG
Mag. Christian Rittsteiger, MBA
Tel.: **05 0100 – 27321**
E-Mail: **christian.rittsteiger@immorent.com**

Salzburger Sparkasse Bank AG
Dr. Robert Kühner
Tel.: **05 0100 – 47391**
E-Mail: **robert.kuehner@salzburg.sparkasse.at**

E.F.



Entwickelt mit Blick auf die Natur.

Lexmark entwickelt Lösungen, die die Umwelt schonen.

Lexmark Produkte zeichnen sich durch einfache Bedienbarkeit und hohe Zuverlässigkeit aus – und bieten innovative Funktionen, die den Verbrauch an Druckkassetten minimieren und zudem Energie und Papier sparen.

Erfahren Sie mehr über unsere maßgeschneiderten Angebote für Behörden. Sie erreichen uns persönlich unter Telefon (01) 797 32 0 oder per E-Mail an: info@lexmark-partner.at



Lexmark Drucklösungen sind ausgezeichnet – mit bereits 114 Blauen Engeln*

*RAL UZ-122, Ausgabe Mai 2009, Stand: 26.04.2012. Details unter www.blauer-engel.de.

www.lexmark.com

LEXMARK

Farblaser-Multifunktionslösung Lexmark X792dtme

Amazone: Mäher und Vertikutierer im Einsatz

Das Profihopper-Programm



Der Profihopper 4WDi.

Die selbstfahrenden Mäher und Vertikutierer Profihopper kommen bei der Pflege von Park- und Golfanlagen, auf Sport- und Spielplätzen und extensiv gepflegten Flächen zum Einsatz. Ausgerüstet mit einem Exaktschnittrotor sowie einem Fangkorb können sie nicht nur die Grünflächen mähen und das Schnittgut und/oder Laub aufsammeln, vielmehr eignen sie sich auch zum Vertikutieren der Flächen. Mit drei Profihopper-Typen bietet Amazone

für jeden Bedarf die passende Maschine. Das Einstiegsmodell Profihopper zDrive ist mit einer Hebellenkung ausgestattet, die einen Zero-Turn um die Lenkachse ermöglicht. Die Profihopper iDrive und 4WDi haben eine Lenkradlenkung, die das intuitive Lenken erleichtert. Der Profihopper 4WDi verfügt über einen intelligenten Allradantrieb und spielt seine Stärken vor allem unter schwierigeren Einsatzbedingungen aus.

Information

Albrecht Schiefer,
D-74673-Mulfingen,
Tel.: **+49 7938 990044**,
Mobil: **+49 (0) 170 6277199**,
E-Mail: **albrecht.schiefer@amazone.de**

E.F.

Kolumne: Pitters Kommunaltrend

Sozialwesen als Wachstumsmotor der Gemeinden

„Soziale Einrichtungen sind nur wohlützig, sie erwirtschaften keine finanziellen Gewinne oder liefern greifbare Produkte.“ Diese Argumente fallen häufig in der Debatte um zukünftige soziale Investitionen. Oft dienen sie auch als Rechtfertigung für Ausgabenkürzungen oder fehlende Reformen. Wirtschaftliche Entwicklung wird der sozialen vorgezogen und Investitionen in die Gesellschaft eher als Konsequenz von wirtschaftlichem Wohlstand angesehen. Allerdings sind Investitionen in die Sozialwirtschaft volkswirt-



Dr. Harald Pitters ist Trendexperte und Kommunalforscher.
E-Mail: office@pitters.at
www.pitters.at

schaftlich betrachtet keineswegs Wohltätigkeitsarbeit. Der Bereich besitzt großes Potenzial, der die Faktoren Wachstum, Stabilität und sozialer Ausgleich positiv integriert. Gerade für die finanziell gebeutelten Kommunen in Österreich entsteht laufend neuer Bedarf an sozialen Einrichtungen und Dienstleistungen. Dazu zeigen die jüngsten Ergebnisse einer Pitters Trendexpert-Studie, dass aufgrund des demografischen Wandels in unserer



Das Sozialwesen integriert die Faktoren Wachstum, Stabilität und sozialer Ausgleich.

Gesellschaft die Nachfrage nach Leistungen im Gesundheitswesen nachhaltig steigen wird. Ein bedeutender Teil der in der Studie befragten Personen gibt sogar an, bis zu 25 Prozent der Kosten selbst tragen zu wollen und zusätzlich durch private Versicherungen für anfallende Kosten aufzukommen.

Das Sozialwesen hat sich damit längst von einem Teil der staatlichen Fürsorgeeinrichtungen zu einer eigenständigen Wirtschaftsbranche entwickelt. Darüber hinaus ist die Beschäftigungsquote im Sozial- und Gesundheitsbereich in den letzten Jahren stärker gewachsen als in allen übrigen Berei-

chen unserer Wirtschaft. Kluge Ausgaben in das Sozialwesen können zu einer Erhöhung der Wertschöpfung führen und stellen keine Belastung der Volkswirtschaft dar. Sie sind für sozialen Ausgleich und ein Motor für Beschäftigung und Konjunktur in unseren Gemeinden.

Eine Aktion in österreichischen Gemeinden

Mit gutem Beispiel voran

Mit zunehmendem Alter sinkt die Immunabwehr und die Infektanfälligkeit steigt. Gerade für Menschen über 50 Jahre ist es besonders wichtig, präventive Maßnahmen zu setzen, auch wenn sie sich vital und gesund fühlen und mitten im (Arbeits-)Leben stehen.

Um diese Generation vor gefährlichen Infektionskrankheiten und häufig auftretenden schweren Komplikationen zu schützen, gibt es **speziell auf die Altersgruppe abgestimmte Indikations- und Auffrischungsimpfungen, die im Österreichischen Impfplan empfohlen sind.**

Schutzimpfungen gehören zu den wichtigsten und wirksamsten präventiven Maßnahmen, die in der Medizin zur Verfügung stehen.¹



Der Österreichische Impfplan² empfiehlt für alle Menschen über 50 die Zeckenimpfung sowie Impfungen gegen Diphtherie, Tetanus, Keuchhusten, Kinderlähmung, Gürtelrose, Pneumokokken und Influenza.

Um Menschen über 50 Jahre über **altersrelevante Impfungen zu informieren sowie den Impfschutz dieser Generation zu verbessern**, hat die Österreichische Liga für Präventivmedizin (ÖLPM) in Österreichs Gemeinden die



Aktion „Mit gutem Beispiel voran!“ ins Leben gerufen.

Wir würden uns freuen, wenn Sie mithelfen, die BürgerInnen Ihrer Gemeinde über die Wichtigkeit des Impfschutzes für über 50-Jährige zu informieren.

Alle Gemeinden erhalten ein Informationspaket mit Poster und Broschüren per Post. Bitte machen Sie diese Informationen den BürgerInnen Ihrer Gemeinde zugänglich.



- vgl. http://bmg.gv.at/cms/home/attachments/3/3/6/CH1100/CMS1327680589121/impfplan_2012_finanzial_1.2.2012.pdf
- Österreichischer Impfplan: Erarbeitet in enger Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium für Gesundheit und Expertinnen und Experten des Nationalen Impfgremiums. PRE-095-12/1/02.10.2012
Eine Aktion der Österreichischen Liga für



Präventivmedizin. Mit freundlicher Unterstützung von Pfizer Corporation Austria Ges.m.b.H., Wien

Bestellung Infopaket unter: www.ölp.at

Hoher Investitionsbedarf in der Siedlungswasserwirtschaft

Investitionen generieren Wertschöpfung und Arbeitsplätze

Die Investitionen im Bereich Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung bleiben weiterhin ein bedeutender Konjunkturmotor. Dies zeigt eine im Auftrag des Lebensministeriums durchgeführte Erhebung bei Österreichs Gemeinden und Wasserwirtschaftsverbänden betreffend der geplanten Baumaßnahmen in den kommenden zehn Jahren. Zunehmende Bedeutung haben die Investitionen in den Erhalt der für Österreich so wichtigen Infrastruktur.

Johannes Laber

Die Versorgung mit sauberem Trinkwasser dient der Gesundheit der Bevölkerung und ist die Voraussetzung für Entwicklungen in Wirtschaft und Tourismus. Abwasserreinigung dient der Reinhaltung unserer Flüsse

Österreichs Gemeinden waren mit dem Ausbau der wasserbaulichen Infrastruktur im internationalen Vergleich an vorderer Front. Dies war für ein Tourismusland (Stichwort Seen-Reinhaltung) auch von immenser wirtschaftlicher Bedeutung.

und Seen und bewahrt unser Grundwasser vor nachhaltigen Schäden. Siedlungswasserwirtschaft schafft die einzigartige Lebensqualität in Österreich, die wir vor allem dann vermissen, wenn wir im Ausland Trinkwasser nur aus Plastikflaschen trinken und in verschmutzte Flüsse besser keine Beine baumeln lassen. Österreichs Gemeinden kommt beim Bau und Betrieb dieser Infrastruktur zentrale Bedeutung zu. Im Rahmen der Daseinsvorsorge betreiben sie entweder selbst die Anlagen oder organisieren die übergeordnete Infrastruktur über zentrale Ver-



DI Dr. Johannes Laber ist Abteilungsleiter „Wasser“ bei der Kommunalkredit Public Consulting

bände. Im kleineren Bereich greift auch die private Selbstversorgung über das Genossenschaftswesen. In Österreich wurden seit 1960 rund 55 Milliarden Euro in die Errichtung der Anlagen zur Abwasserentsorgung und Trinkwasserversorgung investiert. Erhaltung und Absicherung des hohen Niveaus sind die Herausforderung der Zukunft, eine Vernachlässigung der geschaffenen Infrastruktur wäre ein Rückschritt für den Lebens-, Wirtschafts- und Tourismusstandort Österreich und später nur mit wesentlich höherem Aufwand wieder herstellbar.

Wie hoch ist der Bedarf für die kommenden Jahre?

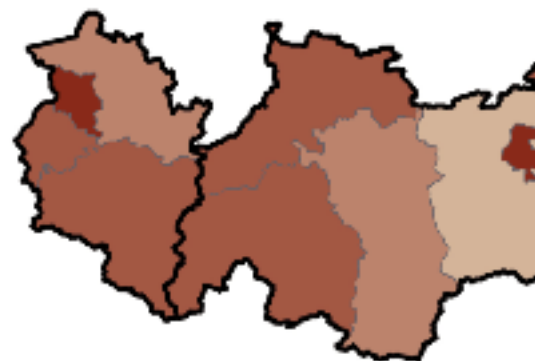
Im Frühjahr/Sommer 2012 organisierte die Kommunalkredit Public Consulting im Auftrag des Lebensministeriums eine österreichweite Erhebung der geplanten Investitionskosten für die kommenden zehn Jahre. Die Gemeinden und Wasserverbände zeichneten sich durch ihr enormes Engagement aus, was sich in einem Rücklauf von 78 Prozent der Gemeinden (die wiederum 87 Prozent der österreichischen Bevölkerung beheimaten) widerspiegelte. Die gewonnenen

Daten können daher als ausgesprochen repräsentativ angesehen werden. Hierfür soll an dieser Stelle ein herzlicher Dank ausgesprochen werden!

Abbildung 1 zeigt den Gesamtbedarf im zeitlichen Verlauf über die Erhebungsperiode bis 2021. Demnach sinken die Investitionssummen von ca. 900 Millionen Euro in den Jahren 2013 und 2014 auf ein relativ konstantes Niveau von 600 Millionen Euro jährlich. Die Karte zeigt die räumliche Verteilung der zukünftigen Investitionen. Die Grafik zeigt, dass österreichweit Investitionsbedarf besteht, der in vielen Bezirken über 1100 Euro pro Person beträgt.

Sanierung als zunehmende Herausforderung

Österreichs Gemeinden waren mit dem Ausbau der wasserbaulichen Infrastruktur im internationalen Vergleich an vorderer Front. Dies war für ein Tourismusland (Stichwort Seen-Reinhaltung) auch von immenser wirtschaftlicher Bedeutung. Die Anlagen sind jedoch mittlerweile in die Jahre gekommen. So ist etwa ein Drittel aller Wasserleitungen Österreichs heute älter als 40 Jahre, bei den Kanälen



Investitionsbedarf in den kommenden zehn Jahren

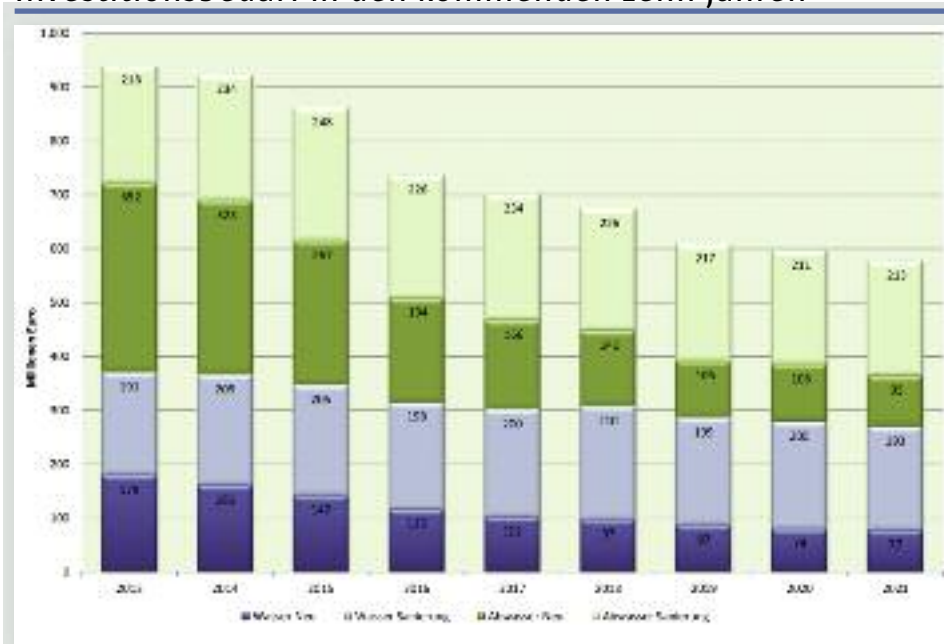
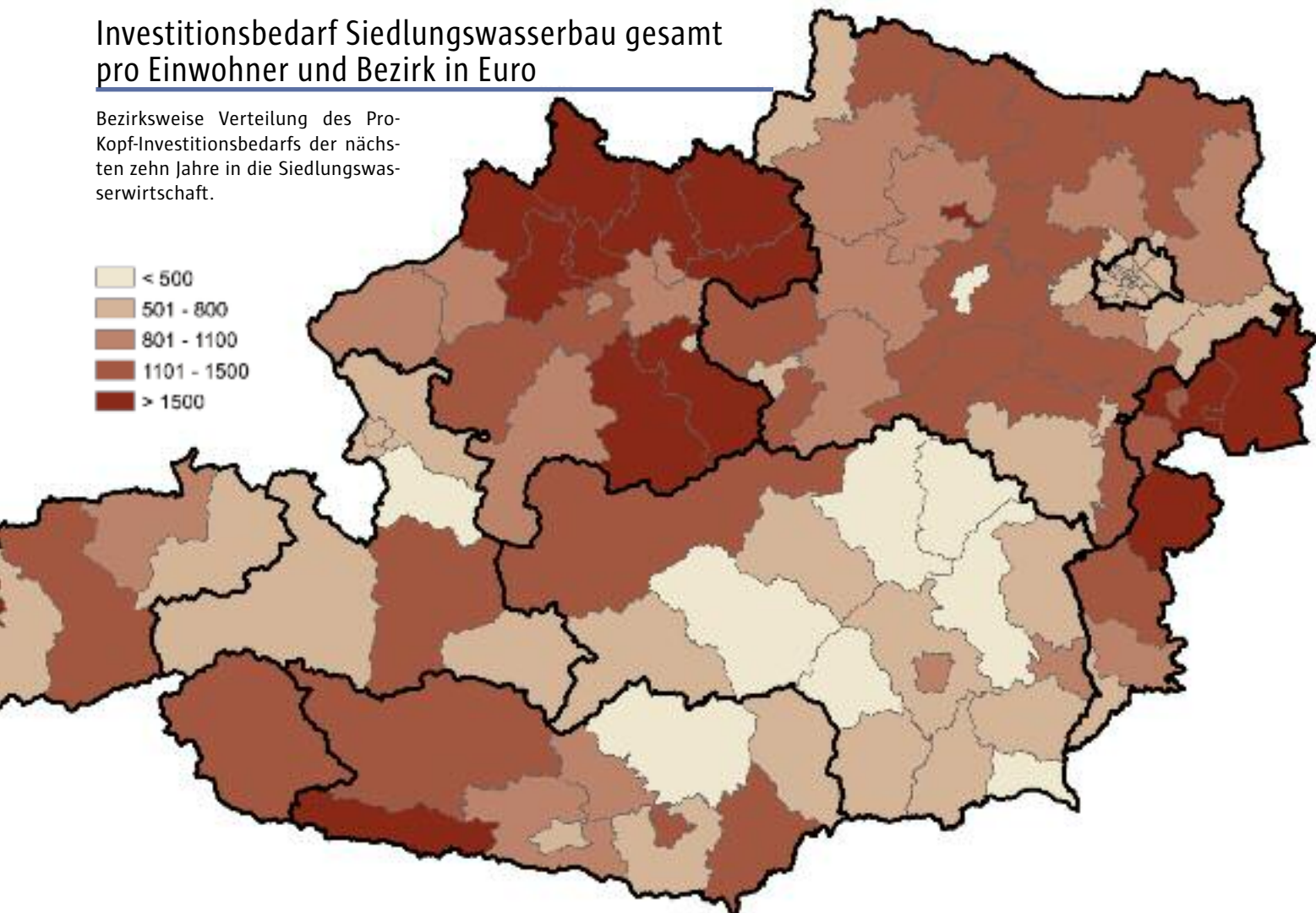
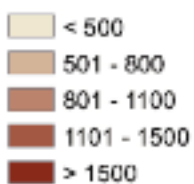


Abbildung 1: Verlauf der geplanten Investitionskosten in die österreichische Siedlungswasserwirtschaft untergliedert in Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie in Neuerichtung und Sanierung

haben etwa 13 Prozent dieses Alter. Wenn man davon ausgeht, dass derartige Anlagen eine durchschnittliche Lebenserwartung von 50 Jahren haben, so wird rasch klar, dass wir vor einer Sanierungswelle stehen. Dies schlägt sich auch bereits in den Ergebnissen der Investitionskostenerhebung nieder. So sind in Abbildung 1 links die hellblauen beziehungsweise hellgrünen Anteile für Sanierungskosten bereits entsprechend hoch. Die vorausschauende Sanierungsplanung im Sinne eines nachhaltigen Asset-Managements ist sicher die zentrale Herausforderung der Betreiber für die Zukunft. Eine Vernachlässigung dieser Sanierungen würde zu einer Zunahme von Schadensfällen führen, die ungleich höhere Reparaturkosten nach sich zögen – von der Gefährdung beispielsweise des

Investitionsbedarf Siedlungswasserbau gesamt pro Einwohner und Bezirk in Euro

Bezirksweise Verteilung des Pro-Kopf-Investitionsbedarfs der nächsten zehn Jahre in die Siedlungswasserwirtschaft.



Investitionsbedarf nach Gemeindegrößen

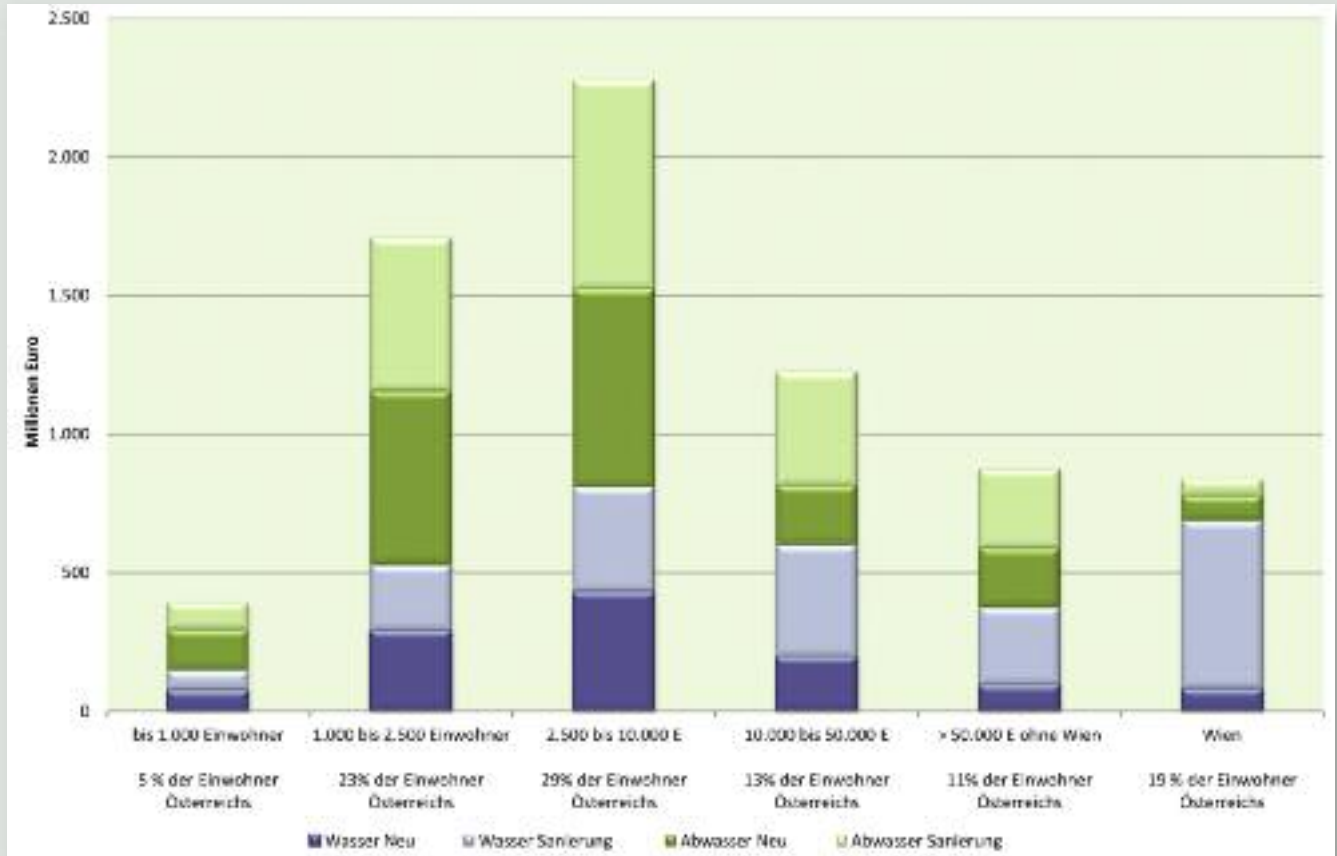


Abbildung 2: Verteilung des Investitionsbedarfs der nächsten zehn Jahre in die Siedlungswasserwirtschaft in Abhängigkeit der Gemeindegröße.

Grundwassers durch undichte Kanäle ganz zu schweigen.

Von der Landgemeinde bis zur Großstadt alle betroffen

Nachdem sauberes Trinkwasser und eine umweltfreundliche Abwasserentsorgung alle betrifft, ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass alle Gemeinden betroffen sind, wie in Abbildung 2 ersichtlich ist. Unterschiedlich ist freilich der Schwerpunkt für die kommenden Jahre. Steht in den kleineren Gemeinden noch einiges an Ersterschließungen an, so ist im städtischen Bereich bereits die Sanierung überwiegend.

Siedlungswasserwirtschaft als Konjunkturmotor

Die Investitionen in die Infrastruktur sind aber nicht nur „notwendiges Übel“, sondern generieren auch Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Gemäß WIFO ergeben sich neben den direkten Wirkungen in der Bauwirtschaft

auch wesentliche indirekte Wirkungen, sodass durch die Investition von einer Milliarde Euro in die Siedlungswasserwirtschaft ein deutlich höherer Bruttoproduktionswert induziert wird und überdies 12.000 bis 15.000 Beschäftigungsverhält-

Die öffentlichen Förderungen ermöglichten, dass in der Vergangenheit die Wasserver- und Abwasserentsorgungsinfrastruktur unter Vorschreibung sozial verträglicher Gebühren ausgebaut werden konnte.

nisse geschaffen werden. Im Gegensatz zu beispielsweise großen Straßen- und Bahnbauprojekten kommen Investitionen in die Siedlungswasserwirtschaft vor allem den lokalen kleinen Bauunternehmen in Österreich zugute.

Investitionsschub durch Förderung

Die öffentlichen Förderungen

ermöglichten, dass in der Vergangenheit die Wasserver- und Abwasserentsorgungsinfrastruktur unter Vorschreibung sozial verträglicher Gebühren ausgebaut werden konnte. Die Förderung ist in diesem Zusammenhang vor allem als Lenkungs- und Anreizsystem zu verstehen, welches sozialen Ausgleich ermöglicht und adäquate Qualitätsstandards setzt. Ein Aussetzen der Förderungen würde die große Gefahr bedeuten, dass notwendige Neubauten und insbesondere Sanierungs- bzw. Anpassungsmaßnahmen nur mehr eingeschränkt durchgeführt werden.

Damit verbunden wären ein Qualitätsverlust, sprunghaft steigende Gebühren und ein Rückgang in der auf diesem Gebiet tätigen Bauwirtschaft. Förderungen sollten daher gerade in konjunkturschwachen Zeiten neben ihrer Funktion als umweltpolitisches Lenkungsinstrument auch als „Turbolader“ zur Ankurbelung der Wirtschaft dienen.

Die aktuelle Diskussion um die Verschärfung der Umweltqualitätsnormen im Bereich der Wasserpolitik

15 zusätzliche Chemikalien sind zu viel des Guten?

„Das Prinzip aller Dinge ist das Wasser, aus Wasser ist alles und ins Wasser kehrt alles zurück.“ Ein alter Spruch mit ungebrochener Wahrheit. Vor allem die Frage nach dem Wie, also in welcher Qualität wir unser Wasser wollen, ist immer wieder aktuell. Eine Standortbestimmung.

Heidrun Maier

In Österreich sind wir dank günstiger hydrologischer Voraussetzungen in der luxuriösen Ausgangsposition, über mehr als genug Wasser in meist hervorragender Qualität zu verfügen. Die Infrastruktur zur Abwasserreinigung ist in unserem Land ebenso vergleichsweise modern. Dennoch gibt es auch bei uns Herausforderungen: beispielsweise regional erhöhte Nitrat-

In einem Vorschlag zur Aktualisierung der Richtlinie zu prioritären Stoffen im Bereich der Wasserpolitik beabsichtigt die Europäische Kommission, 15 zusätzliche Chemikalien (darunter Pflanzenschutzmittel, Biozide, Industriechemikalien und pharmazeutische Wirkstoffe) auf die Liste jener Stoffe zu setzen, die in den EU-Oberflächengewässern überwacht und kontrolliert werden.



und Pestizidbelastungen. Daneben haben geänderte Konsum- und Lebensgewohnheiten das Potenzial, sich negativ auf die Wasserqualität auszuwirken, man denke nur an Rückstände von Medikamenten. Außerdem verändern sich mit dem steigenden gesellschaftlichen Bewusstsein für Umwelt und Lebensqualität auch die Anforderungen an die Standards im Gewässerschutz.

Überarbeitung der geltenden Bestimmungen

Alle oben genannten Aspekte spiegeln sich in der aktuellen Diskussion auf europäischer Ebene wider. Bereits seit vielen Jahren ist Gewässerschutz kein rein nationales Thema mehr, und zwar durchaus berechtigt, macht Wasser doch auch nicht an nationalen Grenzen halt. Anfang dieses Jahres hat die Europäische Kommission einen Vorschlag zur Aktualisierung der Richtlinie zu prioritären Stoffen im Bereich der Wasserpolitik vorgelegt. Darin beabsichtigt sie 15 zusätzliche Chemikalien (darunter Pflanzenschutzmittel, Biozide, Industriechemikalien und pharmazeutische Wirkstoff-

Für sechs der 15 neuen prioritären Stoffe würde diese Einstufung ein schrittweises Emissionsverbot in Gewässern binnen 20 Jahren bedeuten.

fe) auf die Liste jener Stoffe zu setzen, die in den EU-Oberflächengewässern überwacht und kontrolliert werden. Diese 15 wurden in langwierigen wissenschaftlichen Untersuchungen im Hinblick auf Konzentration in

Oberflächengewässern, Gefährlichkeit, Herstellung und Verwendung festgelegt. Für sechs der 15 neuen prioritären Stoffe würde diese Einstufung ein schrittweises Emissionsverbot in Gewässern binnen 20 Jahren bedeuten. Über die tatsächliche Gefährlichkeit und Nachweisbarkeit der Stoffe gibt es trotz aller Wissenschaftlichkeit naturgemäß unterschiedliche Ansichten.

Kontroverse Diskussionen im Europäischen Parlament

Das Europäische Parlament hat sich im September mit dem Vorschlag der Europäischen Kommission beschäftigt. Federführend begrüßt der österreichische Berichterstatter im Umweltausschuss, Richard Seeber (EVP), den Vorschlag einer Listenerweiterung zwar grundsätzlich, mahnt aber einige Änderungen an. So sollen die neuen Bestimmungen nicht den aktuellen Pla-

Verantwortung und Kosten auf die Allgemeinheit – sprich auf kommunale Wasserversorger und Abwasserentsorger – abzuwälzen greift zu kurz.

nungszyklus der Wasserrahmenrichtlinie betreffen. Damit wäre sichergestellt, dass Gewässer, die bisher einen guten ökologischen Standard erreichen, nicht von heute auf morgen aufgrund neuer Gesetzeslage als gefährdet einzustufen sind.

Außerdem spricht sich Seeber für die Einführung der sogenannten „Watch-List“ aus. Auf dieser neuen Liste sollen Substanzen festgehalten werden, die potenziell schädlich und daher weiter zu untersuchen sind. Davon sind auch die vorgeschlagenen pharmazeutischen Substanzen betroffen. Damit würde den Mitgliedstaaten mehr Zeit bleiben, genauere Daten über Umweltauswirkungen und Menge der Stoffe zu sammeln. Insbesondere die kontroversen Debatten zum Thema pharmazeutischer Rückstände zei-



MMag. Heidrun Maier ist Geschäftsführerin des Verbandes für öffentliche Wirtschaft (VÖWG).

gen die Tragweite des Gewässerschutzes: einerseits neue Substanzen, die in ihrer Umweltschädlichkeit schwer zu beurteilen sind, andererseits die Frage nach den Kosten, denn schließlich wäre eine Aufnahme dieser Stoffe mit massivem Mehraufwand vor Ort verbunden. Aufgrund der schwierigen Gemengelage hat sich der Umweltausschuss mehr Zeit gegeben und die Abstimmung über den Bericht auf Ende November verschoben. Nach dem neuen Zeitplan ist eine Plenarabstimmung im Januar 2013 denkbar und eine Einigung in erster Lesung mit dem Ministerrat realistisch.

Verursacherprinzip als vorrangige Aufgabe

Die regelmäßige Überprüfung der Liste prioritärer Substanzen und eine Anpassung an den aktuellen Stand der Wissenschaft sind zweifellos notwendig. Allerdings muss die Abwägung zwischen Kosten und Nutzen bei der Festlegung neuer Stoffe genau nachvollziehbar sein. In diesem Sinne hat sich der Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs für zahlreiche Änderungen stark gemacht, die der Berichterstatter des Europäischen Parlaments nun anregt.

Insbesondere gilt es auch klarzumachen, dass Verschmutzungen vorrangig an deren Ursprung zu vermeiden oder wenigstens zu erfassen sind. Verantwortung und Kosten auf die Allgemeinheit – sprich auf kommunale Wasserversorger und Abwasserentsorger – abzuwälzen – greift sicher zu kurz. Eine Umsetzung des aus der europäischen Rechtsordnung klar hervorgehenden Verursacherprinzips ist unbedingt notwendig.

Dafür bedarf es einer breiten gesellschaftlichen Diskussion, die nicht nur auf Haushalte und KonsumentInnen abzielt, sondern auch Industrie und Landwirtschaft in ihrer Verantwortung als maßgebliche Verschmutzer stärker in die Pflicht nimmt.

Buch-Tipp

Wasserrechtsverfahren

Die Parteistellung des Fischereiberechtigten ...

Die Parteistellung des Fischereiberechtigten im Wasserrechtsverfahren erweist sich in Theorie und Praxis als äußerst interessante Fragestellung. Aus rechtswissenschaftlicher Sicht ist das Thema einer näheren Auseinandersetzung wert, da es sich beim Fischereirecht an sich um ein Privatrecht handelt, das aber im Verwaltungsrecht geregelt und durch subjektive öffentliche Rechte flankiert wird. Die vor-

liegende Arbeit beschäftigt sich daher neben dem Verwaltungsrecht notwendigerweise auch mit dem Zivilrecht.

Aus der Sicht der Praxis ist wiederum hervorzuheben, dass die Parteistellung des Fischereiberechtigten im Wasserrechtsverfahren de iure zwar eine beschränkte ist, de facto aber dem Fischereiberechtigten ein nicht zu unterschätzender Einfluss zukommt. Aus diesem Grund war es auch Ziel dieser Arbeit, die tatsächlichen Einflussmöglichkeiten des Fischereiberechtigten sowohl vom wissenschaftlichen als auch vom praktischen Standpunkt aus zu erörtern und Licht in dieses komplexe, facettenreiche Thema zu bringen.



Das Buch

Julia Juri, „Die Parteistellung des Fischereiberechtigten im Wasserrechtsverfahren“, Schriftenreihe für Öffentliches Recht und Politikwissenschaft Band 3, 170 Seiten, broschiert, Sep. 2011

ISBN: 978-3-7083-0779-4

Neuer Wissenschaftlicher Verlag GmbH Nfg KG
Argentinerstraße 42/6
A-1040 Wien

Tel.: 01/796 35 62-24

Fax: 01/796 35 62-25

E-Mail: office@nwv.at

Web: www.nwv.at

Jubiläum: Seit Oktober gibt es 1300 Post-Partner

Der Netzbau geht in das Finale

Das ehrgeizige Ziel, das sich die Österreichische Post für ihr Geschäftsstellennetz gesetzt hat, rückt immer näher: Seit Oktober gibt es mehr als 1300 Post Partner, dazu werden auch bereits mehr als 400 Filialen gemeinsam mit der BAWAG P.S.K. betrieben. Der Jubiläums-Post Partner mit der Nummer 1300 hat einen ganz besonderen Betreiber: „Jugend am Werk“ ist ein Sozialprojekt, das Jugendlichen hilft, neue Perspektiven und Chancen zu entwickeln. Eine Möglichkeit dafür werden die zwei Schalter der Post Partnerstelle in Graz, mitten im innovativen Messequartier sein. Gleichzeitig wird dadurch auch für Menschen mit Behinderung ein Arbeitsplatz geschaffen.



Arno Wohlfahrter, (Bereichsleiter Privatkunden-Vertrieb BAWAG P.S.K.), Byron Haynes (Generaldirektor BAWAG P.S.K.), Rudolf Zabrana (Bezirksvorsteher Stellvertreter, 1030 Wien), Dr. Georg Pözl (Generaldirektor Österreichische Post) und Walter Hitziger, Vorstandsdirektor der Post.

„Wir sind gleich doppelt stolz. Zum einen, weil wir mit diesem neuen Partner in Graz die 1300 Post Partner-Marke erreichen und zum anderen, weil es sich

dabei um einen ganz besonderen Partner handelt. Hier entstehen Arbeitsplätze mit Zukunft, die nicht nur die Post-Versorgung garantieren, sondern auch Integri-

on vorleben“, freut sich Post-Vorstandsdirektor DI Walter Hitziger, der auch über eine weitere Wegmarke in Richtung des neuen Geschäftsstellen-Netztes berichten kann: „Von den rund 500 gemeinsamen Standorten mit der BAWAG P.S.K., die wir betreiben wollen, haben wir bereits 400 umgesetzt. Damit werden wir in den nächsten Monaten den Filialnetz-Umbau abschließen.“ Zusätzlich zu den eigenbetrieblenen Standorten sollen dann künftig rund 1500 Post Partner das Netz vervollständigen.

Information

www.post.at

A1 Auftragsmanagement ermöglicht Rechtssicherheit

Winterdienst wird effizient

Die Straßen geräumt zu haben ist eine Sache. Das zu beweisen eine andere. Mit A1 Auftragsmanagement können Winterdienste ihre Leistungen zuverlässig dokumentieren. Daten von Mitarbeitern, Handys und bordspannungsversorgten GPS-Boxen können jederzeit abgerufen werden. Auch für eine eventuelle Beweisführung. A1 Auftragsmanagement ermöglicht effizientes Arbeiten. Mit der visuellen Darstellung von Gebieten und der Routenübersicht wird eine optimale Tourplanung gewährleistet. Mit der Option „Geofencing“ können Leistungen Kostenträgern zugeordnet werden. An Fahrzeugen besteht die Möglichkeit, sich, z. B. durch NFC-Karten, als Mitarbeiter anzu-



melden. Dadurch können Arbeitszeiten, Zulagen und Überstunden elektronisch verwaltet werden.

Information

Alle Infos bei der A1 Service-Line für öffentliche Einrichtungen
Tel.: **0800 664 828**
per E-Mail:
public.service@a1.net
oder auf: **A1.net/auftragsmanagement**

Der neue 1026R

Ein Traktor. Zahlreiche Anwendungen.

21.900,-*

*Angebot gültig bis 31.12.2012 für Kommunen, Gewerbe- und Industriebetriebe; Preis in Euro exkl. Ust



Snowfox-Edition

- 23,8 PS, 3-Zylinder-Dieselmotor
- Hydrostatischer Fahrtrieb
- Servolenkung

inkl. Komfortkabine, Rasenbereifung, Fronthydraulik, Schneeschild 140 cm, Schneeketten hinten und Spurketten vorne, Rauch Streuer SA 121R mit Rührwerk, Abdeckplane und mechanische Fernbedienung.



www.johndeere.at
Tel. +43 2782 83 222



Die Sicherheit lebt nicht vom Winterdienst allein. So ist es auch der motorisierte Mensch am Steuer, der in den meisten Situationen über Sicher-Sein oder Nicht-sicher-Sein entscheidet. „Wie auf rohen Eiern“ soll der winterliche Fahrstil bei Bedarf erfolgen.

Kommunaler Winterdienst schafft nur die Grundlagen

Sicher durch die weiße Winterlandschaft

Der Winter steht vor der Tür. Jetzt sind vernunftbetontes Fahrverhalten und einsatzstarke Helfer gefragt. Die wichtigsten Tipps & Infos in Sachen Straßenwinterdienst liefert das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV).

Othmar Thann

Alle Jahre wieder ist er sehr gefragt: der Straßenwinterdienst unserer Gemeinden, der sich bei Tag und Nacht durch Schnee und Sturm kämpft, um uns allen rund um die Uhr optimale Geh- und Fahrbedingungen zu schaffen. Fest steht jedoch: Die Sicherheit lebt nicht vom Winterdienst allein.

Unfälle lassen zu Winterbeginn nicht auf sich warten

Wenn wir auf Schnee und Eis per pedes unterwegs sind, greifen wir wohl eher zu griffig be-

sohlten Stiefeln als zu rutschigen Sandalen und achten ganz besonders auf die Qualität des nächsten Schrittes. So ist es auch der motorisierte Mensch

Wenn wir auf Schnee und Eis per pedes unterwegs sind, greifen wir wohl eher zu griffig besohlenen Stiefeln als zu rutschigen Sandalen.

am Steuer, der in den meisten Situationen über Sicher-Sein oder Nicht-sicher-Sein entscheidet. „Wie auf rohen Eiern“ soll der winterliche Fahrstil bei Bedarf erfolgen, und das Gefährt muss winterfit und gut gerüstet sein (Stichwort Winterreifen-

Winterdienst vom Qualitätsführer

Mit dem Maschinenring sicher durch den Winter

Der Maschinenring betreut österreichweit mehr als 12.000 Kunden im Bereich Winterdienst, unter ihnen rund 1200 Gemeinden. Der Qualitätsführer deckt alle Aufgaben von Schneeräumung biskehrung ab und übernimmt die Haftung für alle durchgeführten Arbeiten.

Als Anfang 2012 innerhalb kurzer Zeit großen Mengen Neuschnee fielen, war Österreich vielerorts im Ausnahmezustand. Robert Tagwercher, Bürgermeister von Radstadt in Salzburg, erinnert sich: „Wir hatten rund um die Uhr Winterdienst zu leisten, wobei wir auch sehr viele Dächer abschaufeln lassen mussten.“ Hilfe holte sich die Gemeinde vom regionalen Maschinenring, der rasch mit zusätzlich mobilisierten Arbeitskräften zur Stelle war.

500.000 Stunden gegen Schnee und Eis

Radstadt ist eine von 90 Gemeinden in Salzburg, die den Winterdienst zur Gänze oder zum Teil an den Maschinenring ausgelagert haben. Insgesamt waren die Profis vom Land in Salzburg im vergangenen Winter 70.000 Stunden im Einsatz. Beeindruckend auch die Zahlen aus Oberösterreich: In der Saison 2011/2012 rückten die 1087 Maschinenring-Dienstleister 168.000 mal gegen Schnee und Eis aus, 265 Gemeinden setzen hier im Winterdienst auch oder ausschließlich auf die Schlagkraft des Maschinenrings. In Summe war der Maschinen-



Mit den Arbeitskräften vom Maschinenring sind Schneeräumfahrzeuge im Bedarfsfall auch 24 Stunden im Einsatz.

ring im vergangenen Winter in ganz Österreich mehr als 500.000 Stunden im Winterdienst-Einsatz. „Mit insgesamt 89 Maschinenring-Büros in ganz Österreich können wir sicherstellen, dass unsere Leute schnell vor Ort sind und die Gegebenheiten kennen. Unsere Profis sorgen neben Schneeräumung, Streuung, Zwischen- und Endkehrung und auch für das Aufstellen von Warnhinweisen, kontrollieren die Eiszapfenbildung an Dächern kommunaler Gebäude und sind an sieben Tagen der Woche je 24 Stunden einsatzbereit“, betont Maschinenring-Bundesgeschäftsführer Matthias Thaler.

Keine Probleme bei Haftungsfragen

Mit mehr als 12.000 Kunden und rund 15.000 betreuten Objekten insgesamt zählt der Maschinenring zu den Top-Anbietern am heimischen Winterdienstmarkt. Rund 1200 Gemeinden haben ihren Winterdienst vollständig oder teilweise an den Maschinenring ausgelagert. Das Leistungsspektrum

deckt alle Aufgaben im Bereich Winterdienst ab, der Maschinenring übernimmt die Haftung für alle durchgeführten Arbeiten. In welchem Ausmaß eine Gemeinde den Winterdienst auslagert, hängt von ihrem jeweiligen Bedarf und den gemeindeeigenen Rahmenbedingungen ab. So kann sie etwa einzelne Straßenzüge oder bestimmte Aufgaben an den Maschinenring vergeben. Die Winterdienst-Spezialisten vom Maschinenring bringen die Maschinen selbst mit, für Gemeinden entfallen somit Anschaffungs- und Erhaltungskosten. Gemeinden, die zwar über das nötige Arbeitsgerät verfügen, aber Personal benötigen, um bei starken Schneefällen den Dauerbetrieb garantieren zu können, greift die Maschinenring Personal eGen unter die Arme. Deren Mitarbeiter sorgen im Rahmen der Arbeitskräfteüberlassung dafür, dass gemeindeeigene Schneefräsen und -pflüge im Bedarfsfall auch 24 Stunden für die Bürger im Einsatz sind.

Information

www.maschinenring.at

pflicht: 1. November bis 15. April bei winterlichen Fahrbahnverhältnissen).

Die richtigen Winterreifen

Beim Kauf von Winterreifen sollte man unbedingt auf das Schneeflocken-Symbol achten. Denn für die bekannte Kennzeichnung M+S (Matsch und Schnee) gibt es in Österreich keine einheitliche Definition oder ein Testverfahren. Das Schneeflocken-Symbol hingegen kennzeichnet Reifen, die einem standardisiertem Verfahren standhalten (Traktionstest). Es gilt jedoch auch die Profiltiefe zu beachten – nur Reifen mit einer Profiltiefe von mindestens vier Millimetern gelten als Winterreifen. Neuwertige Winterreifen haben, je nach Modell, eine Profiltiefe von acht bis zehn Millimetern.

Schneefahrbahn: Halbe Geschwindigkeit, doppelter Sicherheitsabstand

Neben der entsprechenden Winterausrüstung muss auch die eigene Fahrweise an die Fahrbahnverhältnisse angepasst werden. Abrupte Bewegungen des Fahrzeugs wie schnelles Lenken oder starkes Bremsen sollten vermieden werden. Auf Schneefahrbahnen gilt es, die Geschwindigkeit zu halbieren und den Sicherheitsabstand zu verdoppeln im Vergleich zu trockener Fahrbahn, auf Eis sollte die Geschwindigkeit auf ein Viertel zurückgenommen und der Abstand zum Vordermann verdreifacht werden. Der Anhal-

Foto: iStock/olito



Das Schneeflocken-Symbol kennzeichnet Reifen, die einem standardisiertem Verfahren standhalten (Traktionstest). Es gilt jedoch auch die Profiltiefe zu beachten – es müssen mindestens vier Millimeter sein.

teweg verlängert sich bei Schnee auf das Vierfache, bei Glatteis mindestens um das Zehnfache.

Im Winter gibt es weniger Unfälle als im Sommer

Den Verkehrssicherheitsexperten sind kalte Winter lieber als heiße Sommer. Denn die Unfallstatistik zeigt: In der kalten Jahreszeit gibt es zumeist mehr verbeultes Blech als menschliches Leid zu beklagen, während heiße Tage und laue Nächte zur Jahresmitte ein viel höheres Risiko bergen: Nur rund 33 Prozent aller Unfälle mit Personenschaden auf Österreichs Straßen ereignen sich in den Monaten November bis März.

Der Hauptgrund für dieses statistische Ungleichgewicht: In einer lauschigen Juninacht wird das Gaspedal für gewöhnlich fester durchgetreten als an einem schneereichen Jännertag. Ein Grund mehr für den vergleichsweise sicheren Winter:

Nur rund 33 Prozent aller Unfälle mit Personenschaden auf Österreichs Straßen ereignen sich in den Monaten November bis März.

die nahezu völlige Absenz der besonders gefährdeten einspurigen Verkehrsteilnehmer (Motorrad-, Moped- und Radfahrer) auf winterlichen Straßen. Ein Blick in Richtung Norden zeigt: In Skandinavien werden die naturgemäß größeren und beständigeren Schneemengen meist nicht geräumt, sondern nur gewalzt – ganz ohne Streuung. Elch & Co. sind froh darüber. Sicherheit beginnt eben im Kopf: Angepasstes Tempo und

Winterdienst ist Vertrauenssache



Neu: Mit fahrgeschwindigkeitsabhängiger Regelung.



AMAZONE-Winterdienst: Stabil, präzise und zuverlässig!



AMAZONE

Leopold Eder
Tel. 0664/425 67 30
leopold.eder@amazone.de
www.amazone.at

Albrecht Schiefer
Tel.: 0171/6277199
albrecht.schiefer@amazone.de

optimale Ausrüstung des Fahrzeugs sind etwa in schwedischen Gefilden Selbstverständlichkeit.

Perfekter Winterdienst: Gut gerüstet mit Know-how vom KfV!

Fest steht auch in unseren Breiten: Der nächste Winter kommt bestimmt. Den genauen Zeitpunkt des ersten Schneefalls oder gefährlicher Glatteisbildung muss das Team eines Top-Winterdienstes bereits weit im Voraus kennen, um rechtzeitig – mit geeigneten Maßnahmen und entsprechenden Mitteln – einsatzbereit zu sein. Konsequente Zusammenarbeit mit den

Meteorologen unseres Alpenlandes ist daher ein absolutes Muss.

Alles rund ums Recht: Die Einhaltung der gesetzlichen Richtlinien und umfassendes Wissen um haftungsrechtliche Bestimmungen sind Pflichtprogramm. Ob Salz, Splitt oder Nullstreuung – die Wahl der richtigen Mittel ist entscheidend. Sicherheit, Wirtschaftlichkeit, Umweltschutz – allen drei Aspekten muss der Winterdienst gerecht werden.

Tipps für eine sichere Fahrt durch schneebedeckte Landschaften

- ▶ Die Winterreifenpflicht beginnt mit 1. November.
- ▶ Achten Sie beim Kauf von Winterreifen auf das Schneeflocken-Symbol.
- ▶ Befreien Sie vor Beginn jeder Fahrt das Fahrzeug von Eis und Schnee.
- ▶ Passen Sie die Fahrgeschwindigkeit immer an die Wetterbedingungen an.

- ▶ Fahren Sie vorausschauend und machen Sie keine ruckartigen Fahrbewegungen.
- ▶ Halten Sie ausreichend Sicherheitsabstand.

Was Sie schon immer über perfekten Winterdienst wissen wollten, erfahren Sie in den kompakten Praxisseminaren des KfV (Kuratoriums für Verkehrssicherheit). Holen Sie sich das Know-how der Profis und punkten Sie mit Kompetenz! Mehr können Sie für die Wintersicherheit auf Österreichs Straßen nicht tun.

Kontakt & Infos

KfV (Kuratorium für Verkehrssicherheit)
Iris Badura
Tel.: 05 77 0 77-2821
E-Mail: seminare@kfv.at
Web: www.kfv.at



Dr. Othmar Thann
ist Direktor des
Kuratoriums für
Verkehrssicherheit

Foto: iStock/Lya_Cattel

Euro5+EEV ohne AdBlue®.
Autorisiert von der Bundesbeschaffung GmbH (BBG).

KONSEQUENT EFFIZIENT 



Der MAN TGM im Winterdienst.
Einer für alles.

Made in Austria-Nutzfahrzeuge: Ob Winterdienst, Müllabfuhr oder Kanalreinigung - mit österreichischem Know-how leise, sauber, zuverlässig und wirtschaftlich auch im schwersten Einsatz. Erfüllen Euro5 und EEV ohne Zusätze.

Wichtig für Sie: MAN ist mit vielen Fahrzeugvarianten und Aufbauten bei der Bundesbeschaffung GmbH (BBG) gelistet - dies ermöglicht öffentlichen Bedarfsträgern mit der Rechtssicherheit der BBG einsatzfertige Fahrzeuge abzurufen.

Informieren Sie sich bei Ihrem MAN-Partner oder unter www.mantruckandbus.at

**MADE IN
AUSTRIA**

Engineering the Future –
since 1758.

MAN Truck & Bus



Made in Korea – Zuverlässig, stark und schonend für das Budget!

KIOTI – der neue Leitwolf im Winterdienst

Kommunen setzen auf einfache Schneeräumung und bequemes Streuen der Verkehrsflächen mit Hilfe exklusiver Winterdienstgeräte. Da darf natürlich der richtige Wintertraktor nicht fehlen: KIOTI, der neue Leitwolf im Winterdienst!

Die Nummer 1

KIOTI ist die Nummer 1 im Kompakttraktorenbereich in Korea und hat das klare Ziel, Weltmarktführer zu werden! In Österreich wird KIOTI seit 2005 durch die Firma Prochaska als Generalimporteur vertreten. Bereits rund 450 zufriedene Kunden schwören auf den KIOTI Traktor, was durch Referenzen und Absatzzahlen bestärkt wird.



KIOTI ist perfekt für den Winterdienst geeignet.

Der Profi im Winterdienst!

Zu dem gewohnt leistungsstarken KIOTI DUO CK22 und CK35 gesellt sich seit diesem Jahr der brandneue KIOTI CS2610. Dieser be-

sticht durch seinen 26 PS starken Dieselmotor, sein serienmäßiges Mittelachsmähwerk sowie seine geringe Breite von nur 127 cm, (mit Winter-Sonderausstattung schmal 118 cm), was ihn für schmale Wege und

Durchfahrten auszeichnet. Ein umfangreiches Anbaugeräteprogramm renommierter Hersteller rundet das KIOTI Sortiment ab. Das gut ausgebaute Händlernetz gewährleistet eine ausgezeichnete Ersatzteilversorgung sowie einen raschen Service. Mit zwei Jahren Vollgarantie auch im professionellen, kommerziellen Einsatz steht KIOTI an der Spitze und beweist höchste Qualität.

Information

Prochaska Handels GmbH
Pilzgasse 31, 1210 Wien
Händler-Info:
Tel.: 1 278 51 00 550
www.prochaska.eu

E.F.



Qualität mit Führungsanspruch!

Der neue Leitwolf im Winterdienst!

Winterdiensttraktor CS2610 Allrad 26 PS Diesel

Inklusive:

- ALLRAD 4WD mit Differentialsperre zuschaltbar – im Gelände oder auf rutschigem Untergrund
- Bequemer 2-Stufen Hydrostat kein lästiges Schalten – bequeme Steuerung über zwei stufenlose Fußpedale
- Massives Schneeschild 140 cm inkl. Kuppeldreieck sowie hydraulischer Schwenkung und Aushebung
- Tellerstreuer mit 145 Liter bzw. ca. 200 kg Fassungsvermögen
- Servolenkung
- Deluxe Fahrerkabine mit Heizung
- Universalbereifung
- Kennzeichentypisierung

SONDERPREIS!
AB € 23.268,-
inkl. MwSt.!

NEU!

0% DRITTEL-FINANZIERUNG*

1/3 ANZAHLUNG

1/3 NACH 12 MONATEN

1/3 NACH 24 MONATEN

*Gültig bis Ende Oktober 2012.

Wir empfehlen Ihnen gerne einen Händler vor Ort! +43 (1) 278 51 00 550 | www.prochaska.eu

PROCHASKA

Statistik Austria: 9,4 Millionen Einwohner im Jahr 2060

Bis 2060 wird Österreich alt und immer älter

ÖSTERREICH
Im Jahre 2060 wird Österreich 9,4 Millionen Einwohner haben, das besagt eine aktuelle Prognose der Statistik Austria. Die Tendenz in der Altersverteilung verschiebt sich weiterhin deutlich Richtung ältere Menschen. Dies liegt vor allem daran, dass die „Baby Boom-Generation“ ins Pensionsalter kommt. Der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter, 20 bis 65 Jahre, sinkt im Gegenzug. Diese Entwicklung wird hohe Anforderungen an die Bevölkerung stellen.



Österreich wird laut Statistik Austria im Jahr 2060 9,4 Millionen Einwohner haben. Eine Belastung für das Pensionssystem ist, dass es weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter geben wird.

So muss etwa die Innovationsfähigkeit der Menschen durch lebenslanges Lernen und Weiterbildung erhalten werden. Eine Abschwä-

chung der Überalterung ist de facto nur durch Einwanderung junger Menschen möglich. Während heute die Gesamtbevölkerung im Schnitt 42 Jahre alt ist, liegt das Durchschnittsalter bei

Zuwanderern bei 23 Jahren. Ein leichter Anstieg wird auch bei der Geburtenrate prognostiziert, von 1,43 Kindern pro Frau (2011) auf 1,55 im Jahre 2060.



Biobetriebe: Verdoppelung bis 2020 angepeilt

Ländle wird zum Ökoland

DORNBIRN
Vorarlberg will bis 2020 zum Ökoland werden. Die Strategie basiert auf den vier Säulen Bildung und soziale Verantwortung, Wertschöpfung, Umwelt und Tierwohl sowie Kulturlandschaft, so Agrarlandesrat Erich Schwärzler bei der Präsentation der Vorhaben in Dornbirn. Bis 2020 soll sich der Anteil der Biobetriebe von bislang

16 Prozent auf 32 Prozent verdoppeln. Einen Zwang zur Umstellung soll es nicht geben. Laut Schwärzler kann sich Vorarlberg auch deshalb nur „Ökoland“ und nicht „Bioland“ nennen, weil hierfür der Großteil der landwirtschaftlichen Betriebe Biobetriebe sein müssten. Vorarlberg hat sich außerdem vorgenommen, das „Tierschutzland Nummer eins“ zu werden.

Bundesfeuerwehrtag 2012: Schnell, schneller, Freiwillige Feuerwehr

LUDESCH/ST. MARTIN IM MÜHLKREIS
Die Freiwilligen Feuerwehren aus Ludesch, Vorarlberg, und St. Martin im Mühlkreis, Oberösterreich, wurden beim Bundesfeuerwehrtag als schnellste Feuerwehren Österreichs aus-

gezeichnet. Ludesch gewann in der „Silber A-Klasse“, bei der ein Löschangriff aufgebaut werden sollte, für den die Aufgaben ausgelöst wurden. St. Martin gewann in der „Bronze A-Klasse“, wo die Aufgaben vorab feststanden.

Ohne Brechstange: Regionen nicht zur Fusion zwingen Bezirksreform auf Wunschliste

GRAZ
In der Steiermark bleibt kein Stein auf dem anderen. Während die ersten Gemeindefusionen bereits abgemacht sind, schwebt Landeshauptmann Franz Voves nach wie vor auch eine Reform der Bezirksebene vor. Sieben Regionen soll es geben, die Fusion der Bezirke

Weiz und Hartberg könnte bereits vor 2015 über die Bühne gehen. Dabei will Voves jedoch nicht mit der Brechstange vorgehen. Die Ökoregion Kaindorf, die sich gegen eine Zusammenlegung mit anderen Bezirken sperrte, könnte somit nicht zur Fusion gezwungen werden.

Raumordnung

Schluss mit „Komposthaufendenken“

VÖCKLABRUCK

Hausbesitzer platzieren ihre Komposthaufen gerne an den Grundstücksgrenzen, egal ob der Nachbar damit einverstanden ist oder nicht. Auch Gemeinden siedeln Gewerbegebiete, verkehrsintensive Infrastruktur oder Abfallentsorgung an den Gemeindegrenzen. Dieses „Komposthaufendenken“ kann zu Raumordnungskonflikten zwischen den Gemeinden führen.

Im Bezirk Vöcklabruck denken Gemeinden nun über ihre eigenen Grenzen hinaus. Kommunen im Raum Schwane Stadt stimmen



Eine gemeinsame Raumplanung soll dazu führen, dass die Gemeinden an einem Strang ziehen.

sich in Raumordnungsfragen untereinander ab. Sie entscheiden gemeinsam, wo die besten Wohngegenden sind und welche Gebiete sich infrastrukturell für Gewerbe und Betriebe eignen. Das Regionalmanagement will nun die Kommunen im Bezirk Gmunden – Gmunden, Altmünster, Pinsdorf, Ohlsdorf, Laakirchen,

Gschwandt, Kirchham und Vorchdorf – ebenfalls ins Boot holen. Als finanziellen Anreiz übernimmt die Landesregierung 75 Prozent der entstehenden Kosten. Gemeindekooperationen in der Raumordnung werden in Oberösterreich nun auf freiwilliger Basis umgesetzt, sollen aber schon bald Normalität sein.

Stromsparwettbewerb

Effizienz spart Strom und Geld

ST. PÖLTEN

Der Stromsparwettbewerb in Niederösterreich ist abgeschlossen. 229 Familien haben ein Jahr lang ihren Stromverbrauch unter die Lupe genommen. Das Ergebnis: Im Schnitt konnten 160 Euro pro Haushalt gespart werden. Gewonnen hat eine Familie aus Hollenstein an der Ybbs. Während ein Vier-Personen-Haushalt auf 860 Euro Stromkosten im Jahr kommt, verbrauchen die Sieger rund 300 Euro. Das Erfolgsrezept ist ein Mix aus effizienten Geräten und gutem Nutzungsverhalten.

Elternhaltestelle für mehr Sicherheit am Schulweg

„Kiss and go“ am sicheren Schulweg

HENNDORF

Kinder sind auf dem Schulweg großen Gefahren ausgesetzt. Besonders gefährlich ist, dass Schulbusse und viele Eltern in kurzer Zeit direkt vor der Schule halten. Das Salzburger Hennendorf hat nun eine Elternhal-

testelle eingerichtet, die fünf Minuten von der Schule entfernt ist. Das Motto lautet „Kiss and go“. Kinder werden von Betreuern auf diesem sicheren Schulweg betreut und machen außerdem noch Bewegung.

Meilenstein bei gesundheitsfördernden Aktivitäten

50 Mal „Gesunde Gemeinden“

ST. GEORGEN I. LAVANTTAL

St. Georgen ist die 50. „Gesunde Gemeinde“ in Kärnten. Mit diesem Titel werden jene Gemeinden ausgezeichnet, die über Jahre nachhaltige und gesundheitsfördernde Aktivitäten umsetzen.

„Den Anfang machte die Gemeinde Reißeck im Jahr 2006. Sie war die erste, die die vorgeschriebenen Kriterien erfüllte und die ‚Gesunde Gemeinde‘-Tafel verliehen bekam“, so LH-Stv. Peter Kaiser.

MODERNER
STAAT

16. Fachmesse und Kongress
Strategie und Best Practices
für IT, Personal und Finanzen

Innovative Produkte und Lösungen für
österreichische Kommunen bietet Ihnen
MODERNER STAAT.

Was führende Köpfe bewegt.

6. – 7. November 2012, Messegelände Berlin

www.moderner-staat.com

Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen im Burgenland

Insgesamt leichte Verluste für Großparteien

Leichte Verluste haben die beiden Großparteien bei den Gemeinderatswahlen im Burgenland zu verzeichnen. Davon profitiert haben die Kleinparteien. In 13 Gemeinden kommt es zu Stichwahlen.

Nach der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl vom 7. Oktober stellt die SPÖ nun 81 Bürgermeister (bisher 88), die ÖVP 72 (bisher 78), fünf Bürgermeister gehen wie schon bisher an Namenslisten. Die SPÖ kam laut dem vorläufigen Endergebnis inklusive Briefwahl und Wahlkarten landesweit 46,2 Prozent (minus 2,1 Prozentpunkte), die ÖVP kam auf 42,1 (minus 1,5 Prozentpunkte).

Für die FPÖ votierten vier Prozent (plus 1,1 Prozentpunkte), die Grünen kamen auf 1,8 (plus 0,4 Prozentpunkte), für die Liste Burgenland (LBL) stimmten 1,6 Prozent (minus 0,24 Prozentpunkte). Sonstige Listen erreichten 4,2 Prozent (plus 1,11 Prozentpunkte). Die Wahlbeteiligung beim Urnengang lag mit 82,49 Prozent minimal unter jener der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl 2007 (82,91 Prozent).

In insgesamt 13 Gemeinden verfehlten Bürgermeisterkandidaten die notwendige absolute Mehrheit und müssen sich deshalb am 4. November einer Stichwahl stellen. In elf Gemeinden müssen – nach derzeitigem Stand – Ortschefs ohne Mehrheit im Gemeinderat regieren.

Knapp, aber doch verteidigt hat die ÖVP in Eisenstadt die absolute Mehrheit. Sie erhielt 50,2 Prozent der Stimmen, auf die SPÖ entfielen 28,4 Prozent. Die Freiheitlichen kamen auf 7,5 Prozent, die Grünen auf 12,2. Im Rennen um den Stadtchef setzte sich der amtierende VP-Bürgermeister Thomas Steiner mit 53,5 Prozent durch.

Güssing wird rot

Zu einer Sensation kam es dagegen in Güssing. Dort hat die ÖVP sowohl den Bürgermeister als auch die Mehrheit im Gemeinderat verloren. Landeshauptmann Hans Niessl freute sich besonders über das Abschneiden in Güssing, Heiligenkreuz und Stadtschläining, wo das Ergebnis der Bürgermeister- und Gemeinderatswahl 2007 zugunsten der Sozialdemokraten gedreht wurde. Allerdings schmerzte „jedes Mandat, das wir verlieren“.

Der Verlust von Gemeinden tat auch LHStv. Franz Steindl weh. Gemessen am Gesamtergebnis habe die ÖVP aber „deutlich weniger verloren“ als andere, so der Landeshauptmannstellvertreter.

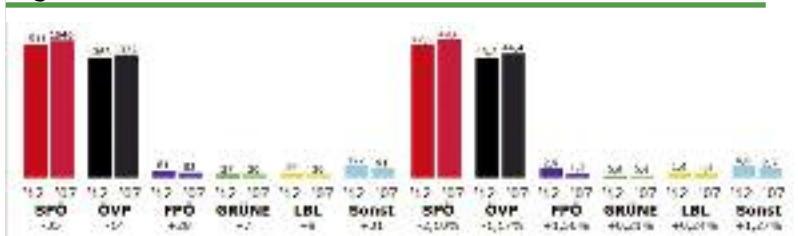
In Oberwart kommt es wie in 12 anderen Gemeinden zu einer Stichwahl. Der amtierende Stadtchef Gerhard Pongracz (SPÖ) muss dabei gegen Georg Rosner (ÖVP) antreten, im Gemeinderat hat die SPÖ die Mehrheit verloren. In Großhöflein findet das Match ohne Volkspartei statt. In den anderen zwölf Gemeinden lebe die Chance für die ÖVP, so Steindl in einer Stellungnahme.

Und das sagen die Präsidenten

Ernst Schmid, Präsident des burgenländischen Gemeindevertreterverbandes der SPÖ, will vor den Stichwahlen keine Bilanz ziehen. In insgesamt 13 burgenländischen Gemeinden – darunter die Bezirksstadt Oberwart – wird der Bürgermeister am 4. November mittels Stichwahl ermittelt. Schmid: „Wir müssen den Ausgang dieser Stichwahlen abwarten, weil ja die SPÖ in 12 von 13 Stichwahlen vertreten ist. Dann wird sich zeigen, wie wir als SPÖ insgesamt bei der Bürgermeisterwahl abgeschnitten haben.“

Klar ist, so Schmid weiter, dass die SPÖ bei der Gemeinderatswahl die klare Nummer 1 geblieben ist, denn das Mandatsverhältnis von 1511 SPÖ zu 1363 ÖVP spricht eine klare Sprache. Schmid ist – angesichts der geänderten Umstände in seiner Gemeinde – zufrieden, dass er den Bürgermeister in seiner Gemeinde ohne Stichwahl erringen konnte und dass die SPÖ in Oggau stärkste Partei geblieben ist. Schmid: „Wir haben leider um 38 Stimmen die absolute Mehrheit im Gemeinderat verfehlt, aber wir hatten schon einmal eine Periode ohne Absolute. Das ist nichts Besonderes, die

Ergebnis nach Mandaten



Grafik: <http://wahl.bgd.gv.at/wahlen/>

Wir hatten schon einmal eine Periode ohne Absolute. Das ist nichts Besonderes, die Gespräche sind intensiver und man muss sich seine Mehrheiten suchen.



Ernst Schmid, Präsident des bgld. Gemeindevertreterverbandes, SP

Gespräche sind intensiver und man muss sich seine Mehrheiten eben suchen.“

Leo Radakovits, Chef des Burgenländischen Gemeindebundes, zeigt sich ebenfalls mit dem Ausgang der Wahl zufrieden. Wenngleich er einschränkt, „mehr könnte es immer sein“. Aber, so Radakovits, sind die Verluste der VP mit 14 Mandaten weniger (1363 statt 1377 aus dem Jahr 2007) deutlich geringer als jene der SP mit minus 35 Mandaten. Auf die Bürgermeister-Direktwahl angesprochen, meint Radakovits, dass man „natürlich die Stichwahlen abwarten muss“. Die VP tritt – wie die SP – in 12 von 13 Gemeinden an. „In acht von diesen Gemeinden liegt die ÖVP vorne, was die ersten Ergebnisse betrifft. Hier schaut es für die ÖVP sehr gut aus.“ Vor allem in Oberwart macht sich die Volkspartei Hoffnungen, die Stadt nach 2002 (der Abgang von Michael Racz brachte damals auch den Verlust des Bürgermeisters) wieder zurückzuerobern. „Das Ergebnis von Güssing schmerzt klarerweise“, so Radakovits, „aber das war einfach nicht vorhersehbar. Da muss man sich noch anschauen, was passiert ist. Der Bezirk Güssing ist aber immer noch schwarz dominiert.“

In seiner Gemeinde Güttenbach muss Radakovits zwar Verluste – allerdings ausgehend von einem sehr hohem Niveau – einstecken, aber sowohl Partei als auch Bürgermeister konnte er mit 65 Prozent der Stimmen klar abgesehen.



In acht der Stichwahl-Gemeinden liegt die ÖVP vorne, was die ersten Ergebnisse betrifft. Hier schaut es für die ÖVP sehr gut aus.

Leo Radakovits, Präsident des Burgenländischen Gemeindebundes

Niederösterreich: Krems hat gewählt ÖVP verliert Mehrheit – Rinke geht

Zeitgleich mit der Wahl im Burgenland gab es auch im niederösterreichischen Krems Gemeinderatswahl. Und nach vielen Jahrzehnten hat die ÖVP in Krems die Stimmenmehrheit im Gemeinderat an die SPÖ verloren. Bürgermeisterin Ingeborg Rinke hat noch am Wahlabend ihren Rückzug angekündigt, die SPÖ erhebt nun Anspruch auf das Bürgermeisteramt.

Die ÖVP unter Rinke verlor 10,1 Prozentpunkte gegenüber 2007. Die Partei erhielt 36,2 Prozent der Stimmen. Die SPÖ bekam etwa gleich viele Stimmen wie vor sieben Jahren (37,9 Prozent).

Auffällig ist, dass Kleinparteien, wie die Liste unabhängiger Bürger Krems (UBK), deutlich an Stimmen dazugewannen (plus 2,7 Prozentpunkte). Ein Plus erzielten auch die KLS, die FPÖ und die Grünen.

Krems war seit 1955 bei elf Wahlgängen in der Hand der ÖVP. Bis zu diesem Sonntag hatte die SPÖ nur 1950 die Mandatsmehrheit in der Stadt. Die Wahlbeteiligung ist weiter gesunken. Betrug sie vor fünf Jahren 65,99 Prozent, waren es diesmal 62,63 Prozent der 23.060 Wahlberechtigten, die ihr Stimmrecht ausübten – mehr dazu in Duell um das Kremser Rathaus.

In einer ersten Reaktion sprach Rinke von einem herben Schlag und bot ihren Rücktritt an. „Wir sind in den fünf Jahren einen harten Sparkurs gefahren. Es ist uns nicht gelungen, der Bevölkerung nahezubringen, dass wir die Schulden reduziert haben. Es haben auch die Oppositionsparteien nicht so wirklich mitgearbeitet“, so Rinke.

Vizebürgermeister Reinhard

Resch, Spitzenkandidat der SPÖ, sprach von einem historischen Ergebnis. Ob er Bürgermeister werde, das hänge jetzt vom Ergebnis ab, so Resch. „Ich bin angetreten um die Stadt zu führen und ich werde versuchen, einen großen und breiten Konsens und eine Basis zu stellen. Wir brauchen eine gute Zusammenarbeit, um die Probleme der Stadt zu lösen.“

Plus für FPÖ, Grüne und Kleinparteien

Die FPÖ kam auf acht Prozent der Stimmen. „Wichtig ist, dass wir dazugewonnen haben. Welche Rolle wir in Zukunft spielen werden, das werden Verhandlungen zeigen“, so Walter Rosenkranz. Die Grünen konnten noch nicht sagen, ob sie einen SPÖ-Bürgermeister unterstützen.



Foto: ÖVP Krems

Inge Rinke

„Es kommt darauf an, wie die Ergebnisse aussehen“, sagte die grüne Spitzenkandidatin Sandra Mayer. Die UBK bekam fünf Prozent der Wählerstimmen. „Die Bürger und Bürgerinnen haben gezeigt, dass sie mit der derzeitigen Regierung nicht einverstanden sind. Wir freuen uns irrsinnig, dass wir in den Gemeinderat einziehen können“, sagte Adolf Krumbholz, der Spitzenkandidat der UBK. Wolfgang Mahrer, Spitzenkandidat der Kommunisten: „Ich kann niemanden blind unterstützen, ich muss erst wissen, was dieser Mann oder diese Frau machen wird. Wir haben fünf Jahre intensive Aufklärung über die Kremser Politik und ihre Hintergründe gemacht und ich bin glücklich darüber, dass wir so viele Stimmen bekommen haben.“

Zentrales Personenstands- und Staatsbürgerschaftsregister

Mehr als 40 Millionen Datensätze sind betroffen

Ab April 2013 wird ein Zentrales Personenstandsregister die Personenstandsbücher in der bisherigen Form ablösen. Neben diesem soll auch ein Zentrales Staatsbürgerschaftsregister für mehr Effizienz und Bürgernähe sorgen.

Bernhard Haubenberger

Informationen über die Geburt, die Ehe und den Tod, die zentralen Informationen über einen Menschen, werden derzeit von jedem Standesamt lokal verwaltet. Neben den lokal geführten Personenstandsbüchern werden eigene Staatsbürgerschaftsevidenzen in den Gemeinden geführt. Ab 1. April 2013 werden diese lokalen Lösungen durch zwei zentrale Register, das Zentrale Personenstandsregister (ZPR) und das Zentrale Staatsbürgerschaftsregister (ZSR), ersetzt. Die rechtlichen Grundlagen, im Wesentlichen das neue Personenstandsgesetz sowie eine Novelle des Staatsbürgerschaftsgesetzes, werden derzeit parlamentarisch behandelt und sollten demnächst einer Beschlussfassung unterzogen werden. Abgesehen von den gesetzlichen Vorkehrungen wird derzeit intensiv an der technischen Umsetzung, so insbesondere an der Programmierung der für

Damit die Register von Beginn an sinnvoll und effizient genutzt werden können, ist es notwendig, dass möglichst rasch elektronisch bestehende Datenbestände in die Register überspielt werden.

diese Register notwendigen Software, gearbeitet.

Logistische Herausforderung

Da ab 1. April 2013 die Personenstandsbücher nicht mehr fortgeführt werden und Beurkundungen ab diesem Zeitpunkt ausschließlich im Wege des ZPR und ZSR erfolgen sollen, müssen in den nächsten Monaten umfassende Vorkehrungen und Vorbereitungen getroffen werden. Mehr als 3000 Personen müssen mit den neuen rechtlichen Grundlagen, aber auch mit dem neuen Benutzerprogramm vertraut gemacht werden. Neben einem umfassenden Schulungsprogramm bedarf es auch einer raschen Zusammen-

führung der lokal verwalteten Daten in die zentralen Register. Mehr als 40 Millionen elektronische Datensätze warten österreichweit darauf, in die Register übertragen zu werden. Damit die Register von Beginn an sinnvoll und effizient genutzt werden können, ist es notwendig, dass möglichst rasch elektronisch bestehende Datenbestände in die Register überspielt werden. Zwar sieht das Gesetz keine Pflicht zu dieser sogenannten Datenmigration vor, dennoch ist es auch aus Kostengründen sinnvoll, die elektronisch vorhandenen Daten gesamthaft in die Register zu überführen. Nicht migrierte Daten müssen nämlich, so sieht es die Regierungsvorlage zu den Gesetzesentwürfen vor, bei Vorliegen eines Anlassfalls (z. B. Ehe) manuell und damit zeit- und kostenintensiv nach erfasst werden. Möchte daher jemand im Mai 2013 heiraten (Anlassfall), dessen Geburtsdaten und anderweitige Daten noch nicht im ZPR enthalten sind, so müssen diese Daten aufgrund dieses Anlassfalls manuell nach erfasst werden.

Bürgerservice und Effizienz

Wenngleich die Errichtung und die Umstellung auf die neuen Re-



Mag. Bernhard Haubenberger ist Jurist im Österreichischen Gemeindebund

gister mit einem beträchtlichen Aufwand verbunden sind, so werden diese langfristig aber dafür nachhaltig zu mehr Effizienz und Bürgerservice führen. Durch die Schaffung beider Register werden alle Personenstands- und Evidenzdaten gesammelt gespeichert und daher zentral abrufbar sein. Die zuständigen Behörden werden daher in der Lage sein, auf die im System verfügbaren Informationen unmittelbar zuzugreifen. Durch den unmittelbaren Zugriff der abfrageberechtigten Behörden auf den gesamten Datenbestand der Register werden künftig postalische Verständigungen weitgehend vermieden und Verfahrensabläufe deutlich verkürzt.

Für die Bürger bedeutet die Umsetzung des Projektes den Wegfall des Urkundennachweises bei verschiedenen zugriffsberechtigten Stellen und den Zu-

Zukünftig können die bislang organisatorisch getrennten Standesamtsverbände und Staatsbürgerschaftsverbände in einem zusammengesetzten Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverband geführt werden.

gang zu Dokumenten unabhängig von örtlichen Gegebenheiten. Derzeit sind Bürger etwa angehalten, im Fall einer Eheschließung mehrere Personenstandsbehörden aufzusuchen. Auch das wird in Zukunft durch geänderte Zuständigkeitsregelungen im Sinne eines One-Stop-Shops der Vergangenheit angehören.

Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverband

Viele Gemeinden haben sich bereits zur gemeinsamen Besorgung der Aufgaben des Standes-

amts- und des Staatsbürgerschaftswesens zu Verbänden zusammengeschlossen und konnten durch den verbandsmäßigen Zusammenschluss bereits beträchtliche Synergien ziehen. Da aber all jene Gemeinden, die einen Standesamtsverband bilden, parallel einen Staatsbürgerschaftsverband führen (müssen), der rechtlich und auch organisatorisch selbstständig und ein vom Standesamtsverband unabhängiger Rechtsträger ist, ergeben sich nach wie vor Ineffizienzen, die im Zuge der Gesetzgebung dieser beiden zentralen Register beseitigt werden. In Zukunft wird es möglich sein, dass die bislang organisatorisch getrennten Standesamtsverbände und Staatsbürgerschaftsverbände in zusammengesetzten „Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbänden“ geführt werden.

Brauchtum versus Datenschutz

Gemeinde angezeigt wegen Ehrungen

Die mediale Berichterstattung über die Anzeige gegen eine Gemeinde aufgrund der von ihr durchgeführten Ehrungen für Paare, die ihre Goldene und Silberne Hochzeit feierten, hat nicht nur Verunsicherung, sondern auch für Verwirrung, Unverständnis und teils auch Empörung bei vielen Gemeinden und Gemeindebürgern ausgelöst. Wiewohl seit Jahren und Jahrzehnten praktiziert, gibt das österreichische Datenschutzrecht dem – wohl nur vermeintlich – Rechts-

suchenden Recht. Dabei wird durch die Gratulation der Gemeinde zu runden Geburtstagen und Hochzeitsjubiläen insbesondere im ländlichen Raum eine Anerkennung zum Ausdruck gebracht, die von der Bevölkerung geschätzt und nicht als unzulässiger Eingriff in den Datenschutz verstanden wird. Unbestreitbar sind derartige Ehrungen ein wesentlicher Bestandteil des örtlichen Gemeinschaftslebens und tragen so ganz wesentlich zur Lebensqualität der Men-

schen in unserem Land bei. Mangels ausreichender gesetzlicher Grundlage können derartige Ehrungen aber zu zivil- und strafrechtlichen Folgen führen, die nicht nur absurd, son-

dern schlicht untragbar sind. Nachdem im Bereich des Melde- und Personenstandswesens dem Landesgesetzgeber kompetenzrechtlich die Hände gebunden sind, ist der Bund aufgerufen, rasch und unmissverständlich sowohl im Meldegesetz als auch im neuen Personenstandsgesetz eine gesetzliche Ermächtigung zur Datenabfrage zu verankern, die den Gemeinden Rechtssicherheit bei der Durchführung von Ehrungen garantiert.





Aufsichtsbehörde kann Verordnungen nur innerhalb von sechs Monaten aufheben

Gemeindeverordnungen sind für Aufsichtsbehörde bindend

Gemeinden müssen die von ihr erlassenen Verordnungen der nö. Landesregierung unverzüglich mitteilen. Diese hat gesetzwidrige Verordnungen durch eine Verordnung innerhalb von sechs Monaten aufzuheben. Nach diesem Zeitraum sind Verordnungen – egal ob rechtmäßig oder rechtswidrig – für die Aufsichtsbehörde bindend.

Roman Häußl

Gemäß § 88 Abs. 1 NÖ Gemeindeordnung 1973, LGBL. 1000-16 hat eine Gemeinde die von ihr erlassenen Verordnungen der nö. Landesregierung unverzüglich mitzuteilen. Diese hat gesetzwidrige Verordnungen nach Anhörung der Gemeinde durch Verordnung aufzuheben und die Gründe hiefür der Gemeinde gleichzeitig mitzuteilen. Nach Ablauf von sechs Monaten nach dem Einlangen der Verordnung bei der Aufsichtsbehörde ist nach Abs. 3 eine Aufhebung der Verordnung aber nicht mehr zulässig. Selbst wenn die Verordnung rechtswidrig sein sollte, gehört sie damit dem Rechtsbestand an und kann nur mehr vom Verordnungsgeber selbst oder vom Verfassungsgerichtshof nach Art. 139 Abs. 1 B-VG aufgehoben werden. Gemäß Art. 119a Abs 1 B-VG

Nach Ablauf von sechs Monaten nach dem Einlangen der Verordnung bei der Aufsichtsbehörde ist in Niederösterreich eine Aufhebung der Verordnung nicht mehr zulässig.

üben der Bund und das Land das Aufsichtsrecht über die Gemeinde dahin aus, dass diese bei Besorgung des eigenen Wirkungsbereiches die Gesetze und Verordnungen nicht verletzt, insbesondere ihren Wirkungsbereich nicht überschreitet und die ihr gesetzlich obliegenden Aufgaben erfüllt. Eines der zur Verfügung stehenden Aufsichtsmittel ist die Vorstellung. Wer durch den Bescheid eines Gemeindeorgans in der Angelegenheit des eigenen Wirkungsbereiches in seinen Rechten verletzt zu sein behauptet, kann gem. Art. 119a Abs. 5 B-VG nach Erschöpfung des Instanzenzuges innerhalb von zwei Wochen nach Erlassung des Bescheides dagegen

Vorstellung bei der Aufsichtsbehörde erheben. Diese hat den Bescheid, wenn Rechte des Einschreiters durch ihn verletzt werden, aufzuheben und die Angelegenheit zur neuerlichen Entscheidung an die Gemeinde zurückzuverweisen. Allerdings hat die Aufsichtsbehörde ihre Entscheidung auf Grund der Rechtsnormen zu treffen, die von der letzten Gemeindestanz anzuwenden waren (VfSlg 13638; VwGH 29. 8. 1995, Zahl 54/05/0221). Demnach hat die Aufsichtsbehörde auch rechtswidrige Verordnungen, die von ihr im Prüfungsverfahren nicht aufgehoben wurden, bei der Entscheidung über die Vorstellung anzuwenden. In einem konkreten Fall, die Vorschreibung einer Abfallwirtschaftsgebühr betreffend, hat die Landesregierung als Aufsichtsbehörde einer Vorstellung mit der Begründung Folge gegeben, dass der der Vorstellung zugrundeliegende Bescheid der kommunalen Berufsbehörde auf eine rechtswidrige Verordnung beruhe. Diese Entscheidung war rechtswidrig und hätte von der betroffenen Gemeinde entweder vor dem Verwaltungs- oder Verfassungsgerichtshof angefochten hätte werden können.



Hofrat i.R. Prof. Dr. Roman Häußl ist Konsulent der Rechtsanwaltskanzlei Nistelberger

Handyparksysteme aus Österreich auf Erfolgskurs in Gemeinden

Seit 1. Oktober ist nun auch Klosterneuburg dabei

Klosterneuburg ist seit Oktober 2012 mit Handyparken aktiv. Das System „Handyparken“ erleichtert den Benutzern die Begleichung von Parkgebühren, da die Bezahlung unabhängig von Verkaufsstellen und Öffnungszeiten möglich wird.

Per 1. Oktober 2012 ging nun auch in Klosterneuburg Handyparken in Betrieb. Neben den bisher bereits im Einsatz befindlichen Parkscheinen können die Parkscheine seit 1. Oktober 2012 auch elektronisch gelöst werden. Handyparken ist derzeit bereits in Wien, Baden, Salzburg, Linz, Graz, Bludenz, Zell am See, Bregenz, Gleisdorf, Gmunden, Klagenfurt, Mödling, Perchtoldsdorf, Stockerau, St. Pölten, Villach, Wels und Wolfsberg im Einsatz.

Verschiedene Varianten

Üblicherweise stehen den Kunden zwei Varianten beim Handyparken zur Verfügung: Nutzer von Smartphones können beispielsweise mit dem System „park.ME“ (einer sogenannten App, erhältlich im Google-Play-Store oder im App-Store von iTunes für alle Apple-Produkte) sofort erkennen, ob sie sich in einer gebührenpflichtigen Parkzone befinden, wie lang die maximale Abstell- bzw. Parkdauer angesetzt ist, welche Tarife in dieser Zone gelten, aber vor allem



kann einfach und unkompliziert ein Parkschein gelöst werden, indem einfach auf „Start“ gedrückt wird. Vorheriges Registrieren natürlich vorausgesetzt.

Alternativ zur Nutzung einer App stehen auch SMS-Funktionen zur Verfügung, bei der die Kunden üblicherweise eine SMS mit Angabe der gewünschten Parkdauer in Minuten (zum Beispiel „30“ für 30 Minuten), einem Leerzeichen und des Städtecodes (= 3400 für Klosterneuburg, bei anderen Systemen auch der Städtenamen) an eine bestimmte Rufnummer senden. Über das persönliche Kundenkonto – auch das ist meist schon Standard – können die Anwender die getätigten Parkvorgänge kontrollieren oder Belege für etwaige Weiterrechnungen erstellen. Die Parkgebühren werden (automatisch) vom Kundenkonto abgebucht, wobei meist verschiedene Tarifmodelle angeboten werden.

Die Leistungsangebote gegenüber den Gemeinden umfasst üblicherweise die Ab- und Verrechnung der Parkgebühren mit den Anwendern als auch die Übernahme des Ausfallsrisikos. Den Kontrollorganen stehen Abfragegeräte für die einfache Überprüfung über die Kfz-Kennzeichen zur Verfügung, damit erkennen die Bediensteten rasch und übersichtlich, ob für das betreffende Fahrzeug ein Parkschein gelöst wurde.

Für eine Gemeinde, die sich für ein „Handypark-System“ interessiert, fallen üblicherweise für die Erfassung der Geodaten, der Tarife und Parkzonen Initialisierungskosten an.

Üblicherweise stehen den Kunden zwei Varianten beim Handyparken zur Verfügung – der Sinn ist aber überall gleich: Kein lästiges Parkscheinkaufen mehr.



Tudor Pendiuc (BM Pitesti), Marilies Flemming, Expertenforum-Moderator Mag. Michael Zimper, LR Barbara Schwarz (BM a.D.), Marjan Sedmak, Keynote-Speaker.

8. Konferenz Europäischer Regionen und Städte in Grafenegg

Die Effizienz liegt in der Dezentralisierung

Europa war zu Gast in Niederösterreich: Das Institut der Regionen Europas (IRE) lud hochrangige Referenten aus Politik und Wirtschaft nach Grafenegg ein, um Lösungsvorschläge zum Abbau der regionalen und lokalen Divergenzen zu erörtern. Kommissar Dalli unterstrich die Bedeutung einer europäischen Gesundheitspolitik.

Vor 200 internationalen Gästen eröffnete Prof. Dr. Franz Schausberger am Sonntag, dem 23. September, in Grafenegg, Niederösterreich, die 8. Konferenz Europäischer Regionen und Städte. Der Vorstand des Instituts der Regionen Europas (IRE) betonte in seiner Eröffnungsrede die Bedeutung der regionalen und lokalen Entwicklung. Diese müsse, so Schausberger „... vor allem in den neuen und künftigen Mitgliedstaaten der EU gefördert werden“. Diese Aussage unterstreicht die unterschiedliche Herkunft der Teilnehmer: rund die Hälfte ist aus Kroatien, Serbien, Rumänien oder Bosnien-Herzegowina angereist. Barbara Schwarz, Landesrätin für Europa in Niederösterreich, bekräftigte ihre Unterstützung für ein gemeinsames Europa: „Trotz aller Schwierigkeiten und Probleme ist die EU ein Erfolgsprojekt. Eine der größten zukünftigen Herausforderungen



Kommissar John Dalli mit Landesrätin Barbara Schwarz und Franz Schausberger.

wird sein, die Identifizierung der Bürger mit der Politik und den Prinzipien der EU zu stärken.“ Anlässlich der jüngsten politischen Entwicklungen in Belgrad haben Vertreter der Autonomen Provinz Vojvodina den Status des Dezentralisierungsprozesses in Serbien erörtert. Sowohl Slavica Grujic, stellvertretender Regierungschef in Novi Sad, als auch Istvan Pasztor, Präsident

des Parlaments der Vojvodina, unterstrichen die Bedeutung des Dialogs zwischen Hauptstadt und Region. Langfristig, so Grujic, benötige Serbien eine neue Verfassung, die der Realität Rechnung trägt. Dies würde eine bessere Verwaltung der komplexen Strukturen des Landes ermöglichen.

Ein erster Höhepunkt war die Rede von EU-Gesundheitskommissar John Dalli. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion über das Management des Gesundheitswesens betonte er die Verantwortung der Europäischen Union, die Mitgliedstaaten in ihren Bestrebungen, die vorhandenen Gesundheitssysteme zu reformieren, zu unterstützen.

„Es ist im Interesse der Kommission, dass Dienstleistungen in diesem Bereich besser zwischen den unterschiedlichen Entitäten koordiniert und integriert werden. Schlussendlich geht es um die Gesundheit aller EU-Bürger, und da darf es keine Abstriche in der Qualität geben.“

„Niederösterreich als Veranstaltungsort der 8. Konferenz Europäischer Regionen und Städte ist eine weitere Referenz für das starke Standing unseres Bundeslandes auf internationaler Ebene.“ Mit diesen Worten begrüßte Landeshauptmann Erwin Pröll die Tagungsgäste in Grafenegg.

Die Europäischen Union sei für das Bundesland Niederösterreich ein entscheidender Faktor, so Pröll: „Jeder Euro, den wir von St. Pölten nach Brüssel schicken, kommt in dreifacher Form zurück. Europa aufgrund finanzieller Elemente zu kritisieren greift deshalb viel zu kurz.“ Für die Zukunft sieht Pröll vor allem zwei Themen im Mittelpunkt: Zum einen die Herausforderung, die neuen Regelungen in der zukünftigen Förderperiode 2014–2020 erfolgreich zu implementieren, und zum anderen, die langfristige Entwicklung der Donauraumstrategie.

Franz Schausberger mahnte im Zusammenhang mit der Rolle der Regionen in den Nationalstaaten zur Besonnenheit. „Seit 2009 nimmt der Trend zu, Prozesse und Kompetenzen wieder zu zentralisieren. Der Meinung,

„Es ist im Interesse der Kommission, dass Dienstleistungen im Gesundheitsbereich besser koordiniert und integriert werden. Es geht um die Gesundheit aller EU-Bürger, und da darf es keine Abstriche in der Qualität geben.“

EU-Gesundheitskommissar John Dalli

dass eine zentrale Verwaltung zu mehr Effizienz führt, muss widersprochen werden. Im Gegenteil: schraubt man die Verantwortungen und Ressourcen der dezentralen Ebenen zurück, erhöhen sich die regionalen und lokalen Divergenzen.“

John Dalli erläuterte in seinem Beitrag vor allem die Strategien der Europäischen Kommission in Bezug auf die Gesundheitsversorgung. „Zugleich mit der effizienten und erfolgreichen Behandlung muss vor allem die Erhaltung der Gesundheit der Bürger im Vordergrund stehen.“ Die regionale Dimension der Gesundheitspolitik ansprechend, zeigt sich Dalli davon überzeugt, dass die kooperationshinderlichen Eigenheiten der unterschiedlichen Systeme harmonisiert werden müssen. Einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der regionalen Disparitäten und der Wirtschaftskrise leistet die Europäische Investitionsbank. Deren Vizepräsident

Anton Rop informierte die Teilnehmer darüber, dass aufgrund der prekären ökonomischen Aussichten die Bank ihre Kreditfähigkeit im Jahr 2011 um fünf Milliarden Euro auf insgesamt 20 Milliarden ausgeweitet hat. Im Laufe der Veranstaltung wurde in Grafenegg über die The-

men dezentrale Energieversorgung, Standortfinanzierung und Transportprojekte diskutiert. Über zwanzig Referenten aus Wirtschaft und Politik konnten dabei ihre Ansätze und Projekte präsentieren, um der regionalen Wirtschaftsentwicklung neue Impulse zu geben.

BürgerInnendialog



Das zweite „EU-Townhall-Meeting“ fand am 21. September in Steyr in Oberösterreich statt – Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger diskutierte mit den Menschen.

„Reden Sie mit uns über Europa“

„EU-Townhall-Meetings“ neues Konzept des BürgerInnendialogs

Auf Initiative der Vertretung der EU-Kommission in Österreich und dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten startete am 22. Juni eine neue Form des EU-BürgerInnendialogs in Österreich. Mit den so genannten „Townhall Meetings“ (Stadtgespräche) werden in allen Bundesländern Österreichs Veranstaltungen organisiert, wo PolitikerInnen rund um das Thema Europa Rede und Antwort stehen. Der Startschuss fiel am 22. Juni in Mautern an der Donau. Dort stellten sich u. a. Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger und EU-Kommissar Johannes Hahn den Fragen der Bürgerinnen und Bürger.

Das zweite „EU-Townhall-Mee-

ting“ fand am 21. September in Steyr in Oberösterreich statt. Als nächstes steht Graz am 5. November auf dem Plan, wo neben Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger unter anderem auch die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Viviane Reding, die Fragen der BürgerInnen zur EU beantworten wird.

In den jeweils mehr als zweistündigen Veranstaltungen wurden bisher die Fragen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger zu verschiedenen Themen wie „Finanzkrise und Griechenland“, „Zukunft der Europäischen Union“ und „die konkreten Vorteile der österreichischen Mitgliedschaft in der EU“ intensiv diskutiert.

Burgenland

Ortskernbelebung

Neue Chance für die Innenstadt

OBERWART

Das Einkaufszentrum auf der grünen Wiese und gährende Leere im Stadtzentrum. Mit diesem Problem ist die Gemeinde Oberwart konfrontiert und hat sich daher entschlossen, den Stadtkern zu revitalisieren. Künstler, Fachleute und die Bevölkerung diskutieren Ideen und Konzepte im Rahmen von Veranstaltungen unter dem Titel „Chancenlose Innenstadt Oberwart?“ Oberwarts Bürgermeister Gerhard Pongracz wünscht sich, dass es wieder mehr Geschäfte und qualitative Dienstleistungen im Stadtzentrum gibt.



Evaluierung: Nach Bürgermeister-Stichwahl

Verzögerung bei Briefwahl

EISENSTADT

Bei den Gemeinderatswahlen im Burgenland ist es, nach Informationen der Landeswahlbehörde, zu Problemen bei der Briefwahl gekommen. Einige Gemeinden berichten, dass es auf dem Postweg Verzögerungen gab und dass einzelne Bürger daher nicht wählen konnten. Die Landeswahlbehörde kündigte Evaluierungen nach der Bürgermeister-Stichwahl am 4. November an, bei der jedoch wieder mit Briefwahl gewählt werden kann.

rungen gab und dass einzelne Bürger daher nicht wählen konnten. Die Landeswahlbehörde kündigte Evaluierungen nach der Bürgermeister-Stichwahl am 4. November an, bei der jedoch wieder mit Briefwahl gewählt werden kann.

Toleranz für Behinderte

Wissen schafft Verständnis

BURGENLAND

In 14 burgenländischen Schulen können Jugendliche gemeinsam mit Trainern die Welt von Menschen mit Behinderung kennenlernen. Das Projekt unter dem Motto „Behinderung darf kein Handicap sein“ soll die Toleranz und das gegenseitige Verständnis der Schüler stärken. Sie sollen für einen respektvollen Umgang mit behinderten Menschen sensibilisiert werden. Dabei lernen die Schüler Rollstuhlfahren oder Gehen mit dem Blindenstock. Umgesetzt wird das Projekt vom Zivilinvalidenverband.



Kärnten



Schwere Missstände: Ermittlungen eingeleitet

Land kündigt Saualm-Vertrag

WÖLFNITZ

Das Land Kärnten schließt das Asylwerberheim auf der Saualm. Gegen die Betreiberin der Sonderanstalt für mutmaßlich straffällige Asylwerber wurde Anzeige wegen schwerer Missstände erhoben. Die Staatsanwaltschaft Klagenfurt ermittelt wegen körperlicher Übergriffe seitens des privaten Sicherheitspersonals und wegen unterlassener ärztlicher Hilfeleistung. Die Korruptionsstaatsanwaltschaft vermutet, dass es zu einer Überbezahlung kam.

schaft Klagenfurt ermittelt wegen körperlicher Übergriffe seitens des privaten Sicherheitspersonals und wegen unterlassener ärztlicher Hilfeleistung. Die Korruptionsstaatsanwaltschaft vermutet, dass es zu einer Überbezahlung kam.

Gemeindekooperation:

Tausche Gartenpflege gegen Personal

VILLACH/WERNBERG

Die Stadt Villach und die Gemeinde Wernberg wollen in Zukunft bei Kindergärten, Schulen, Wasserversorgung, Garten und EDV zusammenarbeiten. Wernberg kümmert sich um die Grünanlagen, Villach unterstützt

den Kindergarten und das Magistrat durch Personal. Dies ist für Wernberg billiger, als eigenes Personal einzustellen. Laut Villachs Bürgermeister Helmut Manzenreiter geht es nicht um Fusion, sondern um Effizienzsteigerung.

Ursache: Geldmangel und geringe Geburtenzahlen

Schul-Schluss für elf Kärntner Schulen

KÄRNTEN

Elf Schulen haben mit dem heurigen Schuljahr ihre Pforten geschlossen oder wurden mit anderen Schulen zusammengelegt. Wegen der rückläufigen Geburtenzahlen und der

angespannten finanziellen Lage vieler Gemeinden können weitere Schließungen nicht ausgeschlossen werden. Eltern befürchten nun längere Schulwege und Qualitätseinbußen.



Niederösterreich

Innovationskraft: Energiewende findet in Gemeinden statt

Gemeinderäte helfen mit Rat und Tat beim Energiesparen

ST. PÖLTEN

Umweltbewusstsein, Energieeffizienz und ein sparsames Nutzungsverhalten – Niederösterreichs Gemeinden und ihre Mitarbeiter wollen diese Themen in den Köpfen der Bürger verankern. Gemeinderäte sind in ihren Kommunen als Energieberater unterwegs und leisten wertvolle Informations- und Überzeugungsarbeit, welche Vorteile Maßnahmen für Umwelt und Budget haben. Seit Inkrafttreten des Energieeffizienzgesetzes im Mai wurden be-



65 Energiesparberater sind bereits ausgebildet, weitere 100 werden ab Oktober eingeschult. Sie beraten die Niederösterreicher dabei, wie sie in den Haushalten Strom und Geld sparen können.

reits 65 Energiesparberater ausgebildet, weitere 100 sollen ab Oktober geschult werden. Das Modell ist auch ein Beispiel dafür, dass Gemeinden eine Vorreiterrolle übernehmen. Während die Bundesregierung

nach wie vor an einem Energieeffizienzgesetz tüfelt, ist Niederösterreich schon einen großen Schritt voraus. Auch Oberösterreich und Vorarlberg wollen entsprechende Gesetze erlassen.

Trinkwasser ist rein

Pestizide im Grundwasser

KORNEUBURG

Das Grundwasser in Korneuburg und im benachbarten Leobendorf ist mit Pestiziden verseucht. Ursache dürfte ein Unfall in einer benachbarten Chemiefabrik sein. Nun werden Proben durchgeführt, um festzustellen, wie großflächig die Pestizidbelastung ist. Das Trinkwasser ist laut Behörden nicht belastet. Die Verunsicherung unter den Bürgern ist dennoch groß. Die Bürgerinitiative „Pro reines Wasser für Korneuburg“ setzt sich vor allem für einen direkten Austausch zwischen Experten und Bürgern ein.



Oberösterreich

Mehr Schulgesundheit

Jedes vierte Kind ist zu dick

LINZ

Schlecht bestellt ist es um die Gesundheit von Oberösterreichs Kindern. Fast jedes vierte Kind ist zu dick, ergab eine elektronische Datenerhebung der Schulärzte. Vier von zehn Kindern haben schlechte Zähne. Dringend nötig ist eine Gesundheitsförderung an den Schulen. Das Land Oberösterreich will gesundheitsfördernde Maßnahmen an Schulen ausbauen und damit zur täglichen Routine machen. Ein positives Beispiel ist das Projekt „Gesunde Küche“, an dem sich knapp 80 Schul- und 15 Kindergartenküchen beteiligen.

Zusammenarbeit:

Das große Krabbeln – Eine Kleinkindbetreuung für neun Gemeinden

VÖCKLATAL

Seit dem Frühjahr 2012 bieten die neun Gemeinden Fornach, Frankenburg, Frankenmarkt, Gampern, Neukirchen, Pfaffing, Pöndorf, Redleiten und Vöcklamarkt eine gemeinsame Kinderbetreuung für Kleinkinder an. In der „Schatzis Kinderstube“ werden zehn Kinder ab 18 Monaten von einer Betreuerin und einer Helferin betreut. Pro Monat und Kind unterstützen die Gemeinden die Kinderstube mit 250 Euro.

Es ist nicht das erste Mal, dass die neun Vöcklataler Gemeinden an einem



In der „Schatzis Kinderstube“ werden zehn Kinder ab 18 Monaten von einer Betreuerin und einer Helferin betreut. Pro Monat und Kind unterstützen die Gemeinden die Kinderstube mit 250 Euro.

Strang ziehen. Der Verein Vöcklatal wurde 2001 gegründet, um überregionale Zusammenarbeit – zum Beispiel im Bereich Wasser und Abwasser – umzusetzen. Eine Kooperation bei der Kleinkindbetreuung macht

Sinn, weil sich die einzelnen Gemeinden keine eigene Krabbelstube leisten könnten, das Angebot aber seitens der Bevölkerung nachgefragt und gut angenommen wird.



Salzburg

Neues Bettelverbot:

Stilles Betteln – Verbot möglich

SALZBURG

ÖVP und SPÖ haben sich auf ein neues Bettelverbot geeinigt. Das Höchstgericht hob die alte Regelung, die auch „stilles Betteln“ untersagte, aus grundrechtlichen Bedenken auf. Das neue Gesetz stellt aggressives, organisiertes Betteln oder Betteln mit Kindern unter Strafe. Gemeinden dürfen aber an öffentlichen Orten das stille Betteln durch eine ordnungspolizeiliche Verordnung verbieten. Kritiker rechnen damit, dass dieser Passus vom Höchstgericht erneut aufgehoben werden wird.

Erster Platz: an Schweizer Gemeinde

Zweiter Platz bei Dorferneuerung

KRIMML

Die Pinzgauer Gemeinde Krimml hat beim europäischen Dorferneuerungspreis den zweiten Preis erzielt. Alle zwei Jahre vergibt die Europäische ARGE Landentwicklung und Dorferneuerung den Preis; Krimml musste sich der Schweizer Gemeinde Vals geschlagen geben. Eindruck machte, dass in Krimml an allen Teilbereichen der Gemeindeentwicklung gearbeitet wird. Neben einem Biomasseheizwerk sind modernere Dienstleistungs- und Nahversorgungszentren entstanden. Der Ortskern wur-



Foto: Fototeam Digital

VertreterInnen der Gemeinde Krimml übernehmen den Europäischen Dorferneuerungspreis von Minister Niki Berlakovich, Vizebgm. Hans Leutgeb, Peter Kaltenegger von der Europäischen Kommission, Geschäftsführerin Theres Friewald-Hofbauer von der Europäischen ARGE Landentwicklung und Dorferneuerung, Bgm. Mag. Erich Czerny sowie Juryvorsitzendem Charles Konnen.

de umgestaltet und wird zum Beispiel durch ein Freiluftkino und Märkte belebt. Die Jury hob das Projekt Friedensinitiative APC und das Projekt Hohe Tauern Health besonders hervor. „Diese hohe Auszeichnung

ist für uns nicht nur eine große Anerkennung auf europäischer Ebene, sondern gleichzeitig auch Ansporn, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen“, freut sich Bürgermeister Mag. Erich Czerny.



Steiermark

Schließung: 42.000 Menschen betroffen

Bürger halten an Bezirksgericht fest

FROHNLEITEN

Das Bezirksgericht in Frohnleiten soll im Rahmen der von Justizministerin Beatrix Karl durchgeführten Strukturreform geschlossen werden. Dieser Entscheidung wollen Gemeinde und Bürger den Kampf ansagen.

Unverständlich für Bgm. Johann Ussar ist, dass das Gebäude erst um 700.000 Euro renoviert wurde. 42.000 Menschen sind von der Schließung des Gerichtsstandortes betroffen, 20 Mitarbeiter übersiedeln nach Graz.

Hartberg: War teure Sanierung des Gerichts umsonst?

Kopfschütteln über Details der Fusion

FÜRSTENFELD/HARTBERG

Für Verwunderung sorgt die geplante Bezirksfusion von Fürstenfeld und Hartberg. Laut Plänen der Landesregierung soll die Bezirkshauptmannschaft in Hartberg angesiedelt sein, das

Bezirksgericht in Fürstenfeld. Nur ist das Gericht in Fürstenfeld kleiner und in das Hartberger Gericht wurden erst heuer fast 150.000 Euro in Brandschutzmaßnahmen investiert.



Mehrzweckverband: Gesetzesgrundlage fehlt

Mehr-Zweck statt ein Ort

BRODINGBERG/KAINBACH/HART-PURGSTALL/HÖF-PRÄBACH

Vier steirische Gemeinden gründen einen Mehrzweckverband, um den Fusionsplänen des Landes zu entgehen. Sie wollen ihre Eigenständigkeit bewahren, bei Verwaltung, Kin-

dergarten und Abfallzentrum jedoch kooperieren. Was fehlt, ist eine gesetzliche Grundlage. Die Steiermark hat das Bundesgesetz, das Gemeindekooperationen als Grundlage dient, noch nicht beschlossen.



Tirol

Motto: Sparen, reformieren, investieren

Ausgeglichenes Budget 2013

INNSBRUCK

Tirols Regierung will 2013 einen ausgeglichenen Haushalt führen. Das beschlossene SPÖ und ÖVP einstimmig, die Opposition stimmte geschlossen dagegen. Die Gesamteinnahmen steigen um 3,1 Prozent oder 88,5

Millionen Euro, die Ausgaben um 1,6 Prozent oder 45,9 Millionen Euro. Der für das Finanzressort zuständige Landeshauptmann Günther Platter hatte seiner Budgetrede das Motto „Sparen, reformieren, investieren“ gegeben.

Raumordnung

Orte brauchen Nahversorger

INNSBRUCK

Das Greißlersterben macht auch vor den Tiroler Gemeinden nicht Halt. Die Raumordnungsexperten des Landes wollen die Nahversorger in den Orten stärken. Dabei ist nicht nur

wichtig, dass ein Ort ein Geschäft hat, sondern auch, wo sich das Geschäft befindet. Ideal ist ein Umkreis von 500 Metern vom Zentrum. LR Johannes Tratter will das Gesetz restriktiver auslegen.



Jenbachs Bgm. Wolfgang Holub, Rosi Kunwald, Jugendwohlfahrt der BH Schwaz, LR Gerhard Reheis, Schulsozialarbeiter Matthias Kranebitter und Bezirksschulinspektorin Astrid Rödlach.

130 Beratungsstunden: Lehrer werden entlastet Schulsozialarbeit gut angelaufen

JENBACH

In der Gemeinde Jenbach wird seit dem Sommersemester ein Schulsozialarbeitsprojekt mit mehr als 400 Schülern durchgeführt. Die Zwischenbilanz fiel erfreulich aus, denn das Programm wird von Eltern und

Schülern angenommen. 130 Beratungsstunden wurden absolviert. „Ich bekomme sehr positives Feedback von Seiten der Schulen und freue mich, dass die Lehrer entlastet werden“, so Vizebürgermeisterin Mirjam Dauber.



Vorarlberg

Freiwilliges Engagement: Soziales Kapital steigern

Zämme leaba im Ländle – Gelebte Solidarität in Götzis

GÖTZIS

Sozialer Zusammenhalt und Solidarität stehen im Vorzeigeprojekt „Zämme leaba“ in Götzis an erster Stelle. Ziel der ehrenamtlichen Mitarbeiter ist es, das Sozialkapital in der 11.000-Einwohner-Gemeinde zu stärken. Ein Kernteam von zwölf Freiwilligen entwickelt Ideen und ist für die Organisation verantwortlich. Es gibt Projekte in Schulen und Kindergärten, Feste für Neuzugezogene, Nachbarschaftshilfe, Fahrdienste für Senioren und gemeinsame Ausflüge. Für jugendliche Helfer gibt es



Die ehrenamtlichen Mitarbeiter der „Zämme leaba“-Initiative führen zahlreiche Projekte durch, unter anderem Fahrdienste für Senioren und gemeinsame Ausflüge.

ein eigenes Zeugnis, das bei Bewerbungen in der heimischen Wirtschaft positiv angerechnet wird. Eine große Herausforderung war und ist es, genügend Freiwillige zu finden, die die Projekte

unterstützen. Mittlerweile gibt es 50 Helfer, die regelmäßig mitarbeiten, und bis zu 100 Menschen, die sich ab und zu engagieren. Unterstützt werden die Initiativen vom Land Vorarlberg.

1,8 Millionen Euro

Mehr Geld für Kinderbetreuung

VORARLBERG

Kleine und finanzschwache Gemeinden bekommen ab Oktober mehr Geld für die Kinder- und Schülerbetreuung aus dem Landesbudget. Dies wurde im Gemeindefinanzpaket festgelegt. Das Land stellt zusätzlich 1,8 Millionen Euro pro Jahr für die Betreuung von Kindern und Schülern bereit. Eine halbe Million davon entfällt auf die Förderung von Investitionen, der Rest fließt in die Förderung der Personalkosten. Das Land wird künftig 60 statt bislang 50 Prozent der Personalkosten der Gemeinden tragen.



Südtirol

Gemeindenfinanzierung 2013: Verhandlungen erfolgreich

Keine weiteren Kürzungen bei Gemeindehaushalten

Der Präsident des Rates der Gemeinden, Dr. Arno Kompatscher, traf sich Anfang Oktober mit dem Landeshauptmann von Südtirol, Dr. Luis Durnwalder, zu den ersten Finanzverhandlungen für das Jahr 2013. Dabei ging es darum, den Rahmen für die Finanzausstattung der Südtiroler Gemeinden für das Jahr 2013 festzulegen.

„Der voraussichtliche Landeshaushalt für das Jahr 2013 sieht kaum einen Bereich vor, der nicht im Vergleich zum Jahr 2012 Kürzungen unterzogen wurde“, so der Präsident des Rates der Gemeinden nach den Verhandlungen.

„Umso mehr freuen wir uns über das Ergebnis der Verhandlungen und das Zugeständnis des Landeshauptmanns, dass den Gemeinden im Jahr 2013 dieselben



Der Präsident des Rates der Gemeinden, Arno Kompatscher, und der Landeshauptmann von Südtirol, Dr. Luis Durnwalder, unterzeichnen die Zusatzvereinbarung zur Gemeindenfinanzierung 2013.

Höhe der einzelnen Fonds die Zuweisungen für die Deckung der laufenden Ausgaben leicht zu Gunsten der Zuweisungen für die Deckung der Investitionsausgaben gekürzt werden sollen.

„Mit dieser Kürzung der Zuweisungen für die Deckung der laufenden Ausgaben, um Finanzmittel freizusetzen für neue Investitionen

nen, möchten wir der Wirtschaft in Südtirol ein klares Signal senden!“, kommentieren der Präsident des Rates der Gemeinden Kompatscher und Landeshauptmann Durnwalder gemeinsam die Überlegungen zu dieser Maßnahme. Die Festlegung der einzelnen Fonds wird in Kürze er-

folgen, sodass baldmöglichst die Finanzvereinbarung für das Jahr 2013 unterzeichnet werden kann. Bereits im Jahr 2012 haben die Südtiroler Gemeinden Mindereinnahmen in Höhe von 66 Millionen Euro hinnehmen müssen, nachdem die Regierung Monti mit zahlreichen Dekreten auch den Gemeinden Südtirols Kürzungen und Sparmaßnahmen auferlegt hat.

Kontakt

Südtiroler Gemeindenverband Genossenschaft, Kanonikus-Michael-Gamper-Straße 10, I-39100 Bozen
Tel.: 0039-0471-304655,
Fax 0039-0471-304625
E-Mail: info@gvcc.net
Web: www.gvcc.net

Umso mehr freuen wir uns über das Ergebnis der Verhandlungen und das Zugeständnis des Landeshauptmanns, dass den Gemeinden im Jahr 2013 dieselben Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden wie 2012.

Arno Kompatscher über die Tatsache, dass die Südtiroler Gemeinden keine Haushaltskürzungen hinnehmen müssen

Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden, wie im Jahr 2012“, so Präsident Kompatscher weiter, der das Ergebnis als einen Erfolg wertet.

Weiters haben der Präsident des Rates der Gemeinden und der Landeshauptmann grundsätzlich vereinbart, dass bei der Festlegung der

Personalia

Neue Generalsekretärin für Jugendrotkreuz

Andrea Gerstenberger ist seit 1. September Generalsekretärin des Österreichischen Jugendrotkreuzes. In ihrer Arbeit für Kinder und Jugendliche wird sie von Johannes Guger unterstützt, gemeinsam bilden sie das neue Leitungsteam.



Foto: Rotes Kreuz

Johannes Guger und Andrea Gerstenberger.

Die Pädagogin und Ernährungswissenschaftlerin Gerstenberger war bis vor kurzem Leiterin der Gesundheitsservicestelle GIVE. „Ich freue mich sehr auf meine neue Aufgabe. Junge Menschen sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Sie zu unterstützen und Stimme für ihre Bedürfnisse und Nöte zu sein, dafür steht das Jugendrotkreuz“, sagt Andrea Gerstenberger. Die 1961 geborene Oberösterreicherin wird sich für Kinder und Jugendliche stark machen. „Wir wollen Mädchen und Burschen für das Rote Kreuz und das Engagement für eine lebenswerte Gesellschaft begeistern“, so Guger. „Zugleich bekommen sie bei uns Hilfe und Unterstützung, vom Erste-Hilfe-Wissen, Babysitterkursen bis zur telefonischen Beratung bei Liebeskummer oder Schulproblemen über die time4friends-Hotline.“

Personalia

Steidl neuer Soziallandesrat

Walter Steidl ist Salzburgs neuer Landesrat für Gesundheit und Soziales. Der SP-Politiker folgt Cornelia Schmidjell, die aus gesundheitlichen Gründen ihr Amt zurücklegen musste. In ihrer Abschiedsrede sprach sich Schmidjell dagegen aus, das Gesundheitswesen zum Spielball für parteipolitische Interessen zu machen. Dafür will auch Steidl eintreten. Er will die Solidargesellschaft zwischen Alt und Jung, Gesund und Krank absichern. Steidl wurde 1957 in Saalfelden am Steinernen Meer geboren und absolvierte eine Lehre zum Elektroinstal-

Quereinsteiger als Landesrat

Nach dem Ausscheiden von Landesrat Hannes Gschwentner aus der Regierung wurde Thomas Pupp als neuer Landesrat für Sport, Umwelt, Naturschutz und Wohnbauförderung bestätigt. Pupp ist ein Quer-



Foto: Land Tirol/Schwarz

Landesrat Thomas Pupp.

einsteiger und hatte bislang noch kein politisches Amt inne. Er will Wohnen in Tirol wieder leistbarer machen und die einkommensabhängige Wohnbausanierung wieder einführen. Das Beihilfensystem soll verbessert werden. Im Ressort Umwelt denkt Pupp in manchen Zonen über ein Lkw-Verbot und Tempo-100-Beschränkungen nach. Pupp wurde 1962 geboren und ist studierter Jurist. Von 1991 bis 1995 war er Anzeigenleiter bei der „Tiroler Tageszeitung“ und ab 1996 in einer Werbeagentur beschäftigt.

Universitätsprofessor mit guter Branchenkenntnis

Neuer Vorstandsvorsitzender der Vereinigung für Grabenloses Bauen

Hans Georg Jodl ist der neue Vorstandsvorsitzende der ÖGL, der Österreichischen Vereinigung für Grabenloses Bauen und Instandhalten von Leitungen.

Jodl ist Universitätsprofessor am Institut für Interdisziplinäres Bauprozessmanagement an der Technischen Universität in Wien.

Jodl ist der Branche seit Jahrzehnten verbunden und versteht es, die Lücke zwischen Wissenschaft und Praxis zu schließen. Der neue Vorstandsvorsitzende formuliert zu



Prof. Hans Georg Jodl

Beginn seine Ziele klar: „Der Fokus unserer Tätigkeit als Interessensvertretung wird auch in Zukunft bei der Etablierung der ÖGL als aktive Plattform für grabenlose Bautechnologien am Markt und beim Ausbau des ständig wachsenden Mitgliederkreises sein.“

Hohe Erwartung hat Jodl an das ÖGL-Symposium Grabenlos – dem „grabenlosen Highlight eines jeden Jahres“, bei dem in Kitzbühel die Fachleuten der Branche zusammenkommen.

Fachveranstaltung des KfV

Sicher leben. Gemeinden gestalten

Familien, Berufstätige, Kinder und Senioren haben jeweils andere Ansprüche an ihre Gemeinde oder Stadt. Öffentliche Flächen bieten als Orte der täglichen Begegnung und Bewegung Raum für Mobilität und Kommunikation. Gemeinden sind Begegnungsräume, hier treffen unterschiedliche Ansprüche aufeinander. Dadurch ergeben sich neue Chancen und Herausforderungen für Gemeindeverantwortliche.

Das KfV (Kuratorium für Verkehrssicherheit) präsentiert im Rahmen der Fachveranstaltung „Sicher leben. Gemeinden gemeinsam gestalten“ am 22. November von 9.30 bis 15.30 Uhr in der Arena Nova in Wiener



Neustadt innovative und zukunftsorientierte Rundum-Konzepte.

Die Themen sind Verkehr & Mobilität, Radfahrer & Fußgänger, Senioren & Kinder, Rechtsfragen, Sicherheitsempfinden sowie Naturgefahren.

Anmeldungen bis 15.11.2012 unter: Tel.: **05 77 077-1909**, E-Mail: **veranstaltungen@kfv.at**

Infos: **www.kfv.at/kfv/seminare-veranstaltungen**



Foto: Franz Neumayr

Landesrat Walter Steidl.

lateur. Er war von 1984 bis 2003 Regionalsekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten und ab 2003 deren Geschäftsführer. Von 2007 bis 2009 war Steidl Klubvorsitzender im SP-Landtagsklub.

Für Verdienste um die Republik

Ehrungen des Bundes

Mit Entschließung vom 5. September 2012 hat Bundespräsident Dr. Heinz Fischer verliehen:

Die Goldene Medaille für Verdienste um die Republik an

► **Franz Hochholdt**, ehem. Gemeinderat der Marktgemeinde Gunskirchen in Oberösterreich.



Bürgermeisterteam Österreich (rote-schwarze Dressen) mit den slowenischen Amtskollegen: Trainer Adi Tschaut (ganz links); **Stehend:** Rudi Plessl (Untersiebenbrunn, NÖ), Helmut Magreiter (Steinberg am Hofen, T), Peter Eder (Bürmoos, Sbg), Herbert Schrittwieser (Lilienfeld, NÖ), Andi Haitzer (Schwarzach, S), Hannes Huber (Prugern, Stmk), Hermann Pferschy (St. Lorenzen am Wechsel, Stmk); **knieend:** Gernot Lechner (Winklarn, NÖ), Dietrich Reinfrank (Tattendorf, NÖ), Bernhard Spitzer (Vorau, Stmk), Franz Mayer (Hiefrau, Stmk), Robert Reiter (Rauris, Sbg), Franz Gallop (Stams, T), Gerald Handig (Edelstal, Bgld), Hans Mauerhofer (Stanz im Mürztal, Stmk).

Bürgermeister-Fußballnationalteam: Zwei Spiele, zwei Siege

Zufrieden in die Winterpause

Österreichs Bürgermeister-Fußballnationalteam verabschiedet sich zufrieden in die Winterpause. Gegen Südmähren konnte ein 3:1-Sieg und gegen Slowenien ein knappes 4:3 eingefahren werden.

Revanche geglückt

Bei der Fußball-Europameisterschaft der Bürgermeister im Mai dieses Jahres in Polen musste sich Österreich Slowenien noch knapp geschlagen geben.

te nach einem Konter einen perfekten „Kracher“ ins generische Tor. Auch die folgende 2:1-Führung der Österreicher ging auf das Konto des Tiroler Fußball-Bürgermeisters. Weitere Angriffe der Slowenen wurden durch den überragenden Team-Goalie Bgm. Robert Reiter (Rauris) vereitelt. Nach der Pause wurde die Führung durch ein weiteres Tor des sehr starken Bgm. Gerald Handig (Edelstal) auf 3:1 ausgebaut. Doch Slowenien konnte in

ran. Tormann Reiter vereitelte aber die letzten Chancen der Slowenen und die starke Abwehrkette war letztlich nicht mehr zu knacken.

Letztes Spiel – klarer Sieg

Das letzte Spiel in der heurigen Saison führte das Bürgermeister-Fußballteam in die Gemeinde Zidlochovice in der Tschechischen Republik. Das freundschaftliche Länderspiel wurde bei herrlichen äußeren Bedingungen ausgetragen. Von Beginn an legten die Bürgermeister aus Tschechien ein hohes Tempo vor, was das österreichische Team zunächst unter Druck brachte. So gingen die Hausherren auch 1:0 in Führung. Noch vor der Pause gelang durch Bgm. Dieter Reinfrank (Tattendorf) der Ausgleich. In der zweiten Halbzeit kam das österreichische Team immer besser ins Spiel. Zwei weitere Treffer durch Bgm. Dieter Reinfrank führten zum 3:1-Erfolg für das Österreichische Bürgermeister Team. „Didi“ Reinfrank übernahm damit auch die Führung in der ewigen Torschützenliste.

Blog: www.bgm-fussball.at



Unser Team mit den südmährischen Kollegen.

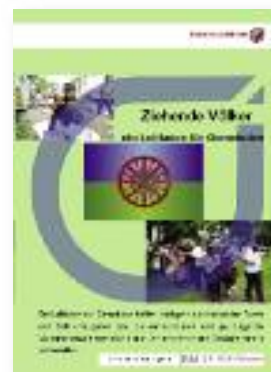
Nunmehr gelang die Revanche, und das Nationalteam konnte beim Länderspiel in der Thermengemeinde Podcetrtek einen 4:3-Erfolg erzielen. Dem frühen Führungstreffer der Slowenen folgte eine perfekte Antwort, denn Bgm. Helmut Margreiter (Steinberg) setz-

der Folge nochmals auf 3:2 herankommen, ehe Bgm. Hermann Pferschy (St. Lorenzen) zum 4:2 für Österreich einnetzte. In den Schlussminuten wurde es noch einmal spannend. Durch eine Unaufmerksamkeit kam Slowenien durch ein weiteres Tor auf 4:3 he-

Leitfaden

Umgang mit „ziehenden“ Völkern

Zwischen „durchziehenden“ Völkern, wie Roma und Sinti, und der ansässigen Bevölkerung kommt es oft zu Konflikten. Grund ist, so das Regionalmanagement Mostviertel, dass es keinen fixen Platz für sie gibt und dass sich die Anrainer wegen der sanitären Lage und der fehlenden Müllentsorgung beschweren, insbesondere wenn die Gruppen wieder weitergezogen sind. Die Lösung ist ein Durchreisplatz für „ziehende“ Völker.



In Linz und Braunau am Inn wurde diese Maßnahme bereits umgesetzt und ein eigener Platz mit Sanitäreinrichtungen, Strom, Wasser und Müllentsorgung eröffnet. Zu diesem Thema wurde ein Leitfaden erstellt, der Gemeinden helfen soll, richtig zu kommunizieren und grundlegende Verhaltensregeln für beide Seiten aufzustellen.

Der Leitfaden

Regionalmanagement Mostviertel (Hrsg.): Ziehende Völker. Ein Leitfaden für Gemeinden, Tel.:

+43(0)7475/533 40 300

Fax: +43(0)7475/533 40 350

Web: www.regionalverband.at

Fachbuch

Standardwerk Verfassungsrecht

Dieses Standardwerk stellt das österreichische Verfassungsrecht in überschaubarer Form dar. Besonderer Wert wurde auf eine verständliche Sprache gelegt. Eine auf den leitenden Verfassungsprinzipien aufbauende Gliederung und zahlreiche Binnenverweise erleichtern das Verständnis



und machen Zusammenhänge sichtbar. Durchgehend werden Wechselwirkungen und Verschränkungen des Verfassungsrechts mit dem Europarecht dargestellt. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die ausführliche Darstellung der Grundrechte. Die 9., Auflage befindet sich auf dem Stand Juni 2012 und berücksichtigt bereits die wichtigsten Änderungen durch die Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012.

Das Buch

Theo Öhlinger, Harald Eberhard: Verfassungsrecht. 9. überarbeitete Auflage. 536 Seiten. ISBN 978-3-7089-0844-1
Erschienen im Facultas Verlag.
Tel.: (+43 1) 310 53 56
E-Mail office@facultas.at
Web: www.facultas.at



Pinatas machen nicht nur Kindern beim Basteln Spaß, sondern auch großen und kleinen Tieren.

Serie: Tierschutz in der Gemeinde

Basteln für Hund, Katz & Co

Intelligente Haustiere wollen gefordert werden. Deshalb ist die Beschäftigung und somit die Förderung der körperlichen und geistigen Fitness von Tieren ein wesentliches Element fortschrittlicher Tierhaltung. Bereicherung und Beschäftigung (englisch „Enrichment“) heißt das Schlagwort, bei dem es darum geht, Tiere, die viel Zeit im Haus oder Gehege verbringen müssen, artgerecht zu beschäftigen. Dieses Beschäftigungsmaterial muss nicht teuer sein. Nur etwas Sammelleidenschaft und geschickte Hände sind dafür notwendig.

Mit Altpapier und Karton kann man tolle Spiele für Haus- und Heimtiere herstellen. In Bastelstunden können Schulklassen zum Beispiel Schachteln sammeln und in tolles Tier-

spielzeug verwandeln. Diese Workshops können auch bei Gemeindeveranstaltungen („Charity“ für ein Tierheim oder Weihnachtsbazar) abgehalten werden.

„Tierschutz macht Schule“- Bastel-Tipps:

► Die Auspackschachtel ist, je nach Größe und Füllung, für Hunde, Katzen, Kaninchen und Meerschweinchen geeignet.

Man braucht leere Schuhkartons/Verpackungskartons. Bitte darauf achten, dass sie keine Metallklammern enthalten.



In die Schachtel kann man in Zeitungspapier eingewickelt Leckerlis geben. Zum Beispiel Kaustangen oder Schweinsohren für Hunde, Katzen-Leckerlis oder für Meerschweinchen und Kaninchen Karotten. Man kann auch eine leere Haushaltsrolle verwenden und diese mit ein paar Leckerlis füllen, an den Rändern knicken – fertig (Bild).

► Eine in der Herstellung etwas aufwendigere Beschäftigungsmöglichkeit ist die „Pinata“.

Das ist eine Kugel, die aus Papier hergestellt wird. Man nimmt einen Luftballon, bläst ihn auf, mischt Mehl mit Wasser ab, bis eine zähe weiße Flüssigkeit entsteht, in die man Papierstreifen eintaucht und dann auf den Luftballon klebt. Das Papier sollte nicht bedruckt sein. Es eignet sich eher dünneres (z. B. Seidenpapier) als zu dickes (z. B. Verpackungspapier). Der Luftballon sollte komplett mit Papier bedeckt sein. Danach einfach zum Trocknen aufhängen. Wenn das Papier schön trocken und hart ist, dann muss nur noch der Luftballon zerstoßen und vorsichtig herausgelöst werden und fertig ist die Pinata. Beim Basteln sind der eigenen Phantasie keine Grenzen gesetzt, einzig zu bedenken ist, dass alles, was man Tieren gibt, ungiftig sein muss: Künstliche Klebstoffe, Filz- oder Wachsstifte und Malfarben dürfen nicht verwendet werden. Der Luftballon beispielsweise muss vollständig entfernt sein. Die Bastelideen eignen sich besonders als Weihnachtsaktion oder wenn man etwas Gutes tun will und nicht nur Geld spenden möchte.



Mehr Infos unter www.tierschutzmachtschule.at
Der Verein „Tierschutz macht Schule“ wurde 2006 aufgrund des neuen, bundeseinheitlichen Tierschutzgesetzes auf Initiative des Gesundheitsministeriums im Jahr 2006 gegründet.

Buchpräsentationen



GVV-Präsident LABg Bgm. Mag. Alfred Riedl, die beiden Autoren, LABg Bgm. Herbert Thumpser MSc und Sebastian Thumpser, Präsident des Gemeindebundes, Bgm. Helmut Mödlhammer, der Vorsitzende des Städtebundes NÖ, Bgm. Mag. Matthias Stadler sowie der GVV-Präsident LABg Bgm. Rupert Dworak.

Gemeinden und Städte im Fokus

„Auch MitarbeiterInnen sind Menschen“

Die interne Kommunikation mit den Mitarbeitern spielt in der Privatwirtschaft nach neuesten Studien eine immer wichtigere Rolle. Ob dies auch für den öffentlichen Sektor im Allgemeinen und für die mittelgroßen österreichischen Städte und Gemeinden im Speziellen gilt, wurde untersucht und in dem Buch „Auch MitarbeiterInnen sind Menschen“ publiziert. Dabei wurde auch auf die besondere Funktion von Führungskräften im Bezug auf die interne Kommunikation Rücksicht genommen. In diesem Zusammenhang wurden Führungskräfte der mittelgroßen österreichischen Städte und Gemeinden befragt. Einerseits die Bürgermeister zur Frage des Stellenwertes der internen Kommunikation und andererseits die für die Öffentlichkeitsarbeit verantwortlichen Personen in den mittelgroßen österreichischen Städten und Ge-

meinden. Als Ergebnis kann festgestellt werden, dass es zwischen der Theorie und der Praxis in der internen Kommunikation in mittelgroßen österreichischen Städten und Gemeinden durchaus eine Diskrepanz gibt. Das vorliegende Buch kann als eines der ersten im deutschsprachigen Raum angesehen werden, das die interne Kommunikation mit VerwaltungsmitarbeiterInnen in mittelgroßen Städten und Gemeinden zum Thema hat.

Das Buch

Herbert Thumpser, Sebastian Thumpser: „Auch MitarbeiterInnen sind Menschen“. 128 Seiten, ISBN: 978-3-200-02747-3
Bestellmöglichkeit: thucom e. U., 3160 Traisen, Perlmooser Au 2 B
E-Mail: office@thucom.at

„Gemeinden sind die wichtigste Anlaufstelle“

Wahrung und Stärkung der Gemeindeautonomie

„Wahrung und Stärkung der Gemeindeautonomie“ lautet der Titel des neuesten Buches, das vom Linzer FH-Professor Univ.-Doz. Dr. Friedrich Klug herausgegeben wurde. Am 26. September wurde das Werk im Gartenhotel Altmannsdorf in Wien vorgestellt.

Wahrung und Stärkung der Gemeindeautonomie widerspricht, sowohl quantitativ als auch qualitativ. Es sei an der Zeit, die kommunale Abgabenaufgaben herzustellen und die Grundsteuer zu reformieren. Eine Änderung der Grundsteuer verlangt auch seit Jahren Wiener Neu-



GVV-Präsident LABg Bgm. Rupert Dworak, Bürgermeister Bernhard Müller, Margit Schratzenstaller, Prof. Friedrich Klug.

Thema ist die finanziell schwierige Situation der österreichischen Gemeinden. Dazu Prof. Klug im Rahmen der Präsentation: „Die Gemeinden sind die erste und wichtigste Anlaufstelle für die Bürger. Sie erbringen unentbehrliche Leistungen der Daseinsvorsorge, sorgen für Investitionen, beleben die örtliche Wirtschaft und sind wichtige Arbeitgeber. Deshalb gilt es, sie zu stärken anstatt zu schwächen.“ Auch Nationalratspräsidentin Mag.a Barbara Prammer sprach sich für „flachere Strukturen“ und eine Aufgabenreform aus, wobei sie insbesondere die Sinnhaftigkeit der Bezirkshauptmannschaften in Frage stellte. WIFO-Mitarbeiterin Dr. Margit Schratzenstaller meinte, dass das Abgabensystem in Österreich fast allen ökonomischen Anforder-

stadts Bürgermeister Bernhard Müller. Der Vorsitzende des Kommunalpolitischen Zentrums KPZ skizzierte im Rahmen der Buchpräsentation seinen Vorschlag für „Regionen mit Statut“. Er sieht in dieser Verwaltungsreform nur „Gewinner“ und könne selbst bei kritischer Betrachtung keinerlei „Nachteile“ erkennen.

Das Buch

Prof. Friedrich Klug: Wahrung und Stärkung der Gemeindeautonomie. 15 Euro.
Institut für Kommunalwissenschaften
IKW Schriftenreihe
Pfarrgasse 14
4020 Linz
Tel.: +43 732 771670
E-Mail: ikw@ikw.linz.at
www.linz.at/bildung

Neues aus dem Schul- und Sportstättenbau – Immer am Puls der Zeit

Der Tag des Sports – ein voller Erfolg!

Auch die 12. Auflage des Tages des Sports war ein voller Erfolg. Weit mehr als eine halbe Million BesucherInnen stürmten den Heldenplatz und die zahlreichen Mitmach-Stationen der einzelnen Sportverbände. Die Botschaft, die Menschen zu sportlicher Bewegung zu motivieren, ist wieder einmal sehr gut angekommen!



Von der Next Generation-Area mit den Sportarten Slacklineing, Klettern und Parcours bis zum ÖISS-Informationsstand, der dieses Jahr in Kooperation mit der Firma Cube Sports gestaltet wurde, zeigte sich, dass sich vor allem die Jüngsten für den Sport begeistern lassen! Die Station des ÖISS war eine Bewegungslandschaft mit unterschiedlichen Elementen: vom Balancierbalken bis zur „althergekommenen“ Reckstange war alles dabei.

Also eigentlich nichts Neues, oder doch?

Die meisten Elemente der aufbaubaren Bewegungslandschaft sind bereits bekannt, neu ist jedoch die Art und Weise, wie diese kombiniert werden können und dass diese mittels eines eigens entwickelten Stecksystems

auch schnell und ohne größeren Aufwand frei im Raum aufgebaut werden können. Fixe Bodenhülsen und der daran gebundene Aufbau von Geräten – wie

Dass „alte“ Turngeräte begeistern können, hat man bei der Mitmach-Station des ÖISS live miterlebt. Der aufgebaute Parcours regte dazu an, Neues auszuprobieren und sein eigenes Bewegungspotenzial auszutesten.

man sie aus der Normsporthalle kennt – entfallen dadurch. Dass die „alten“ Turngeräte begeistern können, hat man bei der Mitmach-Station des ÖISS live miterlebt. Der aufgebaute Parcours regte dazu an, Neues auszuprobieren und sein eigenes Bewegungspotenzial auszutesten! Selbst die Jüngsten

haben die Station – mit aktiver Unterstützung der Eltern – innerhalb ihrer Grenzen erobert. Weitere Informationen zu diesen Angeboten sind im ÖISS erhältlich.

Das Team des ÖISS freut sich bereits, eine ähnlich interessante Mitmach-Station im nächsten Jahr präsentieren zu können.

In der nächsten Ausgabe von Schule & Sportstätte berichten wir

- ▶ die Informationsreise zu Schweizer Eishallen
- ▶ und die Präsentation der aktuellen Schulbaubücher.
- ▶ die Beleuchtung von Sportstätten



Fachtagung

Flussbautagung 2012: Hochwasserrisiken müssen kommuniziert werden

Mitte September wurde in Bad Ischl die Flussbautagung 2012 abgehalten. Dieses Jahr ging es für etwa 280 Teilnehmer um das Thema Hochwasserrisikomanagement. Veranstaltet wurde die Tagung vom Land Oberösterreich, vom Lebensministerium und vom ÖWAV, Österreichischer Wasser- und Ab-

fallwirtschaftsverband. Beim Hochwasserrisikomanagement geht es jedoch nicht nur um technische Erkenntnisse, sondern vor allem darum, wie die Bevölkerung in die Prozesse eingebunden werden kann. Schäden im Katastrophenfall können nämlich nur dann minimiert werden, wenn die Bürger zusammenhelfen und sich gemeinsam beteiligen.

ger können sich nicht auf die Informationsfunktion der Medien verlassen, da diese daran interessiert sind, sich durch dramatische Geschichten zu verkaufen, statt zu informieren. Ertl fordert im Katastrophenfall einen Kommunikationsverantwortlichen. Auch Therese Stickler vom Umweltbundesamt spricht sich dafür aus, neue Zugänge zu finden, um Risiko zu kommunizieren. Europäische Richtlinien fordern zwar, dass die Öffentlichkeit eingebunden werden muss, lassen aber das Wie offen. Im Projekt IMRA („Integriertes Hochwasserrisikomanagement zur Verbesserung der Risikowahrnehmung und Öffentlichkeitsbeteiligung“) wurden neue und innovative Zugänge erarbeitet und ein Handbuch herausgegeben.

Praxisnahe Vorträge

Bei der Flussbautagung 2012 wurden auch konkrete Fallbeispiele von Experten vorgestellt und diskutiert. So stellte Leo Feichtinger vom technischen Büro für Gewässerökologie das Projekt „Flussraumbetreuung Obere Traun“ vor, bei dem die Bevölkerung bei der Umsetzung von nachhaltigen Hochwasserschutzmaßnahmen eingebunden wird. Reinhard Vogt von der Hochwasserschutzzentrale Köln gab den Teilnehmern der Flussbautagung einen Einblick, wie die Bürger in der Rheinmetropole sensibilisiert werden. Diskutiert wurde außerdem über Hochwasserschutzprojekte an der Oberen Traun, in Steyr oder im Machland. Informationen: www.oewav.at

Bürger einbinden

Laut Josef Ertl, Redaktionsleiter von „Kurier“ Oberösterreich, müssen Entscheidungsträger vor allem lernen, wie sie mit Betroffenen kommunizieren müssen. Die Entscheidungsträ-



In dieser Ausgabe:

Fach- und Serviceinformationen für die öffentliche Hand

▶ A1 Telekom Austria AG	53
▶ ARGE Forum mineralische Rohstoffe	41
▶ Bundesministerium für Inneres	33
▶ Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserschutz	34
▶ Erste Group Immorent AG	52
▶ Infracore	43
▶ Inkasso	51
▶ Maschinenring Österreich GmbH	62
▶ Österreichische Liga für Präventivmedizin – ÖLPM, Österreichisches Grünes Kreuz für Gesundheit	59
▶ Österreichische Post AG	53
▶ Prochaska Handels GmbH	65
▶ rubicon IT GmbH	42

KONTAKT

So erreichen Sie uns:

KOMMUNAL
Löwelstraße 6, 1010 Wien
Tel.: 01/532 23 88 - 0
Fax: 01/532 23 77 oder
01/532 23 88 DW 22
Web: www.kommunal.at

Mag. Sabine Brüggemann
Tel.: 01/532 23 88 - 12
sabine.brueggemann@kommunal.at
Mag. Alexander Palaschke
Tel.: 01/532 23 88 - 14
alexander.palaschke@kommunal.at

Termin

Seminar „Gewässerschutzanlagen für Verkehrsflächen“

Der Österreichische Wasser- und Abfallwirtschaftsverband (ÖWAV) veranstaltet am 28. und 29. November in Wien in Zusammenarbeit mit der Universität für Bodenkultur das Seminar „Gewässerschutzanlagen für Verkehrsflächen“. Abwässer von Verkehrsflächen können mit Substanzen verunreinigt sein, die in der „EU-Wasserrahmenrichtlinie“ geregelt sind. Aus die-

sem Grund kann ein Reinigungsbedarf bei diesen Abwässern entstehen. Das Seminar soll rechtliche Rahmenbedingungen und Erfahrungen mit bestehenden Anlagen vermitteln und den Stand der Diskussion anhand von Projektergebnissen aufzeigen. Anmeldungen per Fax **01/532 07 47** oder E-Mail waschak@oewav.at oder www.oewav.at

Raumgenuss



Wellness-Oase, Weinkeller oder Hobbyraum – Ein Keller aus Beton bietet viele Möglichkeiten, die das Leben wertvoller machen. Außerdem ist er günstig in der Realisierung und steigert den Immobilienwert. Lebensqualität genießen!

www.keller-planen.at

 **beton**[®]
Werte für Generationen

DAS TUT DIE KOMMUNALKREDIT FÜR ÖSTERREICH.

Infrastruktur ist die Basis für eine erfolgreiche Zukunft. Aus diesem Grund legt die Kommunalkredit ihren strategischen Fokus auf die Finanzierung von Infrastrukturprojekten, die einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sind. **Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Energieversorgung, Anlagen der Wasserwirtschaft** sowie **der Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs** sind für die Allgemeinheit unerlässlich. Jeder hat einen Nutzen davon. Unser Know-how und unsere Erfahrung sind bedeutendes Kapital für **Städte und Gemeinden**, damit sie ihre Vorhaben erfolgreich umsetzen können. Investitionen in öffentliche Infrastruktur sind ein wichtiger Motor für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung der Zukunft.

WASSERKRAFT
als sauberer Stromlieferant



NACHHALTIGE ENERGIE
ohne Umweltbelastung



MODERNE GESUNDHEITZENTREN
für Bürgerinnen und Bürger



©DKH SCHLADMING

KADERSCHMIEDEN
für unsere Jugend



©ZAHA HADID ARCHITECTS/HEILAND

SOZIALE INFRASTRUKTUR
für eine funktionierende Gesellschaft



VERKEHRSWEGE
für rasche und sichere Verbindungen



ÖSTERREICHS BANK FÜR INFRASTRUKTUR
INFRA BANKING EXPERTS
www.kommunalkredit.at

KOMMUNAL
KREDIT